

Windmühlen oder Mauern?

Das Bundesarchiv von heute ist nicht mehr das von 1999 oder gar das von 1989 und im Jahre 2012 oder 2020 wird das Bundesarchiv anders als heute aussehen. Nur was sich verändert, hat Bestand. Diese paradoxe Erkenntnis gilt für alle nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen, die in Beziehungsgeflechten stehen und Leistungen für die Gesellschaft erbringen und anbieten – die Archive nicht ausgenommen. Die Archive haben sich im Lauf der Jahrhunderte an immer andere und zusätzliche Informationsträger gewöhnt, haben nach dem Pergament das Hadernpapier akzeptiert, das Kaiser Friedrich II. in seinen constitutiones im Jahre 1231 für die Verwendung von Urkunden noch untersagte, lernten im 19. Jahrhundert das Maschinenpapier und damit den Papierzerfall kennen, bekamen es mit Fotografien zu tun, mit Mikro- und Kinofilmen, mit Ton- und Datenbändern, mit optoelektronischen Speichermedien und schließlich mit der vom Informationsträger sich ablösenden digitalen Information. Die Archive haben den Paradigmenwechsel von der Kulturgut sichernden zu der Kulturgut bereitstellenden Funktion vollzogen. Sie haben die Benutzer in Lesesäle gelassen, ihnen mit Kopien und Filmen die Nutzung erleichtert und die Vorbereitung des Archivbesuchs durch die Verbreitung von Findbüchern im Druck oder über das Internet gefördert. Nun sind die Archive dabei, ihre Rolle in der Informations- und Wissensgesellschaft zu finden.

Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Windmühlen, die andern Mauern. So lautet ein altes Sprichwort. Wenn man Mauern errichtet, um sich vor dem Wind des Wandels zu schützen, kann man sich tatsächlich zumindest zeitweise hinter den Mauern vor den Einflüssen und Anforderungen von außerhalb dieser Mauern schützen. Hinter Mauern wird man aber auch

nicht wahrgenommen, so sehr man sich auch anstrengt. Der Beobachter nimmt die Mauer wahr, nicht was dahinter steckt.

Windmühlen hingegen wandeln den Wind zum Nutzen ihres Betreibers in Energie um. Die Energie, die der durch neue Technologien, aber auch durch daraus abgeleitete gesellschaftliche Anforderungen und Erwartungen induzierte Wind erzeugt, verleiht den Archiven fort-dauernde Kompetenz in Staat und Gesellschaft. Kompetenz einerseits für die Sicherung und langfristige Bereitstellung auch von digitalem Archivgut im unverzichtbaren Entstehungszusammenhang. Andererseits befördert diese Energie die Dienstleistungsqualität der Archive, hebt die Nutzerzufriedenheit. Der Beobachter sieht schon von fern, dass sich die Flügel der Windmühle drehen und weiß, dass sich dort, wo das geschieht, etwas bewegt und etwas bewegt wird.

Am 25. Januar dieses Jahres hat mir die „Arbeitsgruppe Zukunft“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Seitdem ist dieser Bericht ins Intranet eingestellt. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten und können sich mit dem Szenario des 15. Mai 2020 im Bundesarchiv, der Analyse, der Prognose und den Empfehlungen der Arbeitsgruppe beschäftigen und hatten bis Jahresmitte die Möglichkeit, eigene Gedanken beizutragen. Im Veränderungsprozess des Bundesarchivs hat die „Arbeitsgruppe Zukunft“ mit diesem Bericht eine feinfühligere Wetterfahne aufgerichtet. Mit Hilfe dieser Orientierung sollte es uns möglich sein, die Flügel unserer Windmühle so flexibel zu gestalten, dass wir den für Kompetenz und Legitimation des Bundesarchivs erforderlichen kreativ-kinetischen Energiefluss langfristig sicherstellen.

Hartmut Weber

Wechsel im Amt des Vizepräsidenten des Bundesarchivs

Am 27. März hatte das Bundesarchiv am Dienstort eingeladen zu einer Feierstunde. Anlass war die Verabschiedung von Vizepräsident Dr. Klaus Oldenhage und die Amtseinführung seiner Nachfolgerin Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz, Direktorin der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Bundesarchivs folgten Reden von Ministerialdirektor Prof. Hermann Schäfer, Abteilungsleiter Kultur und Medien im Bundeskanzleramt sowie Prof. Dr. Lorentz Mikoletzky, Präsident des Internationalen Archivrats und Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs. Aus Rastatt war Dr. Christof Müller-Wirth angereist, der Grüße des Fördervereins der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte überbrachte. Diese Ansprachen sind im Folgenden im Wortlaut dokumentiert.

Für das Haus sprach der Vorsitzende des Personalrates Lothar Pies. Nachdem sich die Geehrten bedankt hatten, blieb Zeit für Gespräche mit den zahlreich erschienenen Gästen, Pensionären, Kolleginnen und Kollegen.

Würdigung

In Vertretung des Herrn Staatsminister Bernd Neumann darf ich heute meine erste Amtshandlung im Bundesarchiv vornehmen und Herrn Dr. Oldenhage als Vizepräsident des Bundesarchivs verabschieden und Frau Professor Menne-Haritz in das Amt der Vizepräsidentin einführen. Bitte gestatten Sie mir vorab einige Bemerkungen zum kultur- und informationspolitischen Auftrag der Archive im allgemeinen und des Bundesarchivs im besonderen.

I.

Ein bedeutender Teil des kulturellen Erbes der Menschheit wird von Archiven gesichert und steht unter dem Schutz der Europäischen Union und der UNESCO. Das bedeutet nicht, dass moderne Archive ihre einmaligen und authentischen Schätze lediglich verwahren. Der Zugang zu Ar-

chivgut und dessen Nutzung ist heute ein anerkanntes Recht. Längst ist der Paradigmenwechsel vom Verwahr-Archiv zum Zugangs-Archiv vollzogen: Für die Forschung steht die Bearbeitung historischer Fragestellungen im Mittelpunkt, der Bürger sucht Zugang, um bestimmte Nachweise zu erhalten oder um staatliche Entscheidungsprozesse zwecks retrospektiver Verwaltungskontrolle rekonstruieren zu können. Amtliche Stellen benötigen Informationen für Zwecke der Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Verwaltung, um Transparenz im Rahmen einer parlamentarischen Kontrolle herzustellen.

Wohin geht die weitere Entwicklung? Mit dem Siegeszug der modernen Informationstechnologien, insbesondere des Internets, steigen die Erwartungen der Öffentlichkeit, Kulturgut auch digital zu nutzen. Deshalb treibt der Beauftragte für Kultur und Medien die Vorbereitungen für ein nationales Digitalisierungsprogramm voran. Dieses steht im Einklang mit den Konzepten der EU-Kommission für den Aufbau einer europäischen Digitalen Bibliothek für das schriftliche Kulturgut aus Bibliotheken, Archiven und Museen.

Das Bundesarchiv hat auf diese Entwicklung bereits mit zahlreichen eigenen Initiativen in nationaler und internationaler Kooperation reagiert. Es wirkt an der Vorbereitung einer nationalen Digitalisierungsstrategie ebenso mit wie an der Erarbeitung archivarischer Fachstrategien und Fachstandards auf internationaler Ebene, etwa in Zusammenarbeit mit der New Yorker Andrew W. Mellon Foundation.

Wegen der föderalen Struktur Deutschlands und der damit verbundenen Kulturhoheit der Bundesländer sind übergreifende Archivportale, die den Weg zu den verstreuten Beständen in vielen Archiven weisen, für die Bürger und für die Forschung besonders wichtig. Das Bundesarchiv konnte bereits gemeinsam mit anderen Archiven in konstruktiver föderaler Kooperation Portale wie das „Netzwerk SED-Archivgut“, die „Zentrale Datenbank Nachlässe“ und das „Notfallregister Archive“ für die Bürger und die Forschung zur Verfügung stellen.

Die junge Generation wächst mit neuen, interaktiven, bunten Medien auf und nutzt sie wie selbstverständlich auf spielerische Art und Weise. Diese Generation wird es später gewohnt sein, überall komfortabel und bequem an Informationen zu gelangen. Darauf müssen die Archive bereits heute hinarbeiten. Was heute als Vision erscheint, wird von der künftigen Benutzergeneration als selbstverständlich angesehen und eingefordert werden. Im Szenario ihrer Arbeitsgruppe zur Zukunft des Bundesarchivs im Jahr 2020 ist dies eindrücklich herausgearbeitet worden. Auch in ihrem neuen Leitbild haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Dienstleistungsauftrag des Bundesarchivs für die Öffentlichkeit, Forschung und Verwaltung in den Vordergrund gestellt.

Aber: Nur wenn Menschen darüber informiert sind, dass sie in den Archiven etwas für sie Bedeutsames finden können, werden sie sich auf den Weg machen, es dort zu suchen. Georg Christoph Lichtenberg schrieb im Jahre 1790 „Sehr viele und vielleicht die meisten Menschen müssen, um etwas zu finden, erst wissen, dass es da ist“. In diesem Sinne sollten wir gemeinsam darauf hinarbeiten, dass das Bundesarchiv in der Öffentlichkeit noch stärker als Schatztruhe voll interessanter, einmaliger und authentischer Dokumente wahrgenommen wird. All dies kann nur mit kompetenten, motivierten und kreativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelingen, die sich eigenverantwortlich und aktiv sowohl der täglichen Arbeit als auch der Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen des Bundesarchivs verpflichtet fühlen. Ich danke an dieser Stelle auch im Namen von Herrn Staatsminister Bernd Neumann Ihnen allen für Ihren Einsatz unter dem Dach der Kultur aufs Herzlichste und freue mich auf die gemeinsamen Herausforderungen.

II.

Der bisherige Vizepräsident des Bundesarchivs, Herr Dr. Klaus Oldenhage, ist am 27. Juni 1968 als Archivreferendar in dieses Archiv eingetreten und hat, wie er selbst in den letzten Monaten nachrechnete, 37 Jahre, acht Monate und vier Tage diesem Archiv gedient, bis zum 28. Februar dieses Jahres, dem Tag, an dem ihm der Präsident des Bundesarchivs die Dankurkunde des Herrn Bundespräsidenten ausgehändigt hat. Ganz bewusst sage ich „gedient“, denn Herr Oldenhage hat stets sich und seine ganze Persönlichkeit, seine Eloquenz, seine Kompetenz, insbesondere

aber seine Arbeitskraft bis hart an den Rand des Zumutbaren in das Bundesarchiv eingebracht.

Schon im Februar 1968 schrieb der Archivar des Zentralarchivs des Deutschen Ordens in Wien, dem der Doktorand während der Archivstudien aufgefallen war, in weitsichtiger Voraussicht, dass sich Herr Oldenhage für den Archivarsberuf besonders eigne und dass ihn dieser Beruf ganz ausfüllen werde. Diese Prophezeiung des Pater Clemens aus Wien für den Protestant Oldenhage hat sich aus heutiger Sicht in vollem Umfang erfüllt. Von Anfang an attestiert ihm seine Vorgesetzten eine extreme Verwendungsbreite im Archiv und seine Karriere wurde dieser Einschätzung gerecht: vom Archivrat zur Anstellung zum Archivdirektor brauchte Herr Oldenhage nur knapp sechs Jahre. In erstaunlicher Geschwindigkeit durchheulte er mehrere Organisationseinheiten. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die früheren Direktoren und Präsidenten des Bundesarchivs Aufgaben so bündelten, dass sie Herrn Oldenhage auf den Leib geschnitten waren. Er hat ohnehin, wie ihm seine Vorgesetzten bescheinigten, von jeder Position aus verstanden, auf die Geschicke und die Entwicklung des Bundesarchivs Einfluss zu nehmen.

Eine der Stärken von Herrn Oldenhage ist neben seinem Organisationsgeschick seine Aufgeschlossenheit und Hinwendung zu Fachkollegen aus dem Ausland. So war es folgerichtig, ihn mit der Leitung des Bund-Länder-Projektes zur Erschließung und Verfilmung des Archivguts der Amerikanischen Militärregierung in Deutschland von 1945-1949 am amerikanischen Nationalarchiv in Washington zu betrauen. Die Forschung verdankt nicht zuletzt ihm, dass heute dieser wichtige Bestand für die unmittelbare Nachkriegszeit seit Anfang der 1970er Jahre beim Bundesarchiv und bei den Staatsarchiven der betroffenen Länder wenigstens als Mikrofilm zur Verfügung steht.

Überhaupt war es ihm ein großes Anliegen, das im Zweiten Weltkrieg beschlagnahmte und von den Alliierten aus Deutschland verlagerte Archivgut in die deutschen Archive zurückzuleiten. Seine profunden landesgeschichtlichen Kenntnisse und sein Einsatz brachten so manches Stück Archivgut wieder zurück nach Deutschland, so beispielsweise 78 lfdm. Archivgut aus dem Osten in das Stadtarchiv Mainz. Spätestens solche Aktionen machten Klaus Oldenhage in der ganzen Republik und darüber hinaus be-

kannt. So war er der richtige Mann für eine große Sonderaufgabe, die sein weiteres Berufsleben prägen sollte: Er hatte in maßgeblicher Funktion den Internationalen Archivkongress vorzubereiten, der im Jahre 1984 in Bonn stattfand und der knapp 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erstmals wieder Archivarinnen und Archivare aus aller Welt in Deutschland versammeln sollte. „Mister Archivkongress“, wie Klaus Oldenhage daraufhin genannt wurde, übernahm im September 1984 das Amt des Schatzmeisters des Internationalen Archivrates, das er 20 Jahre bis zum Jahre 2004 wiederum mit seiner ganzen Persönlichkeit ausfüllte. Dafür wurde er im Jahre 2004 mit der seltenen Ehrenmitgliedschaft des Internationalen Archivrates ausgezeichnet. Der derzeitige Präsident des Internationalen Archivrates, Herr Generaldirektor Professor Dr. Mikoletzky, wird dieses Engagement Oldenhages anschließend würdigen.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wirkte Herr Oldenhage an der Entstehung des Bundesarchivgesetzes mit, das er inzwischen übrigens auch - zusammen mit dem vormaligen Abteilungspräsidenten Siegfried Becker - kommentiert hat. Und als dann mit der deutschen Einheit auch im Archivwesen zusammengeführt wurde, was zusammen gehörte, war Klaus Oldenhage aufgrund seiner früheren Erfahrungen mit den Archivarinnen und Archivaren der DDR für die Leitung der damaligen Außenstelle Potsdam des Bundesarchivs prädestiniert. Die Vereinigung des zentralstaatlichen Archivguts der DDR aus mehr als 22 Verwahrstellen unter dem Dach des Bundesarchivs war eine logistische Meisterleistung. Zugleich wurde Klaus Oldenhage auch einer der maßgeblichen Architekten der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, die in bis dahin einmaliger Weise Archivgut und Bibliotheken aus dem Herrschaftsgebiet der zweiten deutschen Diktatur sicherte und der Forschung zu vorzüglichen Bedingungen nutzbar machte. Als Abteilungsleiter der Grundsatzabteilung des Bundesarchivs und seit Ende des Jahres 2001 zusätzlich als Vizepräsident kümmerte sich Klaus Oldenhage vor allem um Projekte, die dem Bundesarchiv im In- und Ausland großes Ansehen eintrugen: Zu nennen ist das Netzwerk zum Nachweis von Zwangsarbeit im NS-Staat oder die ehrgeizige Aufgabe, eine Gesamtliste der Juden in Deutschland 1933 bis 1945 zu erstellen.

Sehr geehrter, lieber Herr Oldenhage, Sie können auf eine überaus erfolgreiche Tätigkeit im und für das Bundesarchiv zurückblicken. Sie haben sich um dieses Haus verdient gemacht. Dafür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung. Der Herr Bundespräsident hat dies bereits ausgesprochen und ich möchte dies im Namen von Herrn Staatsminister Bernd Neumann bestätigen. Ihre Dankurkunde haben Sie bereits erhalten. So bleibt mir nur, Ihnen für den neuen Lebensabschnitt im verdienten Ruhestand alles Gute zu wünschen. Ich wünsche Ihnen anhaltende Aktivität. Erfahrungsgemäß werden Sie nicht mehr Freizeit haben, aber mehr Freiheit, sich zu entscheiden, wie Sie Ihre Zeit verbringen.

III.

Zu der Zeit, als Herr Oldenhage ins Bundesarchiv eintrat, studierte die neue Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Frau Professor Dr. Angelika Menne-Haritz, die in Gelsenkirchen geboren und aufgewachsen war, noch Germanistik und Geschichte. Vor ihrem Studium an den Universitäten Stuttgart, Paris und Berlin absolvierte sie eine Ausbildung zur Mathematisch-Technischen Assistentin im Rechenzentrum der Bayer-Werke in Leverkusen. Ihr Studium schloss sie 1980 mit der Promotion an der Freien Universität Berlin ab, mit einer Arbeit über Kriegsliteratur aus der Zeit des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71. Erste berufliche Station war das Referendariat beim Landesarchiv Berlin, wo sie nach ihrer archivarischen Fachausbildung auch als Referentin tätig war. Sie nahm 1983 am Stage Technique International des französischen Nationalarchivs teil und wechselte 1985 zum Landesarchiv Schleswig, wo sie unter anderem mit der Einführung der Informationstechnik im Archiv betraut war.

Ihr Interesse an der archivarischen Fachausbildung führte sie 1988 als Studienleiterin zur Archivschule Marburg, die 1992 selbständig wurde. Als deren erste Leiterin hat Frau Menne-Haritz aus der Archivschule eine moderne Ausbildungseinrichtung mit IT-Labor und respektabler Fachbibliothek mit internationalem Renommee gemacht. Ihren wissenschaftlichen Ruf krönte Frau Menne-Haritz mit einer Habilitation an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, die sie im Jahre 1999 durch Publikation ihrer historisch-systematischen Habilitationsschrift über Geschäftsprozesse in der öffentlichen Verwaltung abschloss.

Für das Bundesarchiv war es ein Glücksfall, dass Frau Menne-Haritz nach 13 Jahren der Lehre und archivwissenschaftlicher Forschung den Wunsch verspürte, ihre Vorstellungen von einem dienstleistungsorientierten und die Möglichkeiten der Informationstechnik intensiv nutzenden Archivwesen in der archivischen Praxis umzusetzen. Seit Januar 2002 gehört Frau Menne-Haritz als Direktorin der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv diesem Haus an. Sie machte, vom Wohlwollen des Kuratoriums der Stiftung getragen, die Stiftung zum Vorreiter bei der Bereitstellung von Beständeeinformationen und Findbüchern im Internet, forcierte die ergebnisorientierte Erschließung, trieb die Retrokonversion traditioneller Findmittel für das Internet voran und modernisierte die Erschließung und Zugänglichkeit der großen und wertvollen Bibliothek der Stiftung. Mit den meisten dieser innovativen Projekte verfolgte sie das zusätzliche Ziel, durch Verwendung internationaler Standards die Optionen auf europäischer und internationaler Ebene offen zu lassen.

Herr Staatsminister Neumann und ich sind überzeugt, dass Sie, Frau Menne-Haritz, das Amt der Vizepräsidentin des Bundesarchivs vorzüglich ausfüllen werden. Da Sie – auch Ihrem eigenen Wunsch entsprechend – die Funktion der Direktorin der Stiftung weiterhin wahrnehmen werden, besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung in Berlin, der „SAPMO“, kein Grund zur Traurigkeit. Für die doppelte Herausforderung als Vizepräsidentin des Bundesarchivs und als Direktorin der Stiftung wünsche ich Ihnen, liebe Frau Menne-Haritz, das Glück der Tüchtigen. Meiner Unterstützung können Sie gewiss sein.

Ministerialdirektor Prof. Dr. Hermann Schäfer,
Leiter der Abteilung Kultur und Medien beim
Kulturstaatsminister im Bundeskanzleramt

Grußwort des Internationalen Archivrats

Man kommt in der Regel in ein Archiv als Patient, als Fragender und Forschender, man kommt zu Besuch bei Veranstaltungen wie Vorträgen, Ausstellungen oder in diesem Haus auch zu Filmabenden. In allen diesen Fällen ist zu erwarten, dass die Kommenden fröhlich, erwartungsvoll gestimmt sind. Das sollten sie auch heute sein, aber doch ist ein Tropfen Wehmut bei dieser Veranstaltung angebracht.

Es ist nicht meine Aufgabe, des Vizepräsidenten Oldenhage hohe Verdienste für das Bundesarchiv zu würdigen, ich bin hier, um aufrichtigsten Dank für seine Tätigkeit im internationalen Bereich des Archivwesens und für seine stete Freundlichkeit dem österreichischen Nachbarn gegenüber zu sagen.

Der Internationale Archivrat hat ihm mehr als viel zu danken, nicht nur für sein immerhin 15jähriges Wirken (1985-2000) als Schatzmeister des ICA, in dem es ihm in bewunderungswürdiger Form gelang, die nie einfachen Finanzen dieses Weltgremiums der Archivarinnen und Archivare in Ordnung zu halten. Klaus Oldenhage in den verschiedensten Gremien zu erleben, wie klar und deutlich er die jeweilige Finanzsituation erklärte, wie weiterführend seine Vorschläge waren und wie er seine Kolleginnen und Kollegen im Büro und im Exekutivkomitee dazu brachte, letzten Endes seiner Meinung zu sein, war faszinierend. Ein Mann mit Handschlagsqualität war hier an exponiertester Stelle tätig, nicht nur, wenn er mit seiner Geldaktentasche bei Tagungen mit Empfängern von Unterstützungen in die eine oder andere Ecke der Veranstaltungsorte verschwand.



*Ministerialdirektor Prof. Dr. Hermann Schäfer.
Foto: Bundesarchiv*

Aber nicht nur als „Finanzminister“ stellte der heute zu verabschiedende Vizepräsident des Bundesarchivs seine Fähigkeiten der internationalen Archivars- und Archivarinnen-Community zur Verfügung. Ohne seine Organisations-talente wäre der 10. Internationale Archivkongress 1984 in Bonn nicht zu dem Erfolg geworden, wie noch heute berichtet wird, oder hätte die 27. Internationale Konferenz des Runden Tisches 1990 in Dresden über die Bühne gehen können. Abgesehen, dass er zahlreiche interne Treffen des ICA-Sekretariats, des ICA-Büros und des ICA-Exekutivkomitees mit Hilfe seiner verständnisvollen Vorgesetzten stets zur vollsten Befriedigung der Anwesenden arrangierte. Auch sein Wirken als Treasurer des Comintern Projekts 1996 bis 2005 sei dankend erwähnt. Alle diese Ereignisse fanden aber nicht nur in seinem Kopf organisatorische Vorgaben, er teilte diese stets mit anderen. Ich erinnere mich persönlich noch sehr gerne an seine Unterstützung bei meinem ersten internationalen Auftritt in Bonn als Sektionssekretär oder ganz besonders an seine so wertvollen Ratschläge und Informationen bei der Vorbereitung des 15. Internationalen Archivkongresses 2004 in Wien. Bei dieser Gelegenheit wurde er verdient einstimmig zum Ehrenmitglied des Internationalen Archivrates gewählt.

Dies, glaube ich, ist die höchste Auszeichnung für einen Mann wie Klaus Oldenhage, denn sie drückt den aufrichtigsten Dank und die tiefste Anerkennung eines Forums aus, das auch durch ihn geformt und geprägt wurde. Ich danke daher einmal mehr als Präsident des ICA für Ihr Wirken und stetes Entgegenkommen.

Persönlich wünsche ich alles Gute aus der Ihnen durch Ihre Studienzeit wohl vertrauten Stadt Wien, aus einem Land, das Ihr Wirken schon vor längerem durch eine sichtbare Auszeichnung würdigte, aus dem Österreichischen Staatsarchiv durch die Ihnen im Anschluss zu überreichenden Publikationen Sie so manche Erinnerung wachrufen könnten.

Es ist sehr viele Jahre, ja Jahrzehnte her, dass ich im alten Bundesarchivgebäude einer „Ausbildung“ unterworfen wurde, freiwillig sei dazu gesagt, aber in dieser Zeit durfte ich im Zimmer des auf Urlaub weilenden Dr. Oldenhage residieren. Ich tat dies in Ehrfurcht und Neugierde zugleich. Das Zimmer war mit Akten belegt - ich habe damals gelernt, wie ein Archivarszimmer

auszusehen hat - kommen Sie in mein Büro, ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Unruhestand den Kontakt auch weiter aufrechterhalten würde.

Alles, alles Gute lieber Freund Oldenhage und auch Ihrer Familie!

Dr. Oldenhage verlässt ein Amt in zweifacher Form, als Archivar und als Vizepräsident des Bundesarchivs. Es ist ein gleitender Übergang, wie nicht immer in derartigen Institutionen zu beobachten und so möchte ich meine heutige Anwesenheit benützen, um Frau Prof. Dr. Menne-Haritz zu ihrer neuen Funktion allerherzlichst zu gratulieren. Auch sie ist engstens durch verschiedenste Tätigkeiten in den Gremien des ICA mit diesem verbunden und hat bedeutendste Publikationen und Behelfe initiiert bzw. selbst verfasst, die wegweisend für die internationale Archivarbeit sind. Ihr langjähriges Wirken als Leiterin der Archivschule Marburg gab aber auch viele Leitlinien vor, die von anderen Staaten abgeschaut wurden. Das zumindest in Österreich, wo der Adel 1919 abgeschafft wurde, als „Adelstitel“ geltende „der“, „die“ statt eines Vornamens ist beiden heute zu ehrenden Protagonisten gemeinsam, man spricht von „der“ Menne-Haritz und „dem“ Oldenhage. Eine größere Ehre seitens der Außenstehenden ist, so meine ich, gar nicht möglich.

Ihnen, verehrte Frau Professor, darf ich persönlich und namens des ICA allerherzlichst zu Ihrer neuen Funktion gratulieren, viel Erfolg und wenig Unruhe wünschen und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass Sie weiterhin Ihre Erfahrung in die Arbeit des Archivrates einbringen. Seitens der österreichischen Archivlandschaft, die Ihnen ja nicht unbekannt ist und seitens des von mir vertretenen Österreichischen Staatsarchivs auch die allerherzlichsten Glückwünsche für ein fruchtvolles Wirken auf internationalem und nationalem Gebiet.

Prof. Dr. Lorenz Mikoletzky, Präsident des ICA und Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs

Grußwort des Fördervereins der „Erinnerungsstätte“

Es ist für mich nicht nur eine Ehre, sondern auch ein Vergnügen, am heutigen Tage zu einem Grußwort aus Rastatt eingeladen worden zu sein.



(v.l.n.r.) Prof. Dr. Weber, Dr. Oldenhage, Prof. Dr. Menne-Haritz, Prof. Dr. Mikoletzky, Ministerialdirektor Prof. Dr. Schäfer.

Foto: Bundesarchiv

Ich überbringe dieses Grußwort für den Förderverein der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Vertretung der Vorsitzenden, Frau Gerlinde Hämmelerle, sodann für den Vorstand des Vereins wie auch für unsere Mitglieder, denen Herr Dr. Oldenhage durch viele Begegnungen in den letzten 13 Jahren wohl bekannt ist. Es ist dies heute eine von uns sehr begrüßte Gelegenheit, die Verbindung zwischen dem Bundesarchiv und der „Erinnerungsstätte“ hervorzuheben.

Aus diesem Anlass möchte ich Ihnen, Herr Dr. Oldenhage, noch einen Glückwunsch zu Ihrem kürzlichen Geburtstag aussprechen, dem Datum, das die heutige Veranstaltung zur Folge hat.

Mehr als ein Jahrzehnt haben Sie in Ihrer amtlichen Verantwortung, wie aber auch aus persönlicher Überzeugung die Arbeit der „Erinnerungsstätte“ und in Sonderheit die Entwicklung des Fördervereins anerkannt und unter-

stützt. Erleichtert wurde Ihnen diese Aufgabe auch dadurch, dass Sie in Rastatt eine Vorsitzende antrafen, die als Mitglied des Deutschen Bundestages an der Entstehung des Archivgesetzes mitgewirkt hatte.

Sie kamen nach Rastatt bereits zu einem Zeitpunkt, als noch gar nicht absehbar war, ob im dritten Anlauf die Gründung einer solchen „Bürgerinitiative“ als Förderverein für die „Außenstelle“ des Bundesarchivs gelingen würde. Wir - insbesondere ich persönlich - haben bald bemerkt, dass es Ihnen um mehr ging, als nur darum, in der „Außenstelle“ nach dem Rechten zu sehen. Bereits in der damaligen Gründungsphase haben Sie verstanden, dass ein solcher Förderverein dann und wann auch eigene, andere Prioritäten verfolgt und verantwortet, als diejenigen, die dem formalen Status einer „Außenstelle“ des Bundesarchivs entsprechen. So ist es beispielsweise nicht die erste Aufgabe eines Archivs, in die Öffentlichkeit zu wirken, die

Öffentlichkeit zu suchen. Wir hätten jedoch die Vorgaben des Gründers der „Erinnerungsstätte“, Gustav Heinemann, missachtet, hätten wir - natürlich in Übereinstimmung mit dem Bundesarchiv - nicht so gehandelt, wie wir es in den letzten zwölf Jahren getan und dadurch zum Erfolg der „Erinnerungsstätte“ beigetragen haben.

Sie waren - wie es heute schon ausgedrückt wurde - ein Mittler mit Handschlagsqualität. Ihr weitergehendes Verständnis für die „Erinnerungsstätte“ haben wir auch darin erblickt, dass Sie nun Mitglied des Fördervereins geworden sind. Sie sind somit auch einer von uns geworden, der Sie es sicher auch künftig bleiben werden. Gemeinsam haben wir dahin gewirkt, dass die formale Bezeichnung „Außenstelle“ allmählich in den Hintergrund trat und ein „außenwirksames“ Konzept zum Tragen kam. Dafür danken wir Ihnen sehr.

Darüber hinaus danken wir Ihnen dafür, dass es allzeit möglich war, mit Ihnen auch kontrovers zu diskutieren. Es konnte alles angesprochen werden. Das hat die „Erinnerungsstätte“ voran gebracht.

Unsererseits haben wir in Ihnen den Treuhänder des Bundesarchivs gesehen. In dieser Weise haben Sie mit dazu beigetragen, die „Erinnerungsstätte“ zum „Lernort der Demokratie“ zu machen, wie es sich ihr Gründer gewünscht hat.

Das war allerdings nicht immer so. Ich erinnere mich noch gut daran, als ich vor circa 15 Jahren eine Art Antrittsbesuch bei der dem Bundesarchiv damals vorgesetzten Behörde - dem Bundesinnenministerium - machte und mich ein

höherer Beamter im Kreise seiner Kollegen fragte, Rastatt - wo liegt das? Aus den frühen Begegnungen habe ich für mich den Schluss gezogen, dem Verein als Motto eine Formulierung vorzuschlagen, die sich als Inschrift am U.S. Justizministerium findet: „Ewige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“.

Die „Erinnerungsstätte“ hat inzwischen internationale Anerkennung gefunden. So wurde sie zum Endpunkt eines französisch-deutschen Gedenkweges erwählt, der an die Opfer von Freiheitsunterdrückung erinnert. Er führt von dem im Elsass gelegenen deutschen Konzentrationslager Struthof nach Rastatt.

Natürlich hoffen wir, dass wir in Ihrer Nachfolge ebensoviel Verständnis für die „Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ finden werden, wie wir dies bisher bei Ihnen, Ihrem Präsidenten und seinen Vorgängern und Ihren Kollegen gefunden haben. Wir haben uns in Rastatt mit einem Revoluzzer-Wein von Ihnen als Vizepräsident und zuständigem Abteilungsleiter verabschiedet. Als Mitglied des Fördervereins hoffen wir, Sie dort immer wieder begrüßen zu können. Für die kommende Zeit wünschen wir Ihnen alles Gute.

Dr. Christof Müller-Wirth, Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte

Vorstellung des neuen Gedenkbuchs „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945“

Am 8. Mai 2006 wurde in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Stiftung Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum die Neuauflage des Gedenkbuches öffentlich vorgestellt. Zwanzig Jahre nach Herausgabe der ersten Auflage erfüllte die Bundesregierung ihr gegebenes Versprechen, nach Auswertung von Ergänzungen und Korrekturen diese zweite wesentlich erweiterte Auflage des Gedenkbuches herauszugeben.

Nachdem Prof. Dr. Weber für das Bundesarchiv und Hermann Simon als „Hausherr“ die Gäste begrüßt hatten, sprachen Kulturstatsminister Neumann, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden Kramer und Abteilungsleiter Dr. Kreikamp. Diese Reden sind im Wortlaut dokumentiert. Am Anfang stehen jedoch einige Hinweise zur Vorgeschichte der Neuauflage.

Die Auswertung weiterer Quellen

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, im Bereich des Archivwesens mit der Übernahme des Zentralen Staatsarchivs der DDR, gelangte u. a. der Bestand R 1509 Reichszippenamt mit den „Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung“ aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939 in das Bundesarchiv. Die 1992 begonnene, computergestützte Erfassung der Angaben, war die Voraussetzung für die Neubearbeitung des Gedenkbuches. Circa 80 Prozent der Ergänzungskarten sind überliefert und damit die Namen von rund 276.000 jüdischen Bürgern des Deutschen Reiches vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, und somit vor Beginn der Deportationen.

Wie bei der Erstauflage unterstützte der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen die Recherche in Bezug auf die Schicksalsangaben. Die Namen von 40.000 jüdischen Bürgern wurden an den ISD übermittelt. Zu ca. 20.000 Personen waren in den Unterlagen Informationen zum Schicksal wie Deportation, Emigration oder Sterbedaten enthalten und wurden manuell ausgewertet.

Als im Jahre 2002 das Bundesarchiv durch die Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“ den Auftrag erhielt, eine Datenbasis zu schaffen, um den Abgleich mit einer elektronischen Liste vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft wegen nichtabgerufener Versicherungspolice zu ermöglichen, entstand damit gleichzeitig eine umfassende elektronische Quellenbasis zur Erstellung der namentlichen Opferliste. Rund 600 Quellen, darunter das „Buch der Erinnerung an die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden“, das „Theresienstädter Gedenkbuch“, das „Niederländische Gedenkbuch“, die Publikation „Mémorial de la Déportation des Juifs de France“, Daten aus Yad Vashem u. a. wurden ganz oder teilweise in einer webgestützten Datenbank ausgewertet. Von umfassender Bedeutung für die Neubearbeitung des Gedenkbuches war die von Dr. Diana Schulle und Alfred Gottwald erstmals erarbeitete chronologische und kommentierte Deportationsübersicht¹.

Das Gedenkbuch umfasst vier Bände mit 3.820 Seiten. Es ist 149.600 ermordeten jüdischen Bürgern des Deutschen Reiches gewidmet. Im Gegensatz zum Zeilendruck in der ersten Auflage ist jede Person in einer abgeschlossenen individuellen Blockform dargestellt, die, abhängig von der Quellenlage, folgende Angaben enthält:

Name, Vorname
Geburtsname
Geburtsdatum, Geburtsort
Wohnort (hierbei handelt es sich in den weitaus meisten Fällen um den Wohnort vom Mai 1939)
Deportation ab
deportiert am, deportiert nach
weitere Lager
Todesort
die Angaben über Freitod oder Euthanasie.

Die Namensliste ist alphabetisch nach dem Familiennamen, dem Vornamen und dem Geburtsdatum geordnet. Auch Personen, zu denen keine konkreten Verfolgungsdaten bekannt sind, bei denen aber von einem Verfolgungsschicksal auszugehen ist, sind Teil der Gesamtliste.

Dem ersten Band² ist eine CD mit dem kompletten Inhalt des Gedenkbuches beigelegt. Sie bietet umfassende Recherchemöglichkeiten. Ebenso können aus einem Personeneintrag heraus mittels eines integrierten Formulars per e-Mail Korrekturen und Hinweise direkt an das Bundesarchiv gesandt werden.

Undine Völschow

Grußwort der Bundesregierung

Unter dem deutschen Titel „Alle Namen“ erschien vor einigen Jahren ein Roman des portugiesischen Literaturnobelpreisträgers José Saramago, ein Roman über ein Archiv, in dem man sich über umfangreiche Personenkarteien Zugang zu menschlichen Schicksalen verschaffen kann. Daran fühlte ich mich erinnert, als ich von diesem Gedenkbuch erfuhr, das Tausenden von jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland wieder einen Namen gibt, ja ihren Namen gibt, und sie der Anonymität der Geschichte entreißt. Von 149.625 Namen und Schicksalen berichtet dieses Gedenkbuch. Wir verneigen uns vor den Opfern. Und wir wissen, dass diese Zahl nur ein kleiner Teil jener sechs Millionen ist, die durch den nationalsozialistischen Terror in ganz Europa ermordet wurden.

Im September 2001 stellte einer meiner Amtsvorgänger, Herr Staatsminister a. D. Julian Nida-Rümelin, hier an diesem Ort ein wichtiges Zwischenergebnis für das jetzt neu bearbeitete und erweiterte Gedenkbuch vor: Das Bundesarchiv hatte bis dahin die „Ergänzungskarten zur Abstammung und Vorbildung“ der Volkszählung von 1939 vollständig ausgewertet. Diese Ergänzungskarten wurden bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 neben den Haushaltslisten verwendet mit dem Ziel, alle jüdischen Einwohner im Reichsgebiet zu erfassen. Bis 1990 lagen die Ergänzungskarten bei der Archivverwaltung der DDR unter Verschluss. Die daraus inzwischen vom Bundesarchiv erstellte Datenbank ist eine bedeutende Quelle für die Forschung.

Bei der Hinterlegung der ersten Auflage des Gedenkbuchs in der „Stadt der Namen“ - Yad Vashem in Jerusalem im Jahre 1986 hatte die Bundesregierung das Versprechen abgegeben, ein seinerzeit unvermeidliches Manko in einer zweiten Auflage zu beheben, ein Versprechen

mit einer politischen Dimension: Bestand doch dieses Manko in den großen „weißen Flecken“, die das Gedenkbuch im Jahre 1986 noch in Bezug auf die Gebiete der damaligen DDR und der ehemaligen Ostgebiete aufwies.

Trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung um Zusammenarbeit mit der Regierung der DDR gelang es bei der ersten Auflage nicht, eine namentliche Gesamtliste der ermordeten jüdischen Opfer des Deutschen Reiches zu erstellen. Das Bundesarchiv hat sich seit der Herstellung der deutschen Einheit nach Kräften bemüht, dieses Versprechen zu erfüllen, und konnte sich dabei in vielen Fällen auf Angaben der Angehörigen der Opfer des Holocaust stützen. In der neuen Auflage des Gedenkbuches wird nun auch die jüdische Bevölkerung auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer und der ehemaligen Ostgebiete berücksichtigt.

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage sind zwanzig Jahre vergangen, in denen das Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus und am Holocaust auch auf regionaler und lokaler Ebene nicht nachließ. Eine Fülle vielfältiger Veröffentlichungen belegt dies. Auch die Archive in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und Übersee haben weitere Bestände zur jüdischen Geschichte, zur Ausgrenzung und Verfolgung während der nationalsozialistischen Diktatur für Forschungszwecke erschlossen.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs aus beiden Teilen des seit 1990 vereinten Landes haben am Gedenkbuch mitgewirkt. Mehr als 300 Quellengruppen wurden für die Bearbeitung der zweiten Auflage des Gedenkbuches ausgewertet. Die große Bereitschaft zahlloser Partner, die ihre Forschungsergebnisse und Kenntnisse bereitwillig zur Verfügung stellten, ist zugleich das Spiegelbild einer engagierten Gesellschaft, die sich der Ehrung der Opfer, der Geschichte ihrer Familien und dem Nichtvergessen der begangenen Verbrechen verpflichtet fühlt. Ich habe daher vielen für ihre Mithilfe zu danken, ohne die dieses Gedenkbuch nicht hätte erscheinen können und danke mit besonderem Respekt den Hinterbliebenen, die sich mit Hinweisen zu ihren Angehörigen beteiligt haben.

Ob mit wachsender zeitlicher Distanz auch die emotionale Teilnahme am Geschehen jener Jahre und das Mitleiden für die entrechteten und ermordeten Menschen abnehmen wird, weiß heute



*(v. l.) Staatsminister Neumann, Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Weber, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland Kramer.
Bild: Bundesarchiv*

niemand. Für die öffentliche Erinnerungskultur birgt diese zunehmende zeitliche Entfernung Gefahren. Der Kreis der Überlebenden verringert sich stetig. Der Zeitpunkt, an dem niemand mehr aus eigener Anschauung, aus eigenem Erleben von Entrechtung und Demütigung, Ausgrenzung und Verfolgung, Erniedrigung und Vernichtung, Ermordung und Auslöschung berichten kann, rückt unaufhaltsam näher. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass die Neuauflage des Gedenkbuches jetzt erscheint.

Mit der Erstellung der Liste der jüdischen Einwohner des Deutschen Reiches von 1933 bis 1945 setzt das Bundesarchiv gemeinsam mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sein Engagement bei der Sicherung des Gedenkens an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Deutschland fort.

Eigentlich sollte ich Ihnen dieses Gedenkbuch zusammen mit Paul Spiegel vorstellen. Sein Tod

ist für unser Land ein großer Verlust. Paul Spiegel stand nach Innen und Außen für Versöhnung. Er baute Brücken für die nachfolgenden Generationen, und er trat dafür ein, dass aus der Verantwortung vor der Geschichte erst die Kraft für die Gestaltung der Zukunft erwächst. Wir gedenken seiner mit tiefer Trauer, aber auch mit tiefer Dankbarkeit für sein Wirken zum Wohl unseres Landes.

Mit dem Blick nach vorn, mit dem Wunsch, dass eine Aufarbeitung der Geschichte Europas die Wunden der Vergangenheit heilen möge, haben wir die moralische Verpflichtung, die Erinnerung an alle jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wachzuhalten und an künftige Generationen weiterzugeben.

Staatsminister Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien

Grußwort des Zentralrats der Juden in Deutschland

Ich spreche heute anstelle von Paul Spiegel sel. A.. Ich bin kein Ersatz für Paul Spiegel sel. A. und wir dürfen sicher sein, dass sein Geist, ebenso wie jener der unzähligen Opfer, die auch im Gedenkbuch einen Namen bekommen haben, gegenwärtig ist.

Ich bedanke mich im Namen des Zentralrats, aber auch ganz persönlich, für die Übergabe der erweiterten Auflage des Gedenkbuches durch Staatsminister Neumann. Ich freue mich, dass ein so freudiges Ereignis den Auftakt für unsere bisherige und auch zukünftige gute Zusammenarbeit bildet.

Danken möchte ich auch ganz besonders den vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch den anderen wichtigen und leider oftmals namenlosen Helferinnen und Helfern, die es ermöglicht haben, dass Werk zu vollenden, damit wir es heute hier vorstellen können.

Nach meiner Ansicht ist das vorliegende Gedenkbuch ein wunderbares Denkmal für die ermordeten deutschen Juden - vielleicht sogar ein besseres Denkmal, aber auch ein Mahnmal, als es die Stehlen jemals sein werden. Ganz bestimmt jedenfalls dann, wenn die Namen im Buch, durch das Sammeln von Fotos, Gesichter bekommen. Ich kann mich diesem Wunsch, ja Traum nur anschließen.

Das vorliegende Gedenkbuch ist - wie Hermann Simon sagt - auch eine „optische Konfrontation des Gewesenen mit dem Gegenwärtigen“. Und ich bin froh, dass sie sichtbar ist und sichtbar bleiben wird. Die Fürsprache durch den Bundespräsidenten in seinem Grußwort und die Anwesenheit des Staatsministers Neumann stehen dafür.

Eine der größten Sorgen, die Paul Spiegel sel. A. in den letzten Monaten umgetrieben hat, war die Übergabe des „historischen Staffeltabes der Erinnerung“ an die nächste Generation, die Generation der nach der Shoa, des nationalsozialistischen Holocaust Geborenen. Hierbei ging es Paul Spiegel sel. A. nicht um die Erinnerung oder Weitergabe der Schuldfrage. Es ging ihm und geht uns im Zentralrat darum, dass die Nachkriegsgeborenen selbst keine Schuld auf

sich geladen haben können, denn Schuld ist etwas höchstpersönliches und es gibt keine Kollektivschuld! Wichtig ist es aber, für Juden und Nichtjuden, zu wissen, was sich zwischen 1933 und 1945 in Deutschland und über seine Grenzen hinaus in Europa abgespielt hat und wie es dazu kommen konnte. Aus dem Wissen aus der Geschichte, ohne Schuld auf sich geladen zu haben, trägt jeder von uns seine persönliche Verantwortung, dafür einzutreten, dass sich gleiches nicht wiederholt.

Der heutige Tag gibt mir, auch angesichts der Medienpräsenz, die Gelegenheit einige weitere Punkte, auch der Erinnerungsarbeit anzusprechen.

Zunächst: Gedenkstätten sind wichtiger als Denkmale. In Deutschland brauchen wir kein Holocaust-Museum. Der Holocaust ist von diesem Land ausgegangen, er hat hier stattgefunden. Die authentischen Orte des Erinnerns, des Gedenkens liegen hier. Möglichst Jugendliche sollten die Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern besuchen, denn das Wissen um das, was geschehen ist, entsteht zuerst und am intensivsten an den authentischen Orten des Grauens, den authentischen Orten des Trauerns - und hier meine ich nicht nur das abfragbare Faktenwissen und nicht nur die intellektuelle Einsicht, ich meine auch das emotionale Begreifen, soweit das überhaupt möglich ist. Nur so können bei jungen Menschen die Grundlagen für eine Haltung gelegt werden, die mir die einzig mögliche Konsequenz aus dem Geschehenen zu sein scheint: die Haltung, die Unverletzlichkeit der Person des Anderen immer und überall zu respektieren - auch dann, wenn mir dieser Andere zuweilen fremd erscheinen mag, und auch dann, wenn mich das vielleicht Anstrengung, Zivilcourage, ja sogar Mut kosten kann. Nur wenn es gelingt diese Haltung bei der Jugend zu verankern, haben neue Barbaren, selbst wenn sie in noch so modernem Gewand daherkommen, keine Chance.

Zweitens: Die Konfrontation mit dem Gewesenen und mit dem Gegenwärtigen. Das ist auch am heutigen Tage und im Angesicht des Gedenkbuches wichtig. Die Ereignisse des 16. April in Potsdam sind uns noch gegenwärtig. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist von 776 im Jahr 2004 auf 959 im Jahr 2005 gestiegen. Potsdam oder Storkow sind keine Einzelfälle. Übergriffe auf nicht rechts aussehende

Jugendliche, Hetzjagden auf Migrantinnen und Migranten finden tagtäglich statt und immer öfter schauen die Strafverfolgungsbehörden weg oder erkennen die Zusammenhänge nicht.

Die rechtsextremen Parteien DVU und NPD haben zwar bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nicht die befürchteten Ergebnisse erreichen können. Die Neonazis haben hier wie anderswo aber längst den vopolitischen Raum erobert. Sie sind erfolgreich in Dörfern, in denen es keine Arbeit, keine Geschäfte und keine Vereine mehr gibt. Sie planen den Umsturz und viele „normale“ Bürger beobachten das Engagement der Rechten mit wachsendem Verständnis, Akzeptanz und Anerkennung.

Einfache Patentrezepte gegen „Rechts“ kann niemand benennen. Wer schnelle Lösungen verkündet, verschweigt meist deren Begrenztheit. Nur vielfältige Gegenstrategien, die innerhalb der Gesellschaft verankert sind, können eine politische Auseinandersetzung mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus vorantreiben, wenn sie deren gesellschaftliche Bedingungen nicht ausblenden.

Es ist heute notwendiger denn je, klare Grenzen nach Rechts aufzuzeigen. Aber Verbote einzelner Kameradschaften allein verhindern nicht deren Bestreben, weiterhin Anhänger für ihre Gesinnung zu suchen und auch zunehmend, sogar unter jungen Frauen, zu finden. Der wachsende Rechts-Extremismus und Neonazismus in Deutschland sind nicht allein ein juristischer Konflikt. Deutschland hat hier vor allem ein politisches Problem. Frankreich, England, Italien und andere europäische Länder haben die gleichen Probleme, aber dieser Befund entbindet uns nicht davon, nach eigenen Lösungen ernsthaft zu suchen.

Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen, was nicht tolerierbar ist, festlegen. Dies meinte Umberto Eco schon 1993 zum Thema. Diese Grenze sollte nicht erst beim militanten Neonazismus liegen, sondern bei den rechten Ressentiments, dem Abwerten und Ausgrenzen von Flüchtlingen, Behinderten, Homosexuellen, Obdachlosen, Muslimen und Juden beginnen. Einhergehend mit der wachsenden Anerkennung der Rechten, als den „wahren Volksvertretern“ ist eine steigende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft immer deutlicher zu erkennen. Ressentiments werden immer mehr salonfähig und einige Politiker aus

Bund und Ländern glänzen durch eine wissenschaftliche Verharmlosung militanter rechter Kräfte in unserer Gesellschaft.

Wir schreiben heute den 8. Mai 2006 - ein historisches Datum. Heute ist der 61. Jahrestag der Befreiung oder der Niederlage? Dies ist keine rhetorische Frage, sondern eine Frage, die die Gesellschaft bis heute spaltet. Für die einen, wie zum Beispiel Ignatz Bubis sel. A. war der 8. Mai 1945 der Tag als befreiter KZ-Häftling, als er erleichtert war, dass der Krieg und die Verfolgung endlich zu Ende waren. Für andere war der 8. Mai 1945 der Tag der Teilung Deutschlands und der Beginn des sog. „Vertreibungsterrors“ für 14 Millionen Deutsche.

Dass der 8. Mai 1945 weder für einen Deutschen noch für einen Holocaustüberlebenden ein Tag der Freude war, beschrieb Ignatz Bubis sel. A. so: „Als ich am 16. Januar 1945 befreit worden war, musste ich feststellen, dass weder mein Vater noch meine Schwester noch mein Bruder mit seiner Frau und Tochter überlebt hatten, um nur von den nahen Verwandten zu sprechen. Sollte dieser Tag etwa für mich ein Tag der Freude sein?“

Der 8. Mai 1945 war der Tag, an dem die Niederlage des Nationalsozialismus schriftlich besiegelt wurde. Eindeutig war dieser Tag der Tag der Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus.

Wer diesen Tag als den Tag der Niederlage Deutschlands sieht, der sollte sich bewusst machen, was aus Deutschland geworden wäre, wenn der Nationalsozialismus gesiegt hätte. Eine Verfolgung von Minderheiten hätte es kaum noch geben können, denn es gab keine Minderheiten mehr. Die Vernichtung von „minderwertigem Leben“ wäre weitergeführt worden. Die Kirchen hätten weiter an Einfluss verloren und wären vielleicht eines Tages ganz verboten worden. Der Nationalsozialismus hätte keinen anderen Glauben neben seiner Ideologie geduldet. Diejenigen, die immer noch glauben, es sei keine Befreiung gewesen, sollten sich einmal ihr Leben heute vorstellen, wenn die Nazis weiterregiert hätten. Ein Leben in Freiheit konnte nur möglich werden, nachdem der Nationalsozialismus vernichtet worden war.

Unbestritten ist, dass es einen Vertreibungsterror nach 1945 gegeben hat, und unbestritten ist auch,

dass die Teilung Deutschlands nach dem 8. Mai 1945 besiegelt wurde. Doch nicht dieser 8. Mai war der Beginn des Vertreibungsterrors, sondern bereits der 30. Januar 1933. Damals wurden Deutsche wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit oder weil sie politisch anders dachten aus Deutschland mit Terrormethoden vertrieben. Ignatz Bubis sel. A. und Paul Spiegel sel. A. gehörten auch dazu. Das gleiche gilt auch für die Teilung Deutschlands: Die Teilung war das Ergebnis des 30. Januar 1933, auch des 1. Septembers 1939 - dem Tag des Überfalls auf Polen und nicht zuletzt des 22. Juni 1941, dem Tag des Überfalls auf die Sowjetunion.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf die Konfrontation mit der Gegenwart im Angesicht der Vergangenheit aufmerksam machen: Der Holocaust hat jede Normalität im Zusammenleben von Juden und Deutschen zerstört. Und die von Klemperer und anderen in den Jahren zuvor empfundene Normalität hat sich als gefährlicher Traum entpuppt. Trotzdem möchte ich an der Hoffnung festhalten, dass in den folgenden Generationen jüdisches Leben in Deutschland selbstverständlich akzeptiert und normal sein wird.

Ich bin kein Träumer. Zur Normalität, ich sagte es bereits, gehört auch der Antisemitismus einer Minderheit. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung anerkennt: Ein jüdischer Deutscher ist ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit denselben Rechten und Pflichten wie ein christlicher Deutscher. Zur Normalität gehört, dass die Verletzungen, unter denen die wenigen noch lebenden Überlebenden des Holocaust und ihre Kinder und Kindeskinde leiden, von den Nachgeborenen der Täter wahrgenommen und in der Kommunikation berücksichtigt werden. Zur Normalität gehört aber auch, dass Jüdisch-Sein nicht auf den Holocaust begrenzt, dass jüdische Kultur wahrgenommen wird in ihrer historischen Dimension und wie sie heute - mit allen positiven und negativen Aspekten - wieder existiert. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit ist, geradezustehen für die Existenz dieses Lebens und einzuschreiten, wenn es bedroht und verletzt wird.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Ignatz Bubis sel. A. schließen: Ich würde mir wünschen, dass der Satz: Ich bin ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einmal für viele

in Deutschland lebende Juden selbstverständlich wird. Und ich wünsche mir, dass die nicht-jüdischen Deutschen ihn zunehmend akzeptieren. Aber ich weiß, dass es noch einige Generationen dauern kann, bis das gelingt. Bis dahin leben meine Familie und ich als Juden in Deutschland.“

Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland

Zur Geschichte des Gedenkbuches

Als ich vor einigen Tagen eines der ersten Voraus-Exemplare des Gedenkbuches in Händen hielt, befielen mich zwei Gedanken nahezu gleichzeitig: Der eine war die verständliche Erleichterung, dass dieses Werk endlich vollbracht war. Nahezu gleichzeitig gingen meine Gedanken aber auch zwanzig Jahre zurück, um zu überlegen, was hat sich auf diesem langen Weg von der ersten zur zweiten Auflage alles verändert.

Als im Jahre 1986 die erste Auflage des Gedenkbuchs erschien, waren sich die Herausgeber - das Bundesarchiv und der Internationale Suchdienst - sowie die beiden Bearbeiter - Brigitte Booms und Heinz Boberach - der Risiken dieses Schrittes bewusst. In der Publikation einer ca. 128.000 Namen umfassenden Liste konnte man lediglich die Quellen auswerten, die zu jenem Zeitpunkt bekannt waren oder zur Verfügung standen; der Zugang zu den in den Archiven der DDR vorhandenen Quellen blieb den Bearbeitern verwehrt. Dass unter den zugänglichen Quellen auch solche waren, deren Aussagekraft und Zuverlässigkeit zum dama-

*Das Gedenkbuch.
Bild: Bundesarchiv*



ligen Zeitpunkt bedenklich erschienen, hat allerdings die Beteiligten nicht daran gehindert, den mutigen Schritt zur Publikation zu wagen. Wenn zudem ein solches Gedenkbuch der Öffentlichkeit in amtlicher Funktion präsentiert wurde, so wurde damit dieser Namensliste ein nicht zu bestreitender offizieller Charakter verliehen, der sowohl angesichts der beschriebenen Unzulänglichkeiten als auch angesichts des Gegenstandes selbst nicht unbedenklich war. Die Zusage, in einer zweiten Auflage aufgrund verbesserten Quellenlage und berücksichtigter Fehlerkorrekturen die erkannten Defizite verringern zu wollen, konnte die grundlegende Problematik nur bedingt kompensieren.

Alle Befürchtungen, die Herausgeber würden nach dem Erscheinen des Gedenkbuchs mit Kritik überschüttet werden, erfüllten sich jedoch nicht. Vielmehr leitete dieser Schritt, den namenlosen jüdischen Opfern des Nationalsozialismus durch ihre individuelle Nennung ein ehrendes Andenken zu geben, die Erarbeitung entsprechender Gedenkbücher in vielen Städten und Gemeinden in Deutschland ein. Auch die beim Bundesarchiv und beim Internationalen Suchdienst eingehenden Schreiben von Überlebenden des Holocaust oder von Angehörigen der Opfer, die schließlich bis heute den stattlichen Umfang von dreizehn prall gefüllten Aktenordnern ausmachen, enthielten neben den Korrekturwünschen durchweg Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit und für die damit gesetzte Geste des Gedenkens. Sicherlich war diese positive Reaktion für das Bundesarchiv hinreichende Ermutigung, die Neubearbeitung des Gedenkbuchs in Angriff zu nehmen.

Diese vollzog sich freilich ab dem Jahre 1990 in einer völlig veränderten Situation. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 und damit auch der Zusammenführung der Bestände des Bundesarchivs mit denen des Zentralen Staatsarchivs der DDR ergab sich die Chance, die Quellenbasis für eine Neuauflage des Gedenkbuches wesentlich zu erweitern. Auf diesem Wege wurden die Ergänzungskarten mit Angaben über Abstammung und Vorbildung aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939 auswertbar, die bis zur Übernahme durch die Staatliche Archivverwaltung der DDR im Jahre 1981 in diesem Gebäude gelagert hatten. Weitere Quellen, etwa die über die 1939 nach Polen abgeschobenen Juden ebenso wie solche über die

1940 über die französische Grenze deportierten badischen, pfälzischen und saarländischen Juden, kamen hinzu.

Die verbreitete Öffnung der Archive sowohl in den neuen Bundesländern als auch in den östlichen Nachbarländern des vereinigten Deutschland boten auf breiter Front neue Erkenntnismöglichkeiten, die für die anstehende Aufgabe einer Neuauflage nutzbringend ausgewertet werden konnten. So zielten die Überarbeitungsschritte nicht nur darauf ab, die Namen fehlender Opfer einzufügen, sondern auch die individuellen Leidenswege über Emigration, Deportation und Ermordung zu vervollständigen.

Auch die Überarbeitung des Gedenkbuches erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen (ISD). Ihm wurden ca. 40.000 Namen von Juden aus dem Gebiet der preußischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Sachsen (Provinz) und Schlesien sowie aus den Ländern Sachsen, Anhalt und Mecklenburg zur Ermittlung der Schicksalsangaben übersandt. Im Ergebnis wurden Auskünfte zu ca. 20.000 Namen an das Bundesarchiv zurückgegeben und anschließend einzeln geprüft. Diese Auskünfte enthielten Angaben zu Opfern, aber auch zu Emigranten und zu Personen, die eines natürlichen Todes gestorben waren. Außerdem überließ der ISD dem Bundesarchiv Kopien von Quellen zur Auswertung, u. a. Karteikarten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (bezogen auf das Gebiet der neuen Bundesländer und der ehemaligen Ostgebiete), Deportationslisten aus den Gestapobereichen Dresden, Chemnitz und Breslau sowie vom Sonderstandesamt Arolsen ausgestellte Sterbeurkunden.

Eine grundlegende Zäsur in der Bearbeitung der Informationen ergab sich in Folge der im Jahre 1992 unter der Leitung von Frau Elisabeth Brachmann-Teubner begonnenen computergestützten Erfassung der „Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung“ aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939. Es war dann nur konsequent, dass im Anschluss hieran alle vorhandenen Informationen - dies unter der Leitung von Frau Undine Völschow - in eine neue Gedenkbuch-Datenbank eingegeben wurden, um insbesondere auch den Vergleich und die aufwendige Überprüfung der Angaben aus unterschiedlichen Quellen zu unterstützen. In jedem

Einzelfall erforderte dies von den Bearbeitern, die Identität der Personen sicherzustellen und die Zuverlässigkeit der jeweiligen Quelle zu bewerten. Dass gerade dieser Schritt erhebliche Bearbeitungszeit in Anspruch genommen hat, ist sicherlich für jeden nachvollziehbar, der einerseits die komplizierte Quellenlage überschaut und zugleich die Tücken der diversen Fehlermöglichkeiten einkalkuliert.

Auch mit der zweiten Auflage des Gedenkbuches, das nunmehr nahezu 150.000 Opfernamen umfasst, kann es nicht in allen Fällen gelingen, die Namen und Verfolgungswege aller Opfer vollständig und zutreffend zu ermitteln. Nach wie vor fehlen für bestimmte Gebiete Angaben zum Schicksal der jüdischen Opfer. Dies ist insbesondere für Ostpreußen und Schlesien der Fall. Auch bleiben Lücken hinsichtlich der Nennung aller Emigranten, die aus den besetzten Gebieten deportiert wurden. Dennoch hat sich das Bundesarchiv entschlossen, die Neuauflage des Gedenkbuches zum jetzigen Zeitpunkt zu veröffentlichen, weil nun ein Stand der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit erreicht ist, der wesentlich über die erste Auflage hinausgeht. Aber auch heute noch bleiben Wissensträger und Zeitzeugen aufgerufen, sich beim Bundesarchiv zu melden, um etwaige Korrekturen und Ergänzungen zum Leidensweg der Opfer mitzuteilen. Diese werden dann in die fortlaufend aktualisierte Datenbank eingearbeitet werden.

Anders als bei der ersten Auflage erfolgt die Nennung der Opfer nicht mehr in Listenform. Um die Individualität der Opfer zu unterstreichen, ist jedem von ihnen ein eigener Textblock gewidmet. Das Gedenkbuch liegt jetzt auch in

elektronischer Form vor: Auf einer CD ist ein leicht zu installierendes Rechercheprogramm beigegeben, das die Suche nach Namen, Geburtsorten, Wohnorten sowie Deportationsdatum und Deportationsort ermöglicht. Darüber hinaus wird das Bundesarchiv in Kürze die Liste der veröffentlichten Namen im Internet zur Verfügung stellen. Auch dort werden Wissensträger und Zeitzeugen Ergänzungen und Korrekturen vornehmen können. Schließlich wird die elektronische Form des Gedenkbuches in der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas den Besuchern an einem speziell eingerichteten Terminal zugänglich sein.

So war der Weg von der ersten zur zweiten Auflage des Gedenkbuchs ein langer und schwieriger Weg. Allen daran Beteiligten, ob innerhalb oder außerhalb des Bundesarchivs, werden mit mir froh sein, dass ihre jeweiligen Bemühungen und Anstrengungen zu einem - wie ich meine - guten Ergebnis geführt haben. Dafür sei allen an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Dr. Hans-Dieter Kreikamp, Leiter der Abteilung
Deutsches Reich im Bundesarchiv

Anmerkungen

- 1) Die „Juden deportierten“ aus dem Deutschen Reich von 1941 - 1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.
- 2) Das Gedenkbuch ist schriftlich zum Preis von 149,39 € zu bestellen unter der Adresse m.conen@barch.bund.de oder Koblenz@barch.bund.de oder Bundesarchiv, Potsdamer Str. 1, 56075 Koblenz (Fax 0261/ 505-226).

Friedrich Ebert - Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten

Die hier zu eröffnende Ausstellung hat die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg entwickelt und finanziert¹. Die Heidelberger Stiftung ist kein Bestandteil der großen Friedrich-Ebert-Stiftung, sondern eine kleine bundesunmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts. In dem Gesetzestext, mit dem der Deutsche Bundestag im Dezember 1986 unsere Einrichtung ins Leben gerufen hat, sind auch ihre Aufgaben definiert: „Zweck der Stiftung ist es, das Andenken an das Wirken des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte seiner Zeit zu leisten“². Beide Ziele, das Bewahren des Andenkens an eine Person und das Vermitteln von Verständnis für seine Zeit, setzen das Wissen um die historischen Vorgänge und die Kenntnis der wichtigsten Gestalter voraus. Dazu muss man Friedrich Ebert und seinen Lebensweg, aber auch seine Zeit, die Rahmenbedingungen politischen Handelns *kennen lernen*. Das zu leisten, ist Aufgabe dieser Wanderausstellung.

Am 11. Februar 1919 wählte die in Weimar tagende Nationalversammlung Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. In seiner Dankesrede formulierte der Sozialdemokrat das Leitmotiv seiner Amtsführung als Staatsoberhaupt in prägnanter Form: „Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei“. Er legte damit ein für die damalige Zeit völlig neues Amtsverständnis an den Tag. Er sprach in dieser Rede aber auch von seinen politischen Überzeugungen und seinen Ursprüngen: „Ich bekenne aber auch, dass ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und dass ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin“.

Seine Ursprünge - das war das Arme-Leute-Viertel der Heidelberger Altstadt. Hier wurde er am 4. Februar 1871 mittags um 12 Uhr als Sohn eines Schneidermeisters geboren; hier befindet sich auch unsere Gedenkstätte. Kaum gesicherte Daten gibt es zu Eberts Jugend. Wir haben nicht einmal Fotos von der Familie, nur eines von der

Mutter. Im Arbeiterhaushalt konnte man eben nicht in das Fotostudio gehen und sich ablichten lassen. Dazu fehlte das Geld. So gibt es von Friedrich Ebert in den ersten 20 Lebensjahren lediglich drei Fotografien. Und Schriftliches ist über Kindheit und Jugend nicht überliefert. Was wir aber erschließen können, ist die Enge, in der Friedrich Ebert aufwuchs. Die Geburtswohnung misst gerade einmal 45 qm, hier lebten acht Personen; tagsüber arbeiteten dort auch noch zwei Gesellen des Vaters.

Bremen: Aufstieg in der Arbeiterbewegung

In der Ausstellung ist als eines der wenigen Dokumente aus der Jugendzeit ein Zeugnis von Friedrich Ebert zu sehen, das ihn als einen strebsamen Schüler ausweist, mit mittleren bis guten Noten. Nach der Schule absolvierte er eine Sattlerlehre und ging anschließend auf Wanderschaft, die 1891 in Bremen endete. Diese Station war sowohl persönlich als auch politisch von entscheidender Bedeutung. Hier, von 1891 bis 1905, vollzog sich der Aufstieg vom einfachen Parteisolddaten zu einem führenden Sozialdemokraten im deutschen Kaiserreich. In Bremen erwarb er sich das politische Rüstzeug eines Parteiarbeiters und eines populären Agitators, wie damals die unermüdlichen Werber der Sozialdemokratie genannt wurden. Wer den Arbeiter für die sozialdemokratischen Ideen gewinnen wollte, der musste die Gabe der freien Rede haben. Wer nicht reden konnte, dem blieb die große Karriere in der Partei versagt. Man brauchte die Fähigkeit, ohne Manuskript die Zuhörer zu fesseln; man brauchte Standfestigkeit, um auch einmal in einer nur mäßig gewärmten Scheune vor einigen hundert Genossen zu referieren, weil wieder einmal der ausgegrenzten Arbeiterbewegung kein Saal zur Verfügung gestellt wurde.

1894 übernahm Ebert für sechs Jahre eine Gastwirtschaft. In der Sozialdemokratie des Kaiserreiches wurde der Wirt keineswegs abschätzig betrachtet, denn für die Arbeiterbewegung war es von unschätzbarem Wert, wenn ein zuverlässiger Genosse eine Gastwirtschaft übernahm und man



„Arbeiter, Bürger, Bauern, Soldaten aller Stämme Deutschlands vereinigt Euch zur Nationalversammlung“, Aufruf 1919.

Bundesarchiv, Plak 002-004-018

dort Versammlungen abhalten konnte. Der große sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky brachte das einmal sehr treffend auf den Punkt: „Das einzige Bollwerk der politischen Freiheit des Proletariats, das ihm der Staat so leicht nicht konfiszieren kann, ist das Wirtshaus. [...] Ohne Wirtshaus gibt es für den deutschen Proletarier nicht nur kein geselliges, sondern auch kein politisches Leben“. In der Ausstellung ist neben einer Anzeige des Gastwirts, dass am Billard „Geflügel“ ausgespielt werde, auch die Annonce zu sehen, dass der Wirt in Gewerbestreitigkeiten unentgeltlich Auskunft gibt. In der Tat wurde die Gastwirtschaft Anlaufstelle in Sachen Sozialpolitik. Hier holten sich die Rat suchenden Arbeiter Hilfe bei dem versierten Sozialversicherungsfachmann Friedrich Ebert.

In dieser Zeit formte sich Eberts politischer Standpunkt in den ideologischen Grabenkämpfen seiner eigenen Partei. Ebert stand auf der Seite der Reformisten. Er wollte durch beharrliche Kleinarbeit das Los des Proletariats verbessern. Wer tagtäglich mit den Sorgen und Nöten der Arbeiterschaft konfrontiert wurde, der wusste, wo dem Proletariat der Schuh drückte, und der entwickelte Sinn für das politisch Machbare. Nicht der utopischen Heilsgesellschaft in

ferner Zukunft, sondern der sozialen und politischen Verbesserung im Hier und Heute galt das Interesse.

Bremen wurde auch privat eine entscheidende Wegmarke: 1894 heiratete er die 20-jährige Fabrikarbeiterin Louise Rump. Aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen, war sie selbst gewerkschaftlich engagiert, und zwar an führender Stelle: als zweite Vorsitzende eines kleinen Holzarbeiterverbandes. Und sie ist - wenn man so will - die erste Quotenfrau. Das Statut der kleinen Gewerkschaft schrieb nämlich fest, dass der 2. Vorsitzende eine Frau sein musste. Fünf Monate nach der Heirat kam das erste Kind zu Welt: „Ein kleiner Umstürzler ist angelangt“, gaben die Eltern in einer Zeitungsanzeige kund. Es folgten noch drei weitere Söhne und eine Tochter. Zwei Söhne fielen im Ersten Weltkrieg.

Mitglied im Parteivorstand und SPD-Vorsitzender

1905 ging Ebert nach Berlin. Er war im September des Jahres auf dem SPD-Parteitag in Jena in den zentralen SPD-Parteivorstand gewählt worden. Als Parteifunktionär und als SPD-Vorsitzender, zu dem man ihn 1913 wählte, ging es

ihm darum, die politische Schlagkraft der Sozialdemokratie zu erhöhen, um so dem kaiserlichen Klassenstaat Reformen abzurufen. Unter dieser Zielsetzung stand auch seine Politik während des Ersten Weltkrieges: Er hielt die Partei auf Burgfriedenskurs, mit dem die SPD für die Dauer des Krieges auf Opposition gegen das System verzichtete. 1917 kam es zur Spaltung der Partei, als sich die Burgfriedensgegner in der USPD sammelten. Gegen die Spaltung hatte sich Ebert bis zuletzt gestemmt. Die Spaltung der Partei wird in der Ausstellung durch den Riss quer durch das Foto der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1914 symbolisiert.

Im Krieg erfuhr auch die Familie Leid. Es ist leicht davon geschrieben und hier leicht davon gesprochen, dass Ebert zwei Söhne verloren hat. Aber was bedeutete das? Da hilft ein Blick auf die Fotos der Söhne im Waffenrock. Das sind keineswegs erwachsene Männer, mehr noch Jugendliche, in Uniformen gezwängt, mit einer fast noch kindlich-jugendlichen Ausstrahlung. Innerhalb von nicht einmal drei Monaten verloren Friedrich und Louise Ebert 1917 den 19-jährigen Sohn Heinrich und den 20-jährigen Georg. „Der Schlag trifft uns sehr schwer. – Wir müssen uns trösten mit den vielen anderen, die ihr Liebstes verloren“, schreibt Friedrich Ebert nach dem Tod Heinrichs an seine Schwägerin in Heidelberg. Wie Ebert und seine Familie die Schicksalsschläge seelisch verkraftet und verarbeitet haben – wir wissen es nicht. Die Eltern konnten nicht einmal an Gräbern Abschied von den Söhnen nehmen. Von ihrem in Frankreich gefallenen Sohn Georg kamen am 23. Hochzeitstag die letzten Briefe und die Uhr zurück. Es waren dies die Briefe eines Toten, was noch einmal die ganze Tragik verdeutlicht. Eine Meldung über ein Grab gibt es nicht – vermutlich ist Georg in einem Massengrab im französischen Kampfgebiet beigesetzt worden.

Schwerpunkt der Ausstellung sind Eberts Jahre an der Spitze der Partei und als Reichspräsident. Die Ausstellung zeigt dabei, dass Eberts Haltung in der Kriegszeit nicht ohne Widerspruch in den eigenen Reihen blieb.

Vom Parteiamt in die Staatsverantwortung: Kriegsende und Revolution

Im Herbst 1918 war die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg absehbar, die Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit in der Heimat und an

der Front spürbar. Es genügte ein Tropfen, um das Fass zum revolutionären Überlaufen zu bringen, ein Tropfen in Gestalt des unsinnigen Befehls der militärischen Führung, die Kriegsflotte solle zu einer letzten großen Schlacht auslaufen. Sie sollte lieber heroisch untergehen, als dem Feind in die Hände fallen. Mit der Meuterei der Matrosen begann die deutsche Revolution. Die revolutionäre Welle brauste in Windeseile über Deutschland hinweg und spülte die Kronen der Regenten fort. Eine Zeichnung versinnbildlicht diesen Bruch mit den von den Fluten an den Strand gespülten Kronen. In der dramatisch sich zuspitzenden Situation am 9. November 1918 begab sich Friedrich Ebert zum letzten kaiserlichen Reichskanzler Max von Baden und forderte die Übergabe der Macht an die Sozialdemokratie. Und so geschah es.

Reichskanzler war Ebert jedoch nur für einen Tag. Denn am 10. November 1918 bildete sich unter seiner Führung der „Rat der Volksbeauftragten“, der zu gleichen Teilen aus SPD und USPD bestand. Keine andere Regierung in der deutschen Geschichte hat so schwierige Probleme in so kurzer Zeit bewältigen müssen und bewältigt wie die revolutionäre Übergangsregierung. So mussten allein die vier Millionen deutschen Soldaten, die noch in Frankreich und Belgien standen, innerhalb weniger Tage zurückgeführt werden, die Kriegsproduktion war auf Friedenswirtschaft umzustellen, zudem die Ernährungslage zu sichern, damit nicht noch mehr Menschen verhungerten, da musste angesichts zentrifugaler Kräfte das Reich zusammengehalten werden.

Diese Aufgaben haben die Volksbeauftragten (der „sechsköpfige Reichskanzler“ - Philipp Scheidemann) in den drei Monaten ihrer Regentschaft bewältigt. Es soll nicht verschwiegen werden - und die Ausstellung tut dies auch nicht -, dass Eberts Politik in der Phase der Revolution von Zeitgenossen und der historischen Forschung kritisch beurteilt wird. Im Wesentlichen werden Versäumnisse festgemacht, die die erste deutsche Demokratie stabiler gemacht hätten. Es wird als Fehler bewertet, dass kein umfassender Austausch der Eliten des Kaiserreiches - in Militär und Verwaltung - stattgefunden habe.

Friedrich Ebert hat vom Beginn der Revolution konsequent die parlamentarische Demokratie angesteuert und alle Deutschen zur Mitarbeit in der neuen Republik aufgerufen, zum Mitwirken am

Wiederaufbau des am Boden liegenden Landes. Seine Vorstellungen von Demokratie waren unvereinbar mit der Forderung nach einer Räte-republik, einer von den extremen Linken gewollten Diktatur des Proletariats. Es ging ihm um Gleichberechtigung aller Menschen, für ihn „der große ideale Gedanke der Demokratie“, wie er es im Dezember 1918 auf eine knappe Formel brachte. Das war seine urdemokratische Überzeugung, im Grunde seine politische Vision. Als er am 6. Februar 1919 im Stadttheater von Weimar das erste aus wirklich freien, geheimen, gleichen und allgemeinen Wahlen hervorgegangene Parlament in der deutschen Geschichte eröffnete, hatte er einen wesentlichen Schritt getan, um dieses Ziel zu erreichen.

„Brückenbauer“ als Reichspräsident

Natürlich kann die Ausstellung nur schwerlich die permanente Krise während Eberts Amtszeit als Reichspräsident vermitteln. Die Labilität der politischen Verhältnisse lässt sich am einfachsten ersehen aus dem in der Ausstellung gezeigten Foto der Reichskanzlei, aus der die Köpfe von

acht Reichskanzlern herauschauen. Denn: In den sechs Jahre an der Spitze des Staates erlebte Ebert acht Kanzler und zwölf verschiedene Regierungen. Im Durchschnitt amtierte eine Regierung ganze sechs Monate. Das setzte die Satire-Zeitschrift „Simplicissimus“ am Ende des Jahres 1923 bildhaft um, indem sie die Karikatur eines sich im Bett wälzenden Ebert zeigt und dieses mit „Die ewige Kanzlerkrise“ betitelt. Darunter findet sich die bekannte Liedzeile des Dichters Heinrich Heine „Denk’ ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht...“. In der Tat konnte die Staatskrise des Jahres 1923 mit Ruhrbesetzung, separatistischen Unruhen im Rheinland und in der Pfalz, sowie Konflikten des Reiches mit Sachsen und Bayern und einer horrenden Inflation das Staatsoberhaupt um den Schlaf bringen, zumal Ebert in diesem Jahr drei Kanzler mit fünf verschiedenen zusammengesetzten Regierungen erleben musste.

Immer wieder hat Ebert die Parteien zu einer stabilen Großen Koalition gedrängt. Dabei warb er um Verständnis, dass eine erfolgreiche parlamentarische Demokratie den Kompromiss der Parteien erfordert. Die Große Koalition war da-



*Reichspräsident Ebert bei heimkehrenden Kriegsgefangenen.
Bundesarchiv, Bild 146II-553*

mals etwas anderes als heute. Zu Eberts Zeiten mussten nicht weniger als vier Parteien unter einen Hut gebracht werden: von der SPD über die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die katholische Zentrumspartei bis hin zu Stresemanns Deutscher Volkspartei (DVP). Die Große Koalition sollte zugleich der politische Eckpfeiler der von Ebert beinahe schon gebetsmühlenartig propagierten Volksgemeinschaft sein, einer Konsenspolitik über die Parteigrenzen hinweg zum abstrakt formulierten Wohl des Staates. Das war seine Vision. Der Reichspräsident wollte Brückenbauer, Mediator zwischen den gesellschaftlichen Kräften sein. Doch die Parteien folgten solchem Ruf nicht, nur knapp 100 Tage währte die Große Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann im Sommer/Herbst 1923 auf dem Höhepunkt der Staatskrise.

Oft zerbrachen Regierungen, weil den Parteien der Wille zum Kompromiss fehlte, weil sie sich der Verantwortung entledigen wollten. Einer Vielzahl von Ministern musste Ebert die Ernennungs- und Entlassungsurkunden ausstellen. Da waren die sechs Jahre, die Ebert im Amt blieb, schon eine erstaunlich lange Zeit. Auch Ebert sehnte sich nach seiner „früheren politischen Freiheit“, litt „unter der Gefangenschaft“ in seinem Präsidentenpalais, wie eine Bekannte später schreiben sollte - aber: Er blieb mit hohem Verantwortungsbewusstsein im Amt.

Zur parlamentarischen Instabilität kamen die außenpolitischen Belastungen, harte Friedensbedingungen, die dem kaiserlichen Deutschland galten, die nun aber dem demokratischen Deutschland aufgebürdet wurden, dann die damit zusammenhängende schwierige Wirtschaftslage und die stetig steigende Inflation. Für all diese Probleme wurde nicht der Konkursverursacher, also die Reichsführung im Kaiserreich, sondern der Konkursverwalter, die Republik und ihre Träger, auch und vor allem Ebert verantwortlich gemacht. Da passte es nur zu gut, dass die demokratiefeindliche Rechte erfolgreich die Dolchstoßlegende verbreitete, die besagte, dass Deutschland ohne den Ausbruch der Revolution den Ersten Weltkrieg gewonnen hätte. Die monarchistische DNVP setzte die Dolchstoßlüge in den Reichstagswahlen 1924 wirkungsvoll in ein Plakat um: Ein Sozialdemokrat rammt dem heldenhaft kämpfenden Soldaten das Messer in den Rücken.

All diese Probleme werden in der Ausstellung thematisiert, darüber hinaus wird auch der unbekannte Ebert vorgestellt, der mehr war als nur ein „Papiermensch“, wie der literarische Kritiker Kurt Tucholsky, der Ebert mit beißendem Spott bedachte, einmal schrieb. Sie kennen die Bilder des ersten Reichspräsidenten zumeist bei öffentlichen Anlässen mit ernstem Gesicht, ein nüchtern und sachlich wirkender Mann, der der Bevölkerung das Bild eines ernsten, ja biedereren Zeitgenossen bot.

Lebensbilder

Von den Fotografien mit Ebert als Objekt geht keine Faszination aus. Die Aufnahmen mit ihm strahlen keine natürliche Ungezwungenheit aus. Sie vermitteln auch keine volkstümliche Nähe. Zu sehen bekam man gestellte und arrangierte Ganz- oder Halbporträts, Ebert oft sitzend am Schreibtisch, den arbeitenden Reichspräsidenten darstellend. Da wirkt er doch eher spröde, stets korrekt gekleidet, vorwiegend im dunklen Anzug (als Sohn eines Schneiders legte er Wert auf einen tadellosen Anzug mit „guter Naht“), nicht ein einziges Mal „hemdsärmelig“ volksth. Die überwiegende Zahl der Pressefotos waren Gruppenaufnahmen mit dem Reichspräsidenten (zumeist mit Hut); sie sind eher gestellt denn natürlich. Von Empfängen oder Gartentees im Reichspräsidentenpalais gibt es nur wenige Bildberichte in den Gazetten. Die meisten Fotos stammen von Besuchen im Reich oder offiziellen Terminen in Berlin.

Einen Ebert in gelöster Stimmung bekam der Käufer der zahlreichen illustrierten Zeitschriften der Zeit nur selten präsentiert. In diese Kategorie der eher spontanen, ungezwungenen Aufnahmen gehört die mit den Größen des deutschen Stummfilms Henny Porten und Emil Jannings beim Besuch der Dreharbeiten zum Ernst-Lubitsch-Film „Anna Boleyn“. In der Anfangszeit sah man nur selten den lachenden Präsidenten. Erst nach einigen Jahren kam der froh gestimmte Ebert im Kreis von fröhlichen Kindern in die Zeitung, wie 1924 beim Fest für die amerikanische Kinderhilfe im Garten des Reichspräsidenten.

Die Öffentlichkeit erhielt insgesamt nur wenig Einblick in das Privatleben des Reichspräsidenten. In der Ausstellung wird auch der Reiter, der Jäger gezeigt, der Reichspräsident mit seinen Mitarbeitern beim Picknick im Schwarzwald,



Flugreise des Reichspräsidenten zur Leipziger Messe, 1923.

Bundesarchiv, Bild 102-00005

das Staatsoberhaupt, das sich im Grubenanzug postiert. Das waren allerdings Fotos, die zumeist nicht in die Gazetten kamen. Und wenn doch, wie die Aufnahme von Ebert als Reiter, dann mit diffamierender Zielrichtung: Denn das Foto zierte den Einband von gleich zwei Schmähchriften von Demokratiegegnern, und zwar bezeichnenderweise jeweils den Umschlag eines linksradikalen und eines rechtsradikalen Pamphlets.

Zu sehen ist auch ein dem heutigen Verständnis nach eher harmloses Foto, das seinerzeit zweifelhafte Berühmtheit erlangte: Ebert und Reichswehrminister Noske in damals ungewöhnlichen Badehosen. Auf dieses Badehosenbild reagierte die Gesellschaft, die bisher den Prunk des kaiserlichen Deutschlands gewohnt war, schockiert. Als dann daraus eine massenhaft verbreitete Postkarte mit der Überschrift „Einst und Jetzt“ gemacht wurde, Ebert und Noske in Badehose umrahmt von Kaiser Wilhelm II. und seinem überaus populären Feldherrn Hindenburg in Prunkuniformen, war die Stoßrichtung offenkundig: Es galt, das neue System in ein schlechtes Licht zu stellen. Einst das Kaiserreich in Glanz und Gloria, jetzt die Republik in Badehosen, nahezu nackt die Repräsentanten!

Ebert war ein beliebtes Objekt der zeitgenössischen Karikatur, die in der Zeit nach der Revolution von aggressiver Schärfe gekennzeichnet war. Neben den in bester Tradition stehenden Satire-Blättern wie dem „Simplicissimus“ oder dem „Kladderadatsch“, die die politische Karikatur als eine die Realität überzeichnende, gleichwohl spitze, aber nicht die Person verunglim-

pfende Darstellung einsetzten, gingen Zeichner der radikalen Linken und Rechten allerdings oft über den Rahmen des Tolerierbaren hinaus und verfielen in platte diffamierende Agitation.

Rufmordkampagne

Die Republikgegner scheuten sich nicht, das Staatsoberhaupt in übelster Weise zu beschimpfen und zu verleumden. Nur die Spitze des Eisberges von Verleumdungen, rund 200

Fälle, ließ Ebert gerichtlich verfolgen. Aber das war nur eine stumpfe Waffe in einer Zeit, als viele Robenträger noch der Monarchie nachtrauerten und nur darauf warteten, ihren Teil zur Diskreditierung der jungen Republik beizusteuern. Es fand sich schließlich in Magdeburg ein Richter, der in einem dieser Verleumdungsprozesse 1924 feststellte, dass Ebert „durch seine Beteiligung am großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918“ Landesverrat begangen hatte. Das war im Grunde genommen die auf Ebert gemünzte Fortsetzung der Dolchstoßlegende, die das politische Klima Weimars so nachhaltig vergiftete. Ebert war im Januar 1918 in den Streikausschuss getreten in der Hoffnung, den Ausstand ohne Schaden für das Reich und ohne negative Folgen für die Streikenden beenden zu können. Das Magdeburger Urteil vom Tag vor Heiligabend 1924, das Eberts Motivation verdrehte, war nichts anderes als politischer Rufmord. Es traf Ebert hart. Jedem war es nun erlaubt, den Reichspräsidenten ungestraft als Landesverräter zu beschimpfen.

Aber das Urteil bewirkte auch einen Schub der Solidarität mit Ebert bis weit in das Bürgertum hinein. Einer der ersten, der dem Staatsoberhaupt gegenüber das Unverständnis über das Fehlurteil zum Ausdruck brachte, war der liberale Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss, der ein Viertel Jahrhundert später, 1949, in der Nachfolge von Friedrich Ebert als Staatsoberhaupt erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland werden sollte.

Ebert strebte eine baldige Revision des Magdeburger Richterspruchs an. Kurz nach der Urteilsverkündung umriss er seine Motive für die Wiederaufnahme des Verfahrens: „Dem weiteren Lauf des Prozesses sehe ich mit ruhigem Ge-

wissen entgegen. Persönlich brauche ich wahrlich keine gerichtliche Feststellung gegen verleumderische Schmutzereien; es war nur das Staatsinteresse, das mich zu diesem Schritt veranlasste. Staatsinteresse und Rechtspflege scheinen heute aber schlecht miteinander zu vereinbaren zu sein“. Er schien das Vertrauen in die Justiz verloren zu haben, nicht aber in sich selbst, wie er weiter schrieb: „Mir war mein Lebensweg nie mit Rosen bestreut. Ich wünsche das auch nicht in Zukunft. Gleichwohl werde ich meine Straße weiter ziehen, sicher und fest, mit frohem Mut und gutem Gewissen!“

Lang sollte sein Weg allerdings nicht mehr sein. Über das angestrengte Revisionsverfahren verschleppte er, gesundheitlich ohnehin angeschlagen, eine Blinddarmreizung, die, zu spät erkannt (und damit auch zu spät operiert), zu seinem frühen Tod führte. Die Hetzkampagne hatte dazu beigetragen; seine körperliche Widerstandsfähigkeit war geschwächt. Eine der letzten Aufnahmen zeigt einen bereits von der Krankheit gezeichneten Friedrich Ebert: blass, gealtert, mit leerem Blick. Friedrich Ebert starb am 28. Februar 1925 - genau um 10.15 Uhr - im Alter von 54 Jahren.

Friedrich Ebert hat gewiss seiner Zeit nicht den Stempel aufgedrückt wie Otto von Bismarck oder Konrad Adenauer, der auch auf Fotos mit Ebert zu sehen ist. Der um knapp fünf Jahre jüngere Kölner Oberbürgermeister Adenauer erreichte erst sehr viel später, 25 Jahre nach dem Zusammentreffen mit Ebert bei der Messe in Köln 1924, mit seiner Wahl zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1949 den Höhepunkt seiner Karriere! Ebert, Heuss und Adenauer waren Zeitgenossen - das führt noch einmal schlagartig vor Augen, wie früh eigentlich Ebert verstarb.

Friedrich Ebert ist keine unumstrittene historische Persönlichkeit - und das hoffen wir auch mit dieser Ausstellung zu vermitteln. Jedoch: Als er 1925 starb, befand sich die Weimarer Republik in einer Phase der relativen Stabilität. Deutschland hätte auf dem von Ebert vorgezeichneten Weg weitergehen können, wenn es dies gewollt hätte. Stattdessen aber wählten die Deutschen im April 1925 Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten. Mit Hindenburg hatte Deutschland wieder einen Adligen, einen Militär, einen Antidemokraten, einen Mann der Vergangenheit an seiner Spitze – ein Menetekel für

die weitere Entwicklung der Republik. Der Tod Friedrich Eberts markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik.

Walter Mühlhausen

Anmerkungen

1) Rede bei der Eröffnung der Wanderausstellung „Friedrich Ebert. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ am 8. Februar 2006 in Koblenz.

2) Kontaktanschrift: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Untere Straße 27, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-91070, e-Mail: friedrich@ebert-gedenkstaette.de

Weiterführende Literatur

Friedrich Ebert 1871-1925. Mit einem einführenden Aufsatz von Peter-Christian Witt, 2. veränderte Aufl. Bonn 1980.

Kolb, Eberhard (Hrsg.): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis, München 1997.

Mühlhausen, Walter (Hrsg. unter Mitarbeit von Bernd Braun): Friedrich Ebert und seine Familie. Private Briefe 1909-1924, München 1992.

Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert - Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg 1999.

Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.

Witt, Peter-Christian: Friedrich Ebert. Parteiführer - Reichskanzler - Volksbeauftragter - Reichspräsident, Bonn³ 1992.

Ich freue mich, hier einen Vortrag über ein Thema halten zu dürfen, dessen Brisanz auf der Hand liegt: Fußball unterm Hakenkreuz.

Die große Anteilnahme der Öffentlichkeit an diesem Thema ist leicht erklärbar. Die Frage, was die Nationalsozialisten, die gemeinhin als die Inkarnation des Bösen gelten, mit des Deutschen liebstem Kind - dem Fußball - gemacht haben, übt einen gewissen Reiz aus. Dies um so mehr, als die Fußballbegeisterung nach der FIFA-Entscheidung, die WM 2006 an Deutschland zu vergeben, einen weiteren Kick erhalten hat. Dies äußert sich nicht nur in ständig steigenden Zuschauerzahlen, sondern auch in einer Fülle von Büchern, die seit dem Jahre 2000 erschienen sind und die sich in unterschiedlicher Form den verschiedenen Facetten dieses Kulturphänomens Fußball zu nähern versuchen.

Angesichts der wachsenden Sporteuphorie konnte es nicht ausbleiben, dass nun auch die Historiker dieses Thema für sich entdeckt haben, nachdem es in den Jahrzehnten zuvor doch eher als trivial galt, sich mit dem Geschehen rund um den Fußballsport auseinander zu setzen. Viele Historiker geben als Grund für ihr gestiegenes Interesse nicht selten an, dass sich aus der Erforschung der Fußballgeschichte allgemeine Schlüsse über den Zustand der Gesellschaft in der jeweiligen Zeit ziehen lassen. - Dies ist sicherlich eine gewagte These, deren Gültigkeit - wenn überhaupt - erst in ein paar Jahren überprüft werden kann.

Was die Geschichte des Fußballs unterm Hakenkreuz anbelangt, so neigten Teile der Öffentlichkeit bislang zu einer Skandalisierung dieses Themas. Dies war vornehmlich darauf zurückzuführen, dass der Deutsche Fußball-Bund es lange Zeit versäumt hatte, sich diesem Thema zu stellen. Noch im Jahr 2000 gab er anlässlich seines hundertjährigen Bestehens einen Geschichtsband heraus, in dem die Zeit des „Dritten Reiches“ sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Dies nährte den Verdacht, dass der DFB hinsichtlich seiner Geschichte zwischen 1933 bis 1945 vielleicht noch mehr zu verbergen hatte als bedeutende Unternehmen wie die Deutsche Bank, VW, Thyssen, Krupp, die Allianz oder die vielen anderen großen deutschen Konzerne, die

spätestens in den neunziger Jahren dazu übergegangen waren, mehr oder weniger freiwillig ihre Archive zur Aufarbeitung des nationalsozialistischen Kapitels ihrer Vergangenheit zu öffnen.

Wirtschaftliche Bedeutung der „Fußlümmelei“ von Beginn an

Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass an dieser Stelle eine Organisation wie der DFB, der als Dachverband eines populären Volkssportes fungiert, im gleichen Atemzug mit großen Konzernen genannt wird. Immerhin handelt es sich beim DFB formal gesehen nicht um einen Betrieb zur Erstellung von Sachgütern oder Dienstleistungen, dessen Ziel es in einem marktwirtschaftlichen System sein muss, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Der DFB wählte bei seiner Gründung im Jahre 1900 die Rechtsform eines Vereins, der sich einem idealistischen Ziel verschrieb, nämlich der Förderung und Organisation des deutschen Fußballsports zur Aufrechterhaltung der Volksgesundheit. Dennoch ist es für das Verständnis des Fußballs in der Zeit des Nationalsozialismus erforderlich, sich zunächst einmal zu verdeutlichen, dass der DFB und die ihm angehörenden Vereine auch betriebswirtschaftliche Einheiten waren und dass ihre Vorsitzenden entsprechend dachten.

Vielleicht haben einige von Ihnen davon gehört, dass im Fußballsport am Anfang des 20. Jahrhunderts bis weit in die fünfziger Jahre hinein eine nationale, bisweilen sogar nationalistische und militaristische Mentalität vorherrschend war. Selbstverständlich gab es auch solche Töne im Fußball: Vor allem am Vorabend und während des Ersten Weltkrieges verfielen die führenden Repräsentanten des deutschen Fußballs Wilhelminischen Großmachtphantasien. Doch insgesamt blieben martialische oder chauvinistische Töne von Seiten der Verbands- und Vereinsfunktionäre eher die Ausnahme. Und dies hatte einen einfachen Grund: das Geld.

Das Geld spielte von Anfang an deshalb eine so bedeutende Rolle im Fußball, weil sich dieser junge Sport zunächst einmal die Grundlagen für seine Ausübung schaffen musste. Für Vereine und Verbände galt es, Mitglieder zu werben,



*Torwart von München 1860, 1932.
Bundesarchiv, ohne Negativ*

Sportgeräte anzuschaffen, sich zu organisieren, Fahrtkosten zu decken und vor allem für viele Sportplätze zu sorgen, auf denen die zumeist jungen Anhänger dieses neumodischen Sportes ihrer, wie es damals gelegentlich hieß, „Fußlümmelei“ nachgehen konnten. Deshalb gingen Vereine und Verbände schon in der Wilhelminischen Zeit rasch dazu über, von den Zuschauern Eintrittsgeld zu nehmen. Beim ersten Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft am 31. Mai 1903 kamen 500 zahlende Zuschauer nach Hamburg-Altona, wo auf einem Exerzierplatz, den man mit Tauen zu einem Fußballfeld umfunktioniert hatte, der VfB Leipzig den DFC Prag mit 7:2 abfertigte. Beim Endspiel 1911 waren es schon rund 12.000 Zuschauer, und nach dem Ersten Weltkrieg, in den „goldenen zwanziger Jahren“ kamen bereits in den Vorrundenspielen häufig über 60.000 Zuschauer zu den Spielen.

Und mit dieser großen Begeisterung für den Fußballsport wurde ein beachtlicher Geldkreislauf in Gang gesetzt. Wenn mit den Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten Schuhe, Trikots und Bälle angeschafft wurden, so freute sich darüber zunächst die Textilindustrie, die in

einem marktwirtschaftlichen System ihre Produkte nicht zum Selbstkostenpreis überließ, sondern beim Verkauf selbstverständlich einen Gewinn einkalkulierte. Wirte, Metzger und Tabakhändler erkannten schon bald, dass der Zuschauer beim Spiel auch gerne essen, trinken und rauchen wollte. Sie stellten daher im nahen Umkreis der Fußballplätze ihre Stände auf, wo sie sich angesichts des Massenaufbaus über ungeahnte Umsätze freuten. Da Grundstücke schon in der Kaiserzeit nicht umsonst waren, wollten Grundbesitzer für die Überlassung von Rasenplätzen, auf denen die Spiele ausgetragen werden konnten, ihren Anteil an den Einnahmen haben. Selbstverständlich entdeckten schnell auch tüchtige Verleger, dass sich Zeitungen, die sich nur mit dem Fußball beschäftigten, hervorragend verkaufen ließen. Und clevere Unternehmen nutzten die wachsende Popularität des Sports, um in den Stadien und Zeitungen für ihre Waren und Dienstleistungen zu werben. Kurz: Schon in der Weimarer Zeit hatte der Fußballsport eine enorme ökonomische Bedeutung und wies all die charakteristischen Merkmale auf, von denen viele meinen, dass es sie erst seit 1963, seit Einführung der Fußballbundesliga, gibt.

In einem solchen Umfeld hatte ein kriegerischer Nationalismus in den Führungsetagen des deutschen Fußballsports nur wenig Platz, zumal Länderspiele oder Spiele gegen ausländische Vereinsmannschaften in der Weimarer Zeit häufig noch populärer waren als Spiele um die deutsche Meisterschaft. Sicherlich gab es damals auch den einen oder anderen Funktionär, der den Fußballsport ideologisch überhöhen wollte und nationalistisches und rassistisches Gedankengut in diesen Sport hineinzutragen versuchte. Doch die allermeisten Vereins- und Verbandsfunktionäre waren in der Regel fußballbegeisterte Geschäftsleute bzw. geschäftstüchtige Fußballbegeisterte. Sie unterhielten in der Weimarer Zeit hervorragende Kontakte ins Ausland und hatten trotz einer nationalen Grundhaltung mit dem spezifisch nationalsozialistischen Gedankengut zumeist nichts zu schaffen. Im Gegenteil: Die führenden Sportideologen der NSDAP beklagten sich noch bis in das Jahr 1936 hinein kontinuierlich über die ausgeprägte materialistische, internationalistische und pazifistische Grundhaltung der führenden Repräsentanten des deutschen Fußballsports.

Wie berechtigt diese Klage der Nazis war, lässt sich beispielsweise an zwei Figuren festmachen, die 1933 die beiden wichtigsten Repräsentanten des Deutschen Fußball-Bundes waren. Der damalige Präsident des DFB Felix Linnemann war ein verhinderter Jurist, der nach seinem abgebrochenen Studium seine Berufung bei der Kriminalpolizei fand. Zweifellos war Linnemann auch aufgrund seiner Tätigkeit als Polizist ein Mensch, der in autoritären Kategorien dachte und angesichts der bedrückenden gesellschaftlichen Probleme in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise den Parlamentarismus der Weimarer Republik mit kritischen Augen betrachtete. Doch Nationalismus oder Rassismus war ihm ebenso fremd wie dem DFB-Geschäftsführer Georg Xandry, der sich in der Weimarer Zeit für die linksliberale DDP bzw. für die Deutsche Staatspartei einsetzte. Gemein war ihnen ein unternehmerischer Geist, der vornehmlich darauf ausgerichtet war, für die eigene, rasch wachsende Organisation optimale Bedingungen zu schaffen. Immerhin zählte der DFB Ende 1932 mehr als eine Million Mitglieder, die in etwa 8.600 Vereinen organisiert waren. Jedes Jahr kamen rund 40.000 neue Mitglieder hinzu. Sowohl Linnemann als auch Xandry wussten, dass ein DFB, der sich für konkrete ideologische Ziele einsetzen würde, seine integrative Kraft eingebüßt und seine Mitglieder an andere Verbände verloren hätte.

Begeisterung bei DFB-Funktionären für die „Machtergreifung“

Doch trotz dieser ideologischen Differenzen zwischen den führenden Repräsentanten des DFB und den Nationalsozialisten stellte sich der deutsche Fußballsport im Frühjahr 1933 nahezu geschlossen hinter Adolf Hitler. Um diese nahezu einhellige Begeisterung für die „Machtergreifung“ verstehen zu können, muss man zunächst die spezifische Situation betrachten, in der sich der DFB und die ihm angeschlossenen Vereine in den Jahren zuvor befanden. Die Weltwirtschaftskrise hatte den gesamten deutschen Sport an den Rand des finanziellen Ruins gebracht. Die Folgen des gesamtwirtschaftlichen Kollapses wirkten sich negativ auf die finanzielle Situation der Vereine aus, die in den bitteren Jahren nach 1929 teilweise ihren Sportbetrieb einstellen mussten, weil sie hoffnungslos überschuldet waren.

Interessanterweise offenbaren sich bei der Betrachtung der einzelnen Vereinsgeschichten erstaunliche Kontinuitäten, die die Frage aufwerfen, ob es nicht in jedem Club eine spezifische Vereinsmentalität gibt, die von Generation zu Generation tradiert wird. Der SV Werder Bremen beispielsweise war schon damals ein sachlich und unauffällig geführter Club, der seinen Aufstieg zur nationalen Spitze langfristig plante; Bayern München gehörte schon damals zu den wenigen finanziell solide geführten Clubs; Vereine wie der 1. FC Nürnberg, Hertha BSC Berlin oder der VfB Stuttgart sind nicht erst heute trotz beachtlicher sportlicher Erfolge knapp bei Kasse, sondern schrammten schon in der Weimarer Zeit immer knapp an der Pleite vorbei. Und der FC Schalke 04 sorgte nicht erst seit den siebziger Jahren für manchen Skandal, sondern pflegte schon Anfang der dreißiger Jahre eine eigenwillige Buchführung.

Nach 1933 erholte sich der Sport ähnlich wie die Volkswirtschaft von der schweren Depression und erlebte einen gewaltigen Aufschwung. Wenngleich die Gründe für diesen Aufschwung vielfältiger Natur waren, lag im damaligen Bewusstsein der Zusammenhang zwischen dem politischen Umbruch und der unverhofften Blüte des Fußballs auf der Hand. Immerhin hatte Hjalmar Schacht, seit März 1933 Präsident der Reichsbank, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Geldhahn mit einer Politik des „deficit spending“ aufgedreht und die finanzielle Situation von Ländern und Gemeinden durch umfangreiche Kredite verbessert. Dadurch kamen auch Fußballvereine wieder in den Genuss einer stärkeren staatlichen Förderung, die in den Krisen Jahren deutlich verringert worden war. Die durch die allgemeine Konjunkturzyklen begünstigte Wirtschaftspolitik und die damit verbundenen positiven Folgen für den Arbeitsmarkt entlasteten mittelbar die oft überschuldeten Vereine.

Außerdem profitierte der Fußballsport nach 1933 von der Gigantomanie des Nationalsozialismus, der zur Mobilisierung der Massen auf große Arenen setzte. Städte wie Köln, Stuttgart, Breslau, Hannover oder Hamburg gingen dazu über, das Fassungsvermögen ihrer Stadien zu vergrößern, und konnten dadurch einem gesteigerten Zuschauerinteresse an sportlichen Veranstaltungen Rechnung tragen. Diese baulichen Maßnahmen gingen einher mit einer außerordentlich sportfreundlichen Gesetzgebung, mit der die Nazis die Leibesübungen in Deutschland zu stärken beabsichtigten.

Dieser gewaltige Aufschwung im deutschen Fußball war zum Beispiel für den damaligen deutschen Reichstrainer Otto Nerz der entscheidende Grund, sich dem Nationalsozialismus zuzuwenden. Nerz war insofern ein interessanter Mann, als er sich noch bis Ende 1932 zur SPD bekannt hatte. Er war das, was heute gemeinhin als ein Linksin intellektueller bezeichnet wird. Er las eifrig Marx und Hegel, sympathisierte mit sozialistischen Gedanken und verteilte den Kapitalismus, was ihn allerdings nicht daran hinderte, sich von den von ihm verfeindeten Kapitalisten großzügig bezahlen zu lassen. Nach 1933 wurde er zu einem glühenden Anhänger Adolf Hitlers und zu einem fanatischen Antisemiten.

Konflikt um die Professionalisierung des Fußballs

Ein weiterer Grund dafür, dass sich insbesondere die führenden Repräsentanten des Deutschen Fußball-Bundes nach 1933 hinter das nationalsozialistische Regime stellten, war der seit den frühen zwanziger Jahren schwelende Konflikt um den Berufsfußball. Das Berufsspielerturn, das in Ländern wie England oder Österreich längst eine Selbstverständlichkeit war, versuchte der DFB damals vornehmlich aus steuerrechtlichen Gründen und aus Furcht vor einer Spaltung des deutschen Fußballs zu unterdrücken. Anfang 1933 zeichnete sich ab, dass der DFB den Kampf gegen das Profitum verlieren würde, da die großen Vereine, die leistungsstarken Spieler und auch große Teile der Öffentlichkeit der verlogenen Verhältnisse im deutschen Fußballsport überdrüssig waren. Sie alle erkannten, dass es längst eine Form des Berufsfußballs gab, bei der die verbotenen Zahlungen an die Spieler nur unter Inkaufnahme erheblicher strafrechtlicher Risiken möglich war.

Die Entwicklung lief daher Anfang der dreißiger Jahre auf eine Spaltung des deutschen Fußballs hinaus: Auf der einen Seite standen die großen und populären Vereine wie Eintracht Frankfurt, Bayern München, die Spielvereinigung Fürth, der VfB Stuttgart, der Karlsruher FV und der VfR Mannheim. Sie drohten im Oktober 1930 mit ihrem Austritt aus dem DFB, falls sich der Dachverband weiterhin weigern sollte, den Berufsfußball zu erlauben. Auf der anderen Seite befanden sich der DFB und die kleineren Vereine, die auf den Erhalt der Steuerprivilegien zur Finanzierung des breiten, aber unwirtschaft-

lichen Amateurbereiches angewiesen zu sein glaubten. Ihnen war die besondere Problematik der großen Clubs insofern fremd, als sie sich nicht mit den finanziellen Ansprüchen der Spitzenkicker auseinander zu setzen hatten. Denn diese scheuten sich nicht, auch zum Konkurrenzclub zu wechseln, falls die Höhe der Prämien nicht ihren Vorstellungen entsprach.

In gewisser Hinsicht erinnerte die Lage im deutschen Fußball am Vorabend der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ an die Situation Mitte der 1990er Jahre, als sich der Streit zwischen den großen Vereinen auf der einen und dem Amateurbereich auf der anderen Seite um die Verteilung der Fernseh-Gelder verschärfte. Die Gründung einer Deutschen Fußball Liga (DFL), die seit dem 1. Juli 2001 eigenverantwortlich und in Trennung vom Amateurbereich des deutschen Fußballs das operative Geschäft für die Bundesliga und die 2. Bundesliga führt, lag bereits Anfang der dreißiger Jahre in der Luft. Eine solche Organisation, in der die großen und reichen Vereine sich zusammenfinden, um die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können, wäre wahrscheinlich bereits 1933 entstanden, wenn Adolf Hitler nicht in jenem Jahr zum Reichskanzler ernannt worden wäre.

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler wurden die Karten in diesem mit harten Bandagen geführten Konflikt neu zugunsten des DFB gemischt. Die Nationalsozialisten verboten das Profitum vornehmlich mit Blick auf die Olympischen Spiele von 1936, bei denen nur Amateure zugelassen waren und bei denen sich das „Dritte Reich“ der Welt als ein leistungsstarker Staat präsentieren wollte. Mit dieser Entscheidung gegen das Berufsspielerturn konnte sich der DFB zunächst konsolidieren.

Der dritte Grund für das große Einverständnis mit dem NS-Regime war die Tatsache, dass der DFB als großer Sieger aus der „Gleichschaltung“ hervorging, die nach 1933 auch den Fußball erfasste. Denn die Integration des DFB in den 1934 proklamierten Deutschen Reichsbund für Leibesübungen war für den Verband mit zahlreichen Vorteilen verbunden. Zunächst wurde das „Führerprinzip“ eingeführt, das aus der Perspektive der führenden Funktionäre der lästigen Rücksichtnahme auf Partikularinteressen ein Ende bereitete und schnelle Entscheidungen ohne den mühsamen Weg durch alle Instanzen einer großen Organisation ermöglichte. Darüber

hinaus wurden nach 1933 nicht nur die mit dem DFB konkurrierenden Arbeitersportorganisationen zerschlagen, sondern auch die sieben DFB-Landesverbände aufgelöst, die zuvor großen Wert auf ein hohes Maß an Eigenständigkeit gelegt hatten. An die Stelle der Landesverbände traten 16 straff organisierte Gaue, deren Grenzverlauf hauptsächlich nach landsmannschaftlichen Kriterien festgelegt wurde. An ihrer Spitze standen die Gaufachwarte, die zwar formal vom Reichssportführer bestätigt werden mussten, aber vom DFB-Führer allein bestimmt wurden. Trotz der Gleichschaltung blieben sowohl der DFB als auch die ihm angehörenden Vereine in ihrer Substanz erhalten und konnten bis zu den Olympischen Spielen von 1936 weitgehend selbstständig ihren Interessen nachgehen.

Die Verfolgung jüdischer Fußballer: Das Schicksal von Julius Hirsch

Während der deutsche Fußballsport nach 1933 einen ungeahnten Aufschwung erfuhr und auch auf internationaler Ebene erstmals große Erfolge feierte, begann für die jüdischen Fußballspieler und Funktionäre ein langer Leidensweg. Der Sport war in dieser Hinsicht ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse. Von den etwa 550.000 Juden, die 1933 in Deutschland lebten, trieben rund 65.000 in Vereinen Sport. Die meisten von ihnen waren in den weltanschaulich neutralen Verbänden organisiert, und nur eine Minderheit gehörte jüdischen Bewegungen wie Bar Kochba oder Makkabi an. War Hass auf Juden vor 1933 längst nicht überall gesellschaftsfähig, so brach nach der „Machtergreifung“ über die Vereine und Verbände eine antisemitische Welle herein. Die Deutsche Turnerschaft, der Deutsche Schwimmverband, der Verband Deutscher Faustkämpfer sowie zahlreiche andere Landessportverbände erließen bereits im April 1933 verbandsinterne „Arier-Paragraphen“, die den Vereinen vorschrieben, alle jüdischen Sportler von ihren Mitgliederlisten zu streichen.

Der DFB verlangte im April 1933 nicht den Ausschluss aller Juden, sondern forderte die Vereine dazu auf, jüdische Funktionäre ihrer Ämter zu entheben, jüdische Spieler hingegen aber weiter in den eigenen Reihen zu tolerieren. Viele Fußballvereine hielten sich allerdings nicht an diese Anweisung und beschlossen, alle jüdischen Sportler aus den Clubs auszuschließen. Es gab aber auch einige Vereine, die sich

diesem Ungeist widersetzen. Das bekannteste Beispiel dafür war der FC Bayern München, dessen jüdischer Präsident Kurt Landauer zwar 1933 zurücktreten musste, aber aufgrund seiner großen Beliebtheit bis etwa 1937 großen Einfluss auf den Kurs des Vereins ausüben konnte. Die ausgeschlossenen jüdischen Fußballspieler traten jüdischen Vereinen bei, denen das NS-Regime mit Rücksicht auf die Olympischen Spiele sportliche Aktivitäten erlaubte. Allerdings waren die jüdischen Vereine im Alltag Schikanen jedweder Art ausgesetzt und wurden 1938/39 aufgelöst. Die jüdischen Fußballspieler flohen ins Ausland oder wurden in den Kriegsjahren im Zuge der „Endlösung“ ermordet.

Das bekannteste Beispiel dafür war Julius Hirsch vom Karlsruher FV. Hirsch, der als erster jüdischer Fußballer im deutschen Nationaltrikot vor dem Ersten Weltkrieg sieben Länderspiele bestritten hatte, erlitt alle Stufen der nationalsozialistischen Verfolgung. Nachdem er 1925 die aktive Laufbahn beendet hatte, erklärte er im April 1933 seinen Austritt aus dem Verein. Dabei brachte er sein Unverständnis und seine Verbitterung darüber zum Ausdruck, dass den Juden in Deutschland, die im Ersten Weltkrieg ihre Opferbereitschaft gezeigt hätten, die nationale Gesinnung abgesprochen wurde.

Beruflich mehrten sich für Hirsch nach 1933 die Probleme. Als sein Arbeitgeber in Konkurs ging, arbeitete er 1934 kurzzeitig als Trainer im Elsass. 1937 und 1938 war er als Hilfslohnbucharbeiter für eine jüdische Firma in Ettlingen-Maxau tätig. Nach der „Arisierung“ des Unternehmens versuchte er erfolglos, eine Anstellung als Trainer zu finden.

Aufgrund seiner ausweglosen Situation sprang Hirsch im Juli 1938 nach einem Besuch von Verwandten in Frankreich aus dem fahrenden Zug und wurde in eine psychiatrische Klinik eingeliefert. Sein Zustand verschlimmerte sich nach der Reichspogromnacht. Weil die Regierung ab 1937 gegen sogenannte „jüdisch Versippte“ vorzugehen begann, ließ er sich 1939 von seiner evangelischen Frau scheiden. Danach verpflichtete ihn das Tiefbauamt Karlsruhe als Hilfsarbeiter auf einem Schuttplatz. Im Februar 1943 erhielt er die Anweisung, sich zu einem „Arbeitseinsatztransport“ einzufinden; das Angebot eines befreundeten Lokführers, ihn aus Deutschland herauszubringen, lehnte er ab, weil er den damals kursierenden Gerüchten über den

Massenmord an Juden keinen Glauben schenkte. Am 1. März 1943 wurde Hirsch nach Auschwitz deportiert, wo er ermordet wurde. Dass diese Geschichte nicht in Vergessenheit geriet, ist vor allem seinen Kindern Heinold und Esther zu verdanken, die das Konzentrationslager Theresienstadt überlebten.

Entmachtung des DFB

Was den DFB anbelangt, der mit seinem Beschluss vom Frühjahr 1933 eine Mitverantwortung für den späteren Holocaust trug, so nutzte es ihm nichts, dass er 1933 dem NS-Regime bereitwillig die Hand gereicht hatte. Nach dem Erlöschen des Olympischen Feuers sahen die Nazis keinen Grund mehr, den Freiraum aufrechtzuerhalten, den sie dem deutschen Fußballsport nach der „Machtergreifung“ zugestanden hatten. Der DFB wurde zwischen 1936 und 1940 nach und nach enteignet und aufgelöst. Am Ende dieses Prozesses blieb ein „Reichsfachamt für Fußball“ übrig, über das das Reichsministerium des Innern, das Auswärtige Amt und das Reichspropagandaministerium teilweise gemeinsam, teilweise aber auch in Konkurrenz zueinander verfügten. Von den alten Funktionären, die bis 1936 die Geschicke des deutschen Fußballsports bestimmt hatten, blieben nur noch wenige in verantwortungsvollen Positionen übrig. Dabei handelte es sich zumeist um wendige Karrieristen, die sich unter den besonderen Bedingungen einer Diktatur um ihren beruflichen Aufstieg bemühten. Ein Beispiel dafür war Sepp Herberger, die deutsche Trainerlegende, die mit dem WM-Sieg von 1954 zu Ruhm gelangte.

Herberger hatte lange Zeit im Schatten seines Vorgängers Nerz gestanden. Im Gegensatz zu den meisten anderen Angestellten des DFB kam er aus kleinen Verhältnissen. Er war eines von sechs Kindern eines Tagelöhners, der in Mannheim ein kärgliches Dasein fristete. Herberger war aber zäh und ehrgeizig, so dass ihm über den Fußball der soziale Aufstieg gelang, der ihm normalerweise verwehrt geblieben wäre. Dabei legte er schon in jungen Jahren eine Schläue und Gewieftheit an den Tag, die ihm gerade unter den besonderen Bedingungen einer Diktatur halfen, in der Karriereleiter emporzusteigen.

Herberger hat nach dem Krieg in seinem Entnazifizierungsverfahren selbst eingestanden, dass ihm von Anfang an der verbrecherische Charakter des NS-Regimes bewusst gewesen sei. Trotzdem war er zu einem Höchstmaß an Anpassung bereit und ließ sich von NS-Größen protegieren, so dass er in der Zeit von 1933 bis 1945 in der deutschen Fußballhierarchie den größten Sprung nach vorne machte. Hinsichtlich seiner persönlichen Anschauungen hatte er mit dem Nationalsozialismus fast nichts gemein. Er begrüßte zwar 1933 den, wie er sich ausdrückte, frischen Wind, der die alten Eliten hinwegfegte; doch Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Militarismus, Nationalismus oder die Lebensraumdoktrin blieben für ihn intellektuelle Ausgeburten. Man kann Herberger sicherlich zugute halten, dass es ihm mit List und manchmal auch mit einer gewissen Risikobereitschaft gelang, zahlreiche seiner Spieler durch die Durchführung von unnützen Lehrgängen von den Schützengräben fernzuhalten; doch insgesamt offenbarte er selbst in den letzten Kriegsjahren noch einen maßlosen Ehrgeiz, der sich gegen die Einsicht sperrte, mit dem eigenen Tun in seinem Bereich auch an der Stabilität des NS-Regimes mitzuwirken.

Was die einzelnen Fußballvereine anbelangt, so kann man feststellen, dass sie ähnlich wie der DFB bis zu den Olympischen Spielen an der langen Leine gehalten und erst nach 1936 einer strengeren Kontrolle unterworfen wurden. Zwar



Reichstrainer Sepp Herberger demonstriert Nachwuchsspielern das „Pendeln“ (Köpfeln). Bundesarchiv, Bild 183-2004-0113-500 (o.J.)

gab es schon unmittelbar nach der „Machtergreifung“ bei der SA, SS oder der Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ Bemühungen, die Sportvereine vollständig zu vereinnahmen, doch die Reichssportführung lehnte dies mit Rücksicht auf die Olympischen Spiele ab. Zwar blieben die Vereine auch nach dem Erlöschen des Olympischen Feuers über den Berliner Wettkampfstätten erhalten, doch ähnlich wie beim Verband wurde zumeist auf Druck lokaler NS-Größen die Vereinsspitze ausgetauscht oder schärfer kontrolliert. So war in vielen Clubs zu beobachten, dass sie nach 1936 dazu aufgefordert wurden, das Dietwesen konsequenter als zuvor zu beachten. Auf diesen Dietabenden mussten „Dietwarte“ den Vereinsmitgliedern deutsche Volkstumswerte näher bringen und sie in die nationalsozialistische Rassenlehre einweihen.

Inwieweit die einzelnen Vereinsmitglieder empfänglich für diese Schulungen waren, lässt sich nicht mehr genau beantworten. Aber mit großer Sicherheit kann man sagen, dass die verbreitete Ansicht unhaltbar ist, wonach sich Clubs mit einer Arbeitertradition besonders widerspenstig gegenüber dem nationalsozialistischen Ungeist gezeigt hätten. Vereine wie Schalke 04 oder Borussia Dortmund, die im Arbeitermilieu verwurzelt waren, passten sich nach 1933 genauso rasch der neuen Zeit an wie andere Vereine, die über eine bildungsbürgerliche Tradition verfügten und sich elitär dünkten.

Spielmanipulationen?

Überzeugende Beweise dafür, dass das NS-Regime nicht nur die Köpfe der Spieler, sondern auch die Ergebnisse auf dem Rasen zu manipulieren versuchte, gibt es nicht. Wenn der FC Schalke 04 im „Dritten Reich“ zur erfolgreichsten Vereinsmannschaft in Deutschland avancierte, dann basierte dies entgegen mancherlei Gerüchten auf der sportlichen Leistung der Königsblauen. Allerdings bemühte sich das NS-Regime, die Erfolge des FC Schalke 04 in der Öffentlichkeit als Triumph der Arbeiterklasse darzustellen. Der Schalker Verein ließ sich gerne vereinnahmen, zumal die Spieler davon in materieller Hinsicht teilweise erheblich profitierten - im Falle des berühmten Fritz Szepan auch zu Lasten des Eigentümers eines jüdischen Textilgeschäftes, der seinen Besitz 1938 weit unter Wert an den Spieler verkaufen musste.

Zu einer Ergebnismanipulation ist es vielleicht aber bei einem Länderspiel gekommen, und zwar bei der Partie zwischen Deutschland und Spanien im April 1942. Fast fünf Monate vor dieser Begegnung, im November 1941, trafen sich der deutsche Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten sowie sein spanisches Pendant, General Moscardo, in Berlin zu einer Unterredung. In diesem Gespräch waren sie sich einig darüber, dass das Ergebnis möglichst ausgeglichen gestaltet werden sollte, damit nach dem Spiel kein Schatten auf die Freundschaft zwischen den politisch verwandten Regimen fallen sollte. In der Tat ging das Spiel schiedlich friedlich 1:1 aus.

Provokation beim „Versöhnungsspiel“

All diese Beispiele lassen erahnen, dass es im Fußballsport nirgendwo erkennbar Widerstand gegen das NS-Regime gab. Allenfalls war hier und da Gemurre zu vernehmen, vor allem dann, wenn einer von den alten Funktionären seinen gewohnten Platz räumen musste. Aber immerhin gab es Einzelfälle von mutiger Provokation, für die vor allem der österreichische Nationalspieler Matthias Sindelar bekannt wurde. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im April 1938, erteilte die deutsche Reichssportführung die Anordnung, die neue deutsche Nationalmannschaft nahezu paritätisch aus deutschen und österreichischen Akteuren zusammenzusetzen. Sindelar weigerte sich, in einem solchen Team mitzuspielen.

Bei dem „Versöhnungsspiel“ am 3. April 1938 vor 60 000 Zuschauern in Wien zwischen dem Team der „Ostmark“ und der reichsdeutschen Auswahl brachte Sindelar Zeitzeugen zufolge mit einigen Gesten seine Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus zum Ausdruck. Angeblich gab es eine Weisung, die den Österreichern verbot, ein Tor zu schießen. Sindelar jedenfalls vergab eine Unzahl von eindeutigen Chancen so elegant und geschickt, dass seine aufreizende Lässigkeit als Provokation und Demütigung der „Reichsdeutschen“ interpretiert wurde. In der zweiten Hälfte des Spiels legte er alle Zwänge ab, schoss das 1:0 selbst und vollführte nach dem 2:0 seines Freundes Karl Sesta vor der Ehrentribüne, auf der zahlreiche Nazigrößen das Spiel verfolgten, wahre Freudentänze.

Da er darüber hinaus als ein Freund der jüdischen Mitbürger galt, gab sein mysteriöser Tod Anlass zu Spekulationen. Am 23. Januar 1939 wurde Sindelar tot in einer Wohnung in der Wiener Annagasse aufgefunden. Neben ihm lag bewusstlos die halbjüdische Italienerin katholischer Konfession Camilla Castagnola, mit der Sindelar ein Verhältnis hatte. Sie verstarb einen Tag später, ohne dass sie noch einmal aus ihrer Bewusstlosigkeit erwacht war. Bei der Obduktion wurde eine Zersetzung des Blutes festgestellt, wie sie bei Rauchgasvergiftung auftritt, andere Vergiftungsursachen wurden ausgeschlossen. Sachverständige machten mit Hilfe der Feuerwehr einen schadhaften Abzug des Ofens aus. Das Resümee der Untersuchungen lautete Tod durch Kohlenoxydgasvergiftung. Das Rätsel, ob der Tod Sindelars und seiner Freundin auf Mord, Selbstmord oder ein Unglück zurückzuführen war, blieb ungelöst.

Politische Instrumentalisierung des Fußballsports

Angesichts dieses teuflischen Klimas aus Verführung und Gewalt wird es verständlicher, dass das NS-Regime während der 12-jährigen Diktatur keinerlei Probleme hatte, den Fußballsport zu politischen und propagandistischen Zwecken zu missbrauchen. Selbst unbedeutende Spiele in den unteren Klassen wurden häufig zu Großereignissen ausgestaltet, auf denen NS-Gliederungen durch bombastische Aufmärsche und durch die pompöse Zurschaustellung von nationalsozialistischen Symbolen die Menschen zu manipulieren versuchten. Gleichzeitig gingen solche Begegnungen mit dem Bestreben einher, das „Dritte Reich“ im Ausland als einen starken Staat darzustellen.

Außerdem dienten internationale Spiele den außenpolitischen Zielsetzungen und damit auch den Kriegsvorbereitungen des NS-Regimes: Über die Durchführung von Länderspielen sollten Kontakte zu anderen Staaten aufgenommen oder intensiviert, das freundschaftliche Verhältnis zu gleichgesinnten Regierungen demonstriert und die Stimmung anderer Völker zu Gunsten des „Dritten Reiches“ beeinflusst werden. Die Reichssportführung, das Auswärtige Amt und das Reichspropagandaministerium betrachteten internationale Sportbegegnungen als ein Mittel, um Staaten und Regionen, die als politisch, militärisch oder geostrategisch wertvoll erachtet



Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft 1943: Dresdner Sportclub gegen E. V. Saarbrücken.

Bundesarchiv, Bild 183-6602

wurden, stärker in den deutschen Einflussbereich zu ziehen. Der deutsche Fußball wurde wie der gesamte deutsche Sport als flankierende Maßnahme der kriegerischen Expansionspolitik betrachtet, die mit stimmungsvollen Sportveranstaltungen einen harmlosen, beinahe friedvollen Schein erhalten sollte. Außerdem legten die Reichssportführung und das Propagandaministerium in der ersten Kriegshälfte größten Wert auf die Fortsetzung des internationalen Sportverkehrs, um den Eindruck der Isolation des Deutschen Reiches zu vermeiden. Im Innern wurde der Fußball als ein Mittel der Zerstreung eingesetzt, das die Bevölkerung vom Krieg ablenken, für Höhepunkte im Alltag sorgen und den Eindruck von Normalität vermitteln sollte.

Je länger der Krieg dauerte, desto seltener war an Fußball zu denken. Spätestens nach dem Angriff des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion im Juni 1941 schien die Einstellung des internationalen Sportverkehrs lediglich eine Frage der Zeit zu sein. Zum einen mussten die meisten Spieler selbst an die Front, zum anderen verschlechterten sich durch die Zerstörung von Sportanlagen die Trainingsbedingungen. Dadurch nahm die Spielstärke der Nationalmann-

schaften rapide ab. Auch im Sport fiel ein Schatten auf das von der NS-Propaganda hochgehaltene Bild vom unbesiegbaren Deutschen. So war die Begegnung mit der Slowakei am 22. November 1942 in Preßburg das letzte Fußball-Länderspiel im „Dritten Reich“. Auf nationaler Ebene kam der offizielle Spielbetrieb Mitte 1944 zum Erliegen, unter anderem auch deshalb, weil nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 Funktionsträgern des nationalsozialistischen Regimes der Besuch von Wettkämpfen verboten wurde.

Wer die zeitgenössischen Sportpublikationen durchblättert, kann das ungeheure Ausmaß an Opfern erahnen, die der Krieg unter den Fußballspielern forderte. Aus den Reihen der Nationalmannschaft starben rund 20 in den Kriegsjahren.

Die Legion der gefallenen Spieler, die niemals das Nationaltrikot trugen, ist unüberschaubar. Die Funktionäre kamen dagegen vergleichsweise glimpflich davon. Zwar starb der erste deutsche Reichstrainer Otto Nerz im April 1949 in einem Sonderlager des sowjetischen Geheimdienstes an Meningitis und Unterernährung; auch der langjährige DFB-Präsident Felix Linnemann verstarb im März 1948. Doch ansonsten konnte sich ein Großteil des einstigen DFB-Personals, das sich nach 1933 hinter Adolf Hitler gestellt hatte, beinahe geschlossen in die neue Zeit hinüberretten. Vielleicht war dies ein Grund dafür, dass dem deutschen Fußball bereits in den fünfziger Jahren der Wiederaufstieg in die internationale Spitze gelang.

Nils Havemann

Der Historiker-Archivar Walter Vogel, so charakterisierte ihn Friedrich P. Kahlenberg in seiner Trauerrede¹, untersuchte, als er noch Nur-Historiker war, in seiner Dissertation die Tagebücher Reinhard von Dalwigks als Geschichtsquelle und belegte deren geringen Ertrag für die Historiographie. Vogel geht indessen weit über diese Fragestellung hinaus. Er analysiert den Kampf von Dalwigk gegen Bismarck und Preußen, der in einen Kampf gegen Deutschland ausartete, und zieht den Schluss, dass man ihm ein „wenn auch eng umgrenztes Nationalgefühl“ nicht absprechen könne, ihm aber „wahre staatsmännische Befähigung zuzugestehen, wäre übertrieben“.

Den Zugang zu den Beständen des Reichsarchivs, dem Walter Vogel von 1936 bis 1945 angehörte, nutzte er zu intensiven Quellenstudien, die zu einer 1941 veröffentlichten Darstellung der Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933 führten. Der Schwerpunkt dieser als Behördengeschichte angelegten Untersuchung, die für die Zeit von 1871 bis 1918 auf Akten basiert, liegt in den Jahren des Ersten Weltkriegs und nimmt die nach 1918 kontrovers diskutierte Frage auf, ob die mangelnde Propagandapolitik, der immer die erfolgreiche britische Politik gegenüber gestellt wurde, zur Niederlage beigetragen habe. Walter Vogel zeigt in einer sorgfältigen Analyse, dass die Konzentration der Presse- und Propagandarbeit nicht an organisatorischen Fragen gescheitert ist, sondern dass die damit verbundenen politischen Probleme aufgrund der Schwäche der Reichsregierung nicht gelöst wurden. Allerdings hätte auch eine intensive Propaganda grundsätzliche Fehler der militärischen Führung nicht ausgleichen können.

Zunächst nicht publizieren konnte Walter Vogel die zweite auf Quellen basierende Untersuchung, eine im Frühjahr 1945 abgeschlossene Darstellung über „Bismarcks Arbeiterversicherung“, die er anhand der ihm zugänglichen und zuvor nicht ausgewerteten Akten und Nachlässe erarbeitet hatte. Er analysiert die in früheren Untersu-

chungen nicht berücksichtigten internen Abläufe des Gesetzgebungsverfahrens und den Einfluss der Interessengruppen. Neue Einsichten resultieren aus dem Nachweis, welchen Anteil die Berater und Mitarbeiter Bismarcks an der Fertigstellung des Gesetzeswerkes hatten, vor allem aber aus der differenzierenden Darstellung der Methode, mit der der Kanzler die Arbeiterversicherung zur Festigung der Staatsmacht einsetzte. Walter Vogels These, dass Bismarcks Sozialpolitik eine Staatspolitik gewesen sei, dass sie der Staatsräson entsprochen habe, wurde als bahnbrechend bezeichnet und ist auch durch neuere Forschungen nicht widerlegt. So bleibt seine Darstellung aktuell nicht nur wegen der ausführlichen Zitate aus nicht mehr vorhandenen Akten. - Der Entwurf dieser Untersuchung ging 1945 verloren, eine nicht kollationierte Abschrift blieb erhalten. Auf ihr basiert der 1951 erschienene Band.

Während seiner Tätigkeit im Staatsarchiv Osnabrück von 1946 bis 1952 begann Walter Vogel mit den Vorarbeiten zu der Edition einer Auswahl der Briefe Johann Carl Bertram Stüves, die 1959 und 1960 in zwei Bänden veröffentlicht wurde. Er will nicht nur den Osnabrücker Bürgermeister, zeitweiligen hannoverschen Minister und Historiker vorstellen, er hält die Edition vielmehr deshalb für wichtig, weil die Ministerialakten des Königreichs Hannover im Krieg verloren gingen. Auch wenn die Briefe nicht als Ersatzüberlieferung gelten können, so vermitteln sie doch einen, naturgemäß subjektiven, Eindruck von den Verfassungskonflikten im Königreich und den Bemühungen, den Bundestag in Frankfurt zu bewegen, durch Anwendung der Bundesakte die vom hannoverschen König verfügte Aufhebung der Verfassung von 1833 und die Auflösung der Ständekammer als rechtswidrig zu deklarieren. Deutlich wird auch der Versuch, die Daseinsberechtigung des Königreichs gegenüber den Großmächten Preußen und Österreich durchzusetzen. In der Einleitung zu der akribisch kommentierten Edition, in die auch die Äußerungen der Korrespondenzpartner Stüves einbezogen werden sowie in dem 1949 veröffentlichten Beitrag über „Macht und Recht bei

Stüve“ charakterisiert Walter Vogel ihn als einen Politiker, der für maßvolle Reformen eingetreten sei, der die Spannungen zwischen Revolution und Tradition auflösen wollte - gleichermaßen entfernt von den Ideen der französischen Revolution wie den Theorien der süddeutschen Liberalen. Er forderte die Begrenzung der Freiheit durch das Recht und proklamierte die Unbedingtheit der auch für den Staat gültigen Rechtsidee.

Aus Walter Vogels Tätigkeit im Bundesarchiv, dem er seit der Gründung 1952 bis zu seiner Pensionierung 1974 angehörte, gingen weitere selbständige Veröffentlichungen und eine Reihe von Aufsätzen hervor. Er war zunächst in der Abteilung für staatliches Schriftgut mit der Hereinholung, Bearbeitung und Verzeichnung der Akten der Zonenzeit beauftragt. Die aus diesem Arbeitsgebiet gewonnenen Kenntnisse sind die Grundlage für die dreibändige Behördengeschichte „Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen“, deren erster Band 1956 erschien. Umfängliche Einleitungen, die minutiöse Darstellung der Institutionen und die Information über deren Mitarbeiter machen die Veröffentlichung zu einem unentbehrlichen Handbuch. Der Behördengeschichte fügen die von Walter Vogel herausgegebenen Erinnerungen von Abraham Frowein, der über seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der Britischen Kontrollkommission in Minden von 1945 bis 1946 berichtet, aufschlussreiche Details des Insiders hinzu.

Seit 1963 war Walter Vogel Mitglied der Arbeitsgruppe zur jüngsten Zeitgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte in München. Sein Engagement für die Edition „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ war, dies hebt Kahlenberg hervor, intensiver und effektiver, als die auf dem Titelblatt des 1971 erschienenen ersten Bandes erwähnte Mitwirkung erkennen lässt. Gleiches gilt auch für die „Mitwirkung“ am ersten Band der Edition „Der Parlamentarische Rat 1948-1949“. Den Abschluss der Editionstätigkeit Walter Vogels bildet der gemeinsam mit Christoph Weisz bearbeitete erste Band der „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949“, der 1976 erschien.

In der Zwischenzeit veröffentlichte Walter Vogel quellengesättigte Beiträge über die Kriegsziele der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und über die Besatzungspolitik in den westlichen Besatzungszonen. In den 1990 erschienenen zwei Aufsätzen über die Deutschlandpolitik 1945-1955 in den Konzeptionen der Sieger und der Besiegten zieht er den Schluss, dass die Bundesrepublik keine Wahl hatte, zwischen Ost und West zu operieren, weil die Weichen schon vor ihrer Gründung gestellt waren, d.h. bis 1955 gab es keine vertane Chancen.

Für die 1994, in seinem 85. Lebensjahr, publizierte Geschichte des Reichsarchivs konnte Walter Vogel außer den einschlägigen Archivalien das Tagebuch und weitere Aufzeichnungen von Hans Thimme, der von 1929 bis 1935 Mitglied des Reichsarchivs war, auswerten. Diese Quelle ermöglicht Einblicke in interne Vorgänge, die gemeinhin keinen Niederschlag in den Akten finden. Walter Vogel zeigt eindringlich, dass nicht nur Einwirkungen von außen, Spannungen zwischen dem Reichsinnenministerium, dem Reichswehrministerium und dem Auswärtigen Amt sowie Differenzen über die Zusammensetzung und die Kompetenz der Historischen Kommission beim Reichsarchiv die Arbeit in der Dienststelle erschwerten, sondern auch unterschiedliche Konzeptionen und Rivalitäten der Mitglieder des Archivs. Die Reichsarchividee wurde nur in Ansätzen realisiert, nach 1945 hatte sie sich überlebt.

Der Überblick über die Veröffentlichungen von Walter Vogel wäre unvollständig ohne den Hinweis auf die in den Zeitschriften („Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück“, „Das Historisch-Politische Buch“ und „Der Archivar“) veröffentlichten Rezensionen. Nicht nur die Anzahl der Besprechungen (etwa 160) ist beeindruckend, sondern auch das breite Spektrum der vorgestellten Bücher. Er rezensierte, seine Einwendungen sorgfältig begründend, Untersuchungen zur Verfassungsgeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Quellensammlungen und Darstellungen zur Sozialgeschichte vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Veröffentlichungen über Bismarcks Sozialgesetz, über die Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, über die Politik der Besatzungsmächte sowie über die Vorgeschichte und weitere Entwicklung

der Bundesrepublik. Er besprach alle Bände der Teegespräche Adenauers (1950-1963), fünf Bände der Adenauer-Briefe, Memoiren und Biographien, eine Untersuchung über die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann sowie eine Veröffentlichung über die Reichstagsbibliothek.

In Rezensionen von Akteneditionen wies Walter Vogel auf zusätzliche aussagekräftige Dokumente hin. Anhand von Publikationen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien erläuterte er 1962 Probleme, die sich bei der Auswahl und Bearbeitung der Quellen ergeben. Angesichts der Fülle und Umfänglichkeit der Dokumente sei abzuwägen, wo anstelle des vollständigen Abdrucks Regesten oder Kürzungen vertretbar seien. Er schlägt u.a. vor, die Aufnahme einwandfrei edierter Parallelüberlieferungen durch einen Hinweis in den Fußnoten zu ersetzen und auf den Abdruck lediglich stilistischer Varianten zu verzichten.

Die letzte Besprechung von Walter Vogel wurde 2003 im „Archivar“ veröffentlicht.

Ursula Hüllbüsch

Anmerkung

1) Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, 13. Jg., Heft 2/2005 S. 29

Eigenständige Veröffentlichungen

Die Tagebücher des Frh. Reinh. v. Dalwigk zu Lichtenfels als Geschichtsquelle. Berlin 1933. Nachdruck Vaduz 1965.

Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933. Zeitungswissenschaft (Sonderheft), 16. Jg. 1941.

Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiel der Zeit. Braunschweig 1951.

Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen.

Teil I: Geschichtlicher Überblick; oberste beratende Stellen und Einrichtungen für Gesetzgebung; Verwaltung und Rechtsprechung; einzelne Verwaltungszweige: Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Boppard 1956, Neuauflage 1989.

Teil II: Einzelne Verwaltungszweige: Wirtschaft; Marshallplan; Statistik. Boppard 1964, Neuauflage 1989.

Teil III: Finanzen; Post und Verkehr; Arbeit und Soziales; Flüchtlinge; Suchdienst und Kriegsgefangene; Justiz; Inneres. Boppard 1983.

Der Kampf um das geistige Erbe. Zur Geschichte der Reichsarchividee und des Reichsarchivs als „geistiger Tempel deutscher Einheit“. Bonn 1994.

Bearbeiter, Mitwirkung

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Bd. 1: Das Kabinett Scheidemann. Bearbeitet von Hagen Schulze. Herausgegeben für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel. Boppard 1971.

Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Herausgegeben vom Bundesarchiv und Deutschen Bundestag. Bd. 1: Vorgeschichte. Herausgegeben von Hans Booms unter Mitwirkung von Walter Vogel. Boppard 1975.

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949. Bd. 1: September - Dezember 1946. Bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz. München 1976.

Beiträge in Sammelwerken und Zeitschriften

Der „Fall Canitz“. In: Volk und Scholle. Heimatblätter für die beiden Hessen, Nassau und Frankfurt/M. 11. Jg. 1933, S. 218-225.

Streiflichter zur Pressepolitik Bismarcks. In: Zeitungswissenschaft, 16. Jg. 1941, S. 156-160.

Macht und Recht in der Politik Bertram Stüves. In: Niedersächsisches Jahrbuch 1949, Bd. 21, S. 135-161.

Bödiker, Tonio (Anton) Wilhelm Laurenz Karl Maria. Versicherungsfachmann, geb. 6.3.1843 Meppen/Ems, gest. 4.2.1907 Berlin (kath.). In: Neue Deutsche Biographie, Bd. 2 1955, S 375.

Die Ursprünge der Teilung Deutschlands in der Kriegszielpolitik der Alliierten. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 18. Jg. 1967, S. 193-212.

Wilhelm Rohr, geb. Oldenburg i.O. 29.10.1898, gest. Koblenz 26.7.1968. In: Der Archivar, Jg. 22, 1969, Sp. 351-357.

Deutschland, Europa und die Umgestaltung der amerikanischen Sicherheitspolitik 1945-1949. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 19. Jg. 1971, S. 65-82.

Besatzungspolitik in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im Spannungsfeld zwischen Ideologie und Macht. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 27. Jg. 1976, S. 129-145.

Organisatorische Bemühungen um die Rechteinheit in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945-1948. In: Heinz Boberach und Hans Booms (Hrsg): Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zur Quellenkunde und Zeitgeschichte. Boppard 1977, S. 456-479.

Eberhard von Vietsch, geb. Rehoboth/SW-Afrika 4.4.1912, gest. Bad Godesberg 28.9.1982. In: Der Archivar, Jg. 37, 1984, Sp. 304-306.

Vertane Chancen? Die Deutschlandfrage in den Konzeptionen der Sieger 1945-1955. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 41. Jg. 1990, S. 65-80.

Vertane Chancen? Die Deutschlandfrage in den Konzeptionen der Besiegten in Westdeutschland 1945-1955. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 41. Jg. 1990, S 396-417.

Herausgeber von Briefen und Erinnerungen

Briefe Johann Carl Bertram Stüves 1817-1872. Eingeleitet und ausgewählt von Walter Vogel. Göttingen, Bd. 1 1959, Bd. 2 1960.

Abraham Frowein. Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der Britischen Kontrollkommission in Minden. Herausgegeben und bearbeitet von Walter Vogel. Boppard 1968.

Rezensionen in den „Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück (Historischer Verein)“

Karl Friedrich Brandes: Graf Münster und die Wiedererstehung des Königreiches Hannover (1809-1815). Bd. 62, 1947, S. 246-249.

Quellenhefte zur Niedersächsischen Geschichte, Heft 1: Werner Spieß, Braunschweig; Heft 2: Richard Drögereit, Quellen zur Geschichte Kurhannovers im Zeitalter der Personalunion mit England 1714-1803; Heft 3: Franz Engel, Das Rodungsrecht der Hagensiedlungen. Bd. 64, 1950, S. 184-185.

Pax Optima Rerum. Münster 1948. Der Friede von Osnabrück 1848. Oldenburg 1948. 1648-1948. All Fehd' hat nun ein Ende. Osnabrück 1948. Max Braubach: Der Westfälische Friede. Münster 1948. Rudolf Laun: Die Lehren des Westfälischen Friedens. Bd. 64, 1950, S. 186-189.

Bernhard Mühlhan: Hannover, Preußen, und Österreich 1849/50. Bd. 64, 1950, S. 190-192.

Briefe des Bürgermeisters und Ministers Johann Carl Bertram Stüve an August Ledebur. Bd. 64, 1950, S. 192-193.

Hans Sturmberger: Das Tagebuch des Grafen Joh. Max v. Lamberg. Zur Geschichte des Westfäl. Friedenskongresses. Bd. 65, 1952, S. 214.

Onno Klopp: Leben und Wirken, dargestellt von Wiard v. Klopp, hrsg. von Franz Schnabel. Bd. 65, 1952, S. 216-217.

Günther Franz: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867-1949. Bd. 65, 1952, S. 217-218.

Ursula Branding: Die Einführung der Gewerbefreiheit in Bremen und ihre Folgen. Bd. 65, 1952, S. 218-219.

**Rezensionen in
„Das Historisch-Politische Buch“**

Karl Otto Gaßdorf und Manfred Langhans-Ratzeburg: Kriegsfolgen-Karte von Westdeutschland 1939-1950. 1. Jg. 1953, S. 247.

Ernst Jäckh: Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. 3. Jg. 1955, S. 191.

Ernst Deuerlein: Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870-1918. 3. Jg. 1955, S. 275.

Kurt Magnus: Eine Million Tonnen Kriegsmaterial für den Frieden. Die Geschichte der StEG. 4. Jg. 1956, S. 58 f.

Magnus Freiherr von Braun: Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen. 4. Jg. 1956, S. 148 f.

Beate Ruhm von Oppen: Documents on Germany under Occupation 1945-1954. 4. Jg. 1956, S. 180 f.

Richard Dietrich und Gerhard Oesterreich (Hrsg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung. 6. Jg. 1958, S. 231.

H. S. Hegner: Die Reichskanzlei 1933-1945. Anfang und Ende des Dritten Reiches. 8. Jg. 1960, S. 182.

Ernst Jäckh: Weltstaat. Erlebtes und Erstrebtes. 9. Jg. 1961, S. 274 f.

Wolfgang Pack: Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878-1890. 10. Jg. 1962, S. 12 f.

Hans Möller (Hrsg.): Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945-1948. 10. Jg. 1962, S. 249 f.

Geoffrey Malden Willis: Ernst August, König von Hannover. 11. Jg. 1963, S. 47 f.

Werner Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. 11. Jg. 1963, S. 171.

Dieter Fricke: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deut-

sche Arbeiterbewegung 1871-1898. 11. Jg. 1963, S. 175.

Kurt Hinze: Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685-1806. 12. Jg. 1964, S. 8 f.

Irene Fischer-Frauendienst: Bismarcks Pressepolitik. 12. Jg. 1964, S. 48 f.

Thilo Vogelsang: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. 12. Jg. 1964, S. 58.

Peter Molt: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution. 12. Jg. 1964, S. 238.

Rudolf Schuster: Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte 1945-1963. 12. Jg. 1964, S. 248.

Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaues 1918-1930. 12. Jg. 1964, S. 280 f.

Reinhard Höhn: Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Geheimberichte der preußischen Polizei 1878-1914. Bd. 1: 1878-1890. 13. Jg. 1965, S. 16 f.

Walter Lüdde-Neurath: Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches. 14. Jg. 1966, S. 141 f.

Robert Murphy: Diplomat unter Kriegern, zwei Jahrzehnte Weltpolitik in Sondermission. 15. Jg. 1967, S. 30 f.

Karl Erich Born u.a.: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867-1914, Einführungsband. 15. Jg. 1967, S. 108 f.

Tilman Pünder: Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949. 15. Jg. 1967, S. 180 f.

Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949. 15. Jg. 1967, S. 308 f.

Marlis Steinert: Die 23 Tage der Regierung Dönitz. 15. Jg. 1967, S. 353.

Wilhelm Treue und Käthe Schrader: Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg. 15. Jg. 1967, S. 354 f.

Hans Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich. 16. Jg. 1968, S. 23 f.

Friedrich Schäfer: Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweise, verbunden mit Vorschlägen zur Parlamentsreform. 16. Jg. 1968, S. 27.

Walter Lipgens (Hrsg.): Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-1945. 17. Jg. 1969, S. 148 f.

Peter Haungs: Reichspräsident und Parlamentarische Kabinettsregierung. Eine Studie zum Regierungssystem der Weimarer Republik in den Jahren 1924-1929. 17. Jg. 1969, S. 178 f.

Siegmar Rothstein: Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Begründung der Bundesrepublik. 17. Jg. 1969, S. 184.

Siegfried Schöne: Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte. 17. Jg. 1969, S. 211 f.

Wolfgang Rudzio: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang. 17. Jg. 1969, S. 217 f.

John Gimbel: The American Occupation of Germany. Politics and the Military 1945-1949. 18. Jg. 1970, S. 120.

Elisabeth Matz: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung 1944-1946. 19. Jg. 1971, S. 86.

Marlis G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. 19. Jg. 1971, S. 372.

Rudolf Billerbeck: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus. 20. Jg. 1972, S. 231.

Willhard Grunewald: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. 21. Jg. 1973, S. 25 f.

Wolfgang Wagner: Die Bundespräsidentenwahl 1959. 21. Jg. 1973, S. 53.

Conrad F. Latoni, Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947. 21. Jg. 1973, S. 150.

Ossip K. Flechtheim: Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. 21. Jg. 1973, S. 279 f.

Walter L. Dorn: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer. 22. Jg. 1974, S. 54 f.

Udo Bernbach (Hrsg.): Hamburger Bibliographie zum parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland 1945-1970. 22. Jg. 1974, S. 55.

A. Koehler und K. Jensen: Die Bundesrepublik Deutschland, Teilausgabe Bund. 71. Jg. 1973. 22. Jg. 1974, S. 279 f.

Gisela Rüss: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen - für innerdeutsche Beziehungen 1949-1970. 22. Jg. 1974, S. 280.

Marie-Elise Foelz-Schroeter: Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945-1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit. 22. Jg. 1974, S. 372.

Udo Bernbach (Hrsg.): Hamburger Bibliographie zum parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland, 1. Ergänzungslieferung 1971-1972. 23. Jg. 1975, S. 330.

Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1941-1979. 24. Jg. 1976, S. 180.

Hagen Schulze: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. 26. Jg. 1978, S. 16.

Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947-1949. 26. Jg. 1978, S. 212.

Helmut Lindemann: Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie. 26. Jg. 1978, S. 244.

Klaus von Schubert (Hrsg.): Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. 26. Jg. 1978, S. 285.

Heribert Piontkowitz: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946-1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen. 27. Jg. 1979, S. 159 f.

Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldemann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz; Manfred Overesch: Deutschland 1945-1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. 28. Jg. 1980, S. 55 f.

Joachim Reinhold Wenzlau: Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwest-Deutschland 1945-1949. 28. Jg. 1980, S. 118.

Brewster S. Chamberlin: Kultur in Trümmern. Berliner Berichte der Amerikanischen Information Control Section Juli bis Dezember 1945. 28. Jg. 1980, S. 280.

Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand: Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute? 28. Jg. 1980, S. 312.

Wilfried Loth: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955. 28. Jg. 1980, S. 394 f.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 1: Josef Felder, Hans Dichgans, Johann Cramer, Emilie Kiep-Altenloh. 30. Jg. 1982, S. 244.

Heinz-Ludger Borgert, Walter Stürm, Norbert Wiggershaus: Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland. 30. Jg. 1982, S. 312.

Markus Schöneberger: Diplomatie im Dialog. Ein Jahrhundert Informationspolitik des Auswärtigen Amtes. 30. Jg. 1982, S. 341.

Udo Scholl: Der Bundesrat in der deutschen Verfassungsentwicklung. Reichsverfassung von 1871 und Grundgesetz. 30. Jg. 1982, S. 374 f.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2: Carl Becker, Franz Marx, Emil Paul, Hans Schütz, Elisabeth Schwarzhaupt, J. Hermann Siemer, Anton Storch. 31. Jg. 1983, S. 351 f.

Hans Peter Mensing (Bearbeiter): Adenauer Briefe 1945-1947. 32. Jg. 1984, S. 83 f.

Theodor Eschenburg: Jahre der Besatzung 1945-1949. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1. 32. Jg. 1984, S. 161 f.

Jerôme Vaillant (Hrsg.): Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente. 32. Jg. 1984, S. 344.

Franz-Josef Heyen (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rhein-Pfalz in Koblenz 1945-1951. 32. Jg. 1984, S. 345.

Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller: Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung. 32. Jg. 1984, S. 377 f. und 33. Jg. 1985, S. 358 f.

Michael Thomas: Deutschland, England über alles. Rückkehr als Besatzungsoffizier. 33. Jg. 1985, S. 26 f.

Hans Peter Mensing (Bearbeiter): Adenauer Briefe 1947-1949. 33. Jg. 1985, S. 86 f.

Hanns Jürgen Küsters (Bearbeiter): Adenauer Teegespräche 1950-1954. 33. Jg. 1985, S. 87.

Manfred Knapp (Hrsg.): Von der Bizonengründung zur ökonomisch-politischen Westintegration. Studien zum Verhältnis zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen in der Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland (1947-1952). 33. Jg. 1985, S. 195.

Alfred Grosser: Das Deutschland im Westen. Eine Bilanz nach 40 Jahren. 33. Jg. 1985, S. 225 f.

Alfred Seidl: Der Fall Rudolf Heß 1941-1984. Dokumentation des Verteidigers. Ders.: Der verweigerte Friede. Deutschlands Parlamentär Rudolf Heß muß schweigen. 33. Jg. 1985, S. 258 f.

Klaus Hildebrand, Reiner Pommerin: Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber. 33. Jg. 1985, S. 285.

Udo Wengst: Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949. 33. Jg. 1985, S. 295.

Peter Brommer (Bearbeiter): Quellen zur Geschichte von Rheinland-Pfalz während der französischen Besetzung März 1945 bis August 1949. 33. Jg. 1985, S. 327.

Hans-Erich Volkmann und Walter Schwengler (Hrsg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung. 33. Jg. 1985, S. 388.

Ralf Floehr (Hrsg.): Das Grundgesetz entsteht. Aus den stenographischen Berichten über die Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rates. 34. Jg. 1986, S. 20.

Hans Buchheim: Deutschlandpolitik 1949-1972. Der politisch-diplomatische Prozeß. 34. Jg. 1986, S. 20 f.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 3: Ilse Elsner, Hugo Karpf, Wilderich Freiherr Ostmann von der Leye, Elisabeth Pitz-Stavelsberg, Dietrich-Wilhelm Rollmann. 34. Jg. 1986, S. 22.

Josef Foscepoth (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952. 34. Jg. 1986, S. 118 f.

Hans Peter Mensing (Bearbeiter): Adenauer Briefe 1949-1951. 34. Jg. 1986, S. 152 f.

Marie-Luise Recker: Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg. 34. Jg. 1986, S. 177.

Axel Frohn: Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1949. 34. Jg. 1986, S. 222 f.

Heinrich Troeger: Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947-1949. 34. Jg. 1986, S. 252.

Andreas Hillgruber: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des Europäischen Judentums (CORSO). 34. Jg. 1986, S. 234.

Ludolf Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration. 34. Jg. 1986, S. 324 f.

Horst Osterheld: „Ich gehe nicht leichten Herzens“. Adenauers letzte Kanzlerjahre. 35. Jg. 1987, S. 120 f.

Bruno Kreisky: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. 35. Jg. 1987, S. 123 f.

Hanns Jürgen Küsters (Bearbeiter): Adenauer Teegespräche 1955-1958. 35. Jg. 1987, S. 149.

Hanns Jürgen Küsters und Hans Peter Mensing (Hrsg.): Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz Rudolph von Weiss 1944-1945. 35. Jg. 1987, S. 148 f.

Richard Meyer von Achenbach: Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953. 35. Jg. 1987, S. 150 f.

Wilhelm G. Grewe: Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung. Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre. 35. Jg. 1987, S. 293.

Werner Weidenfeld: Die Identität Europas. 35. Jg. 1987, S. 293 f.

Wilhelm von Sternburg: Adenauer. Eine deutsche Legende. 35. Jg. 1987, S. 327 f.

Boris Meissner: Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion. 35. Jg. 1987, S. 333.

Wolfgang Krieger: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949. 36. Jg. 1988, S. 28.

Hans Peter Mensing (Bearbeiter): Adenauer Briefe 1951-1953. 36. Jg. 1988, S. 117 f.

Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 2: Deutschland am Vorabend der Großen Krise. 36. Jg. 1988, S. 172 f.

Hermann Weber: Die DDR 1945-1986. 36. Jg. 1988, S. 185.

Hans-Edgar Jahn: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich. 36. Jg. 1988, S. 219 f.

Wolfgang Benz und Hermann Graml (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. 36. Jg. 1988, S. 244 f.

Günther Schulz: Kurt Schumacher. 36. Jg. 1988, S. 247 f.

Peter Chroust (Bearbeiter): Friedrich Mennecke. Innenansichten eines medizinischen Täters im Nationalsozialismus. Eine Edition seiner Briefe. 36. Jg. 1988, S. 277 f.

Bruno Thoß, Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956. 37. Jg. 1989, S. 24 f.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 4: Hermann Barche, Maria Jacoby, Georg Kurlbaum, Lucie Kurlbaum-Beyer, Friedrike Mulert, Rudolf Vogel. 37. Jg. 1989, S. 25 f.

Kurt Georg Kiesinger: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958. 37. Jg. 1989, S. 157 f.

Günther Goetzendorff: Das Wort hat der Abgeordnete... Erinnerungen eines Parlamentariers der ersten Stunde. 37. Jg. 1989, S. 281 f.

Hanns Jürgen Küsters (Bearbeiter): Adenauer Teegespräche 1959-1961. 37. Jg. 1989, S. 309 f.

Rolf Steininger: Wiederbewaffnung. Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag: Adenauer und die Westmächte 1950. 38. Jg. 1990, S. 17 f.

Reiner Pommerin: Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945. 38. Jg. 1990, S. 49.

Karl Dietrich Erdmann: Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk? 38. Jg. 1990, S. 59 f.

Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner (Bearbeiter): Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953. 38. Jg. 1990, S. 120.

Peter Siebenmorgen: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. 38. Jg. 1990, S. 155.

Thomas Enders, Peter Siebenmorgen, Ulrich Weisser: Schlüssel zum Frieden. Sicherheitspolitik in einer neuen Zeit. 38. Jg. 1990, S. 182.

Honoré M. Catudal: Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in USA. 38. Jg. 1990, S. 251.

Heinrich Senfft: Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des „Historikerstreits“. 39. Jg. 1991, S. 119.

Elisabeth Kraus: Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen. 39. Jg. 1991, S. 181.

Günther Scholz: Die Bundespräsidenten. Biographien eines Amtes. 39. Jg. 1991, S. 211 f.

Ludolf Herbst, Werner Bühner u. Hanno Sowade (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG: Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. 39. Jg. 1991, S. 244 f.

Valentin Bereschkow: Ich war Stalins Dolmetscher. Hinter den Kulissen der politischen Weltbühne. 39. Jg. 1991, S. 302 f.

Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Adenauers Regierungsstil. Rhöndorfer Gespräche Bd. 11. 40. Jg. 1992, S. 142 f.

Kurt Sontheimer: Die Adenauer-Ära. Grundlagen der Bundesrepublik. 40. Jg. 1992, S. 496.

Wolfgang Mischnick: Von Dresden nach Bonn. Erlebnisse - jetzt aufgeschrieben. 41. Jg. 1993, S. 57 f.

Alfred Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. III. Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems 1930-1933. 41. Jg. 1993, S. 211 f.

Hans Peter Mensing (Bearbeiter): Adenauer. Teegespräche 1961-1963. 41. Jg. 1993, S. 231.

Hans Pohl (Hrsg.): Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft. Rhöndorfer Gespräche Bd. 12. 41. Jg. 1993, S. 308.

Richard Kiessler, Frank Elbe: Ein Runder Tisch mit scharfen Ecken. Der Weg zur deutschen Einheit. 42. Jg. 1994, S. 217.

Ingelore M. Winter: Unsere Bundespräsidenten von Theodor Heuss bis Roman Herzog. 43. Jg. 1995, S. 147.

Rezensionen in „Der Archivar“

Erschließung moderner Quellen durch Edition und Darstellung. Zu den letzten Publikationen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und ihrem historischen Ertrag. Jg. 15, 1962, Sp. 97-106.

Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Jg. 17, 1964, Sp. 453-455.

Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Jg. 29, 1976, Sp. 242-243.

Rudolf Morsey: Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918-1934“. Jg. 30, 1977, Sp. 337-338.

Peter Altmeier: Reden 1946-1951. Ausgewählt und herausgegeben von Karl Martin Graß und Franz-Josef Heyen. Jg. 24, 1981, Sp. 315-316.

Martin Kröger und Roland Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Mit einem Vorwort von Winfried Schulze. Jg. 50, 1997, Sp. 638-640.

Gerhard Hahn: Die Reichstagsbibliothek zu Berlin - ein Spiegel deutscher Geschichte. Mit einer Darstellung zur Geschichte der Bibliotheken der Frankfurter Nationalversammlung, des Deutschen Bundestages und der Volkskammer sowie einem Anhang ausländischer Parlamentsbibliotheken unter nationalsozialistischer Herrschaft und Dokumenten. Jg. 52, 1999, Sp. 364-366.

Markus Pöhlmann: Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956. Jg. 56, 2003, Sp. 357-359.

Besuch des Bureau des Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche in Colmar

Anknüpfend an den Besuch¹ im Januar 2005 bei dem Bureau des Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche in Colmar konnte in der Zeit vom 28. November bis 2. Dezember 2005 ein verlängerter Aufenthalt vereinbart werden. Die Benutzungsbedingungen und -abläufe, archivrechtliche Grundlagen sowie das Kennenlernen der Bestände und der Aktenüberlieferung standen dabei im Mittelpunkt.

Für das Bundesarchiv waren Herr Dr. Kai von Jena für zwei Tage und der Verfasser für fünf Tage anwesend. Nach der am 28. November erfolgten Anreise fanden nachmittags allgemeine Besprechungen statt. In Colmar sind derzeit neben der Archivleiterin Frau Nathalie Moreau Herr Pascal Penot, Frau Valérie Flury sowie Frau Odile Dufour beschäftigt.

Es wurden folgende Arbeitsschwerpunkte vereinbart:

- Vorstellung und Recherchen in den vor kurzem vollständig erschlossenen Teilbeständen der Provenienz „Direction des personnes déplacées et réfugiées“ (PDR): Enfants“ (Bestand Nr. 1), „Mission française de rapatriement“ (MFR, Bestand Nr. 5) sowie „Affaires allemandes“ (Bestand Nr. 7);
- Benutzungsmöglichkeiten und -schwerpunkte sowie Benutzungsbedingungen;
- archivrechtliche Grundlagen;
- Besonderheiten der Bestände (Aktenüberlieferung des französischen Sektors in Berlin);
- Einführung in die Fotosammlungen, Bibliotheksbestände u.a.

Am 29. November 2005 wurden die Bestandsverzeichnisse der Bestände „Direction des personnes déplacées et réfugiées“ (PDR) Nr. 1, 5 und 7 gesichtet und jeweils pro Bestand ca. 15 Akten zur Durchsicht ausgewählt.

Nachmittags fand im Départemental-Archiv Colmar („Archives Départementales du Haut-Rhin“²) eine Informationsveranstaltung für die

Eigentümer von Archivgut der Resistance und der Deportation aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges („Détenteur d'archives de la Résistance et de la Déportation“) statt. Zusammen mit Frau Moreau und Herrn Penot konnten Herr Dr. von Jena und ich an der Veranstaltung teilnehmen³. Bemerkenswert waren das rege Interesse der Teilnehmer (insbesondere von Zeitzeugen) bei der anschließenden Diskussion sowie deren intensive Beratung durch die Archivare. Da im Départemental-Archiv nur wenige Akten über die Résistance und die Deportation vorhanden sind, ist diese Überlieferung eine wichtige Ergänzung für das Archiv.

Vom 30. November bis zum 2. Dezember 2005 habe ich die vereinbarten Arbeitsschwerpunkte, insbesondere die Auswertung der ausgewählten Akten der Bestände Nr. 1, 5 und 7 fortgesetzt. Während des fünftägigen Aufenthalts konnten nur einige Teilbestände intensiver untersucht werden. Die Aktenüberlieferung der französischen Sektoren in Berlin und Wien, der österreichischen Besatzungsverwaltung, der Hohen Kommission der Alliierten (Generalsekretariat der Alliierten, Kontrollgruppen, Alliiertenkommission der Bank, etc.) sowie der Joint Export Import Agency (JEIA) konnte aus zeitlichen Gründen nur stichprobenartig durchgesehen werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein Teil der Bestände bislang archivisch nicht bearbeitet werden konnte. Dies gilt vor allem für die Unterlagen der französischen Besatzungsverwaltung in Berlin. Vor dem im Jahr 2009 voraussichtlich stattfindenden Umzug des Archivs nach Paris sollen die Bestände erschlossen und dabei auf mögliche nicht archivwürdige Unterlagen und gegebenenfalls Akten deutscher Provenienzen überprüft werden.

Ein Einblick in das in unmittelbarer Nähe liegende Archives Départementales du Haut-Rhin wäre zum Ausbau der Kontakte und Pflege der Beziehungen sinnvoll, um bei der Beratung von Benutzern im Bundesarchiv umfassende Informationen über die Archive und Aktenbestände in

Colmar weitergeben zu können. Besonders zu berücksichtigen ist hierbei die Aktenüberlieferung aus den Jahren 1940 bis 1945 ff.

Während des gesamten Aufenthalts ist die intensive, offene, freundliche und zuvorkommende Betreuung durch alle Mitarbeiter im Archiv besonders hervorzuheben. Insbesondere die Anfertigung der Kopien (aus den ausgewerteten Akten), die Bereitstellung von Informationsmaterialien bzw. Hilfsmitteln, die Öffnung und Benutzbarkeit der gewünschten Akten und Unterlagen, das Kennenlernen laufender Benutzungen und Recherchen sowie die täglich stattgefunden Diskussionen und Besprechungen trugen zum positiven Ergebnis des Aufenthalts bei.

Besonderheiten der Bestände

Die bislang archivisch bearbeiteten Aktenbestände sollen zukünftig anhand einer Bestandsbeschreibung („Description du fonds“) systematisch ins Internet gestellt werden.

Die ausgewerteten Akten der „Direction des personnes déplacées et réfugiées“ (PDR) enthalten vor allem Unterlagen zu Repatriierung und Deportationsangelegenheiten sowie Adoptionsfragen. Ebenso sind hier Informationen zu allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu finden: Suchanfragen, Kriegsgefangene und Fremdenlegion. Von besonderem Interesse waren hierbei die Grundsatzangelegenheiten sowie Beispiele zu personenbezogenen Unterlagen. Ich habe die Akten intensiv ausgewertet, um Benutzer von Unterlagen aus der Zeit der französischen Besatzung im Bundesarchiv auf die Überlieferung in Colmar hinzuweisen und beraten zu können.

Hervorzuheben sind folgende Themenbereiche:

- Versorgung von Waisenkindern in der französischen Besatzungszone sowie Unterbringung von Kindern aus dem „Lebensborn“ (ggf. Transport nach Frankreich),
- Adoptionsfragen von Kindern mit wenigstens einem französischen Elternteil sowie die Prüfung der Einzelfälle durch den Kommissionsausschuss zur Überprüfung von Adoptionen (Adoptionskommission),
- Vertriebenen-, Verschleppten- sowie Kriegsgefangenenangelegenheiten (u.a. Transport, Versorgung und Verwaltung der Kriegsgefangenenlager; Suchanfragen),



Das Archivgebäude in Colmar.

Foto: privat

- Statistiken zu verschleppten Personen in den Besatzungszonen, Staatsangehörigkeits- und Immigrationsfragen,
- Vermissten- und Flüchtlingssuchdienst Rastatt und Mitarbeiter „Freudenstadt“,
- Tagebuchaufzeichnungen und Berichte aus der Frühphase der französischen Besatzung (u.a. Bericht über die allgemeine Situation von Elsass-Lothringern in Deutschland, insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone, herausgegeben von Kommandant de Rosen, Juni-Juli 1945),
- Angelegenheiten des Roten Kreuzes in Deutschland,
- Angelegenheiten der Fremdenlegion und Einsatz in Indochina (Rekrutierung, Hinterbliebenenversorgung sowie Personalangelegenheiten zu verstorbenen Soldaten, Meldungen über Vermisste- und Deserteure; Suchanfragen).

Besonders erwähnenswert sind zusätzlich Unterlagen über verbotene Bücher in der französischen Besatzungszone aus den Jahren 1946 bis 1948. Beispielhaft kann hierfür die von der Provinzialbehörde für kulturelle Angelegenheiten von Süd-Baden („Delegation Provinciale pour le Bade-Sud, Service des affaires culturelles, relations artistiques et intellectuelles“) erstellte Liste genannt werden. Es gab weitere Listen über verbotene Schul- und Bibliotheksbücher (in Bibliotheken des Kreisgebietes Donaueschingen sowie der Unibibliothek Freiburg i. Br.)⁴, die nach Inhalten geordnet und gezählt oder z.T. alphabetisch sortiert wurden. Rechtsgrundlage für die Beschlagnahme von Literatur und Werken aus

der NS-Zeit war der Befehl Nr. 4 vom 13. Mai 1946 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland⁵. Danach waren den Vertretern der alliierten Behörden innerhalb von zwei Monaten jegliche Veröffentlichungen mit nationalsozialistischen oder militärischen Inhalten auszuliefern; das Material wurde nach der Abgabe vernichtet.

Die umfangreichen Akten der französischen Besatzungsverwaltung in Berlin (Stadtbezirke Reinickendorf und Wedding) konnten zum größten Teil noch nicht erschlossen werden. Die Laufzeit der Akten umfasst die Jahre 1945 bis 1990. Dazu gehören beispielsweise Finanz-, Justiz-, Verkehrsangelegenheiten und Inneres (Staatsbesuche, Meldungen über Verkehrsunfälle, Kriminalfälle, allgemeine Justiz- und Verwaltungsangelegenheiten und Statistiken sowie Akten über Versicherungsangelegenheiten).

Bei der Auswertung der Entnazifizierungsakten des Bestandes „Haut-Commissariat de la République française en Allemagne, Délégation provinciale pour le Bade-Sud“ wurden einige Einzelfälle geprüft. Zur ersten inhaltlichen Orientierung konnten die vorliegenden alphabetisch sortierten Aktenordner als Recherchehilfsmittel genutzt werden. Aufgrund einer schriftlichen Benutzeranfrage zu einem Entnazifizierungsverfahren konnte der Verfasser zusammen mit Herrn Penot in den alphabetisch sortierten Einzelfällen recherchieren und die in Frage kommenden Unterlagen herausuchen. Hervorzuheben ist, dass es sich um umfassende Entnazifizierungsakten, z. T. mit Revisionsverfahren von Deutschen aus Südbaden handelt. Vertreten sind verschiedene Berufsgruppen, z. B. Arbeiter, Angestellte, Selbstständige, Landwirte, Beamte, Industrielle, etc. Darunter befinden sich auch Akten zu Entnazifizierungsverfahren von NS-Parteifunktionären.

Während des Aufenthalts erhielt der Verfasser auch Einblick in die Fotosammlung des Archivs. Die Fotos werden in ca. 50 Fotoboxen in unterschiedlichen Formaten - herausgelöst aus den jeweiligen Akten - gelagert und jeweils mit der dazugehörigen Bestandssignatur versehen⁶. Die Kartensammlung setzt sich hauptsächlich aus geographischen Karten der französischen Besatzungszone mit den Sektoren in Berlin und Wien sowie Deutschland im Allgemeinen zusammen.

Die Amtsdruckschriften („Gazetten“) umfassen beispielsweise das „Bulletin d'Activité du Commandement en Chef Français en Allemagne“ (zwei Bände, 1945-1949) sowie das „Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne“ in deutscher und französischer Sprache (6 Bände, 1945-1949). Auch zur französischen Besatzungszone in Österreich sind verschiedene Veröffentlichungen des „Commandement en Chef Français en Autriche“ (insgesamt 22 Bände; z.B. „Comite executif de Vienne“ sowie „Compte Rendu sommaire d'activité“ aus den Jahren 1945-1950) vorhanden⁷.



Nathalie Moreau und Pascal Penot.

Foto: privat

Die als Amtsdruckschriften vollständig überlieferten Urteile der Prozesse von Rastatt liegen seit kurzem als Rechercheprogramm auf CD-ROM vor und sind nach Personen, dem Datum der Prozesse oder nach der Nummer der Gerichtsurteile recherchierbar. Zu den Bibliotheksbeständen und -sammlungen⁸ gibt es ein elektronisches Rechercheprogramm. Zudem werden Diplom-, Magisterarbeiten sowie Dissertationen als Belegexemplare gesammelt. Zu nennen sind ferner wichtige kleinere Sammlungen und Teilnachlässe von Alfred Döblin, General Grandval und André François Poncet.

Benutzung und archivrechtliche Grundlagen

Die Anzahl der Benutzungen liegt bei durchschnittlich 60 Benutzern pro Jahr. Im November 2005 wurde die bisher höchste Zahl von 78 erreicht. Der Jahresbericht 2004 liefert eine genaue und detaillierte Beschreibung über Benutzungsthemen, Herkunft der Benutzer, eingesehene Bestände sowie einzelne Recherchen. Der Benutzersaal ist derzeit montags bis donnerstags von 9.00 bis 16.00 Uhr geöffnet. Bislang wurden besonders Unterlagen zur Kulturpolitik in der französischen Besatzungszone (Theater, Film und Kultur im Allgemeinen) von Benutzern ausgewertet. Selten wurde zu Bauwesen, Bildung, Verkehrsfragen (insbesondere Schifffahrt) recherchiert. Eine Übersicht der Forschungsthemen der Jahre 2004 und 2005 soll in Kürze ins Internet gestellt werden.

Benutzer können auf Grundlage der französischen Archivgesetze vom 3. Januar 1979 bzw. vom 17. Juli 1978 Einblick in die Bestände nehmen. Bei Verwaltungsakten gilt eine Schutzfrist von 30 Jahren, personenbezogene Unterlagen sind 60 Jahre (z.T. mit Anonymisierungen) nach der Entstehung gesperrt⁹. Akten mit medizinischen Informationen sind 150 Jahre nach der Geburt der Personen benutzbar; geheime Unterlagen sind von der Benutzung ausgenommen.

Der Benutzer erhält zunächst allgemeine Informationen über offene und somit benutzbare Bestände, die für das Forschungsthema in Betracht kommen. Daraufhin werden die vorliegenden Abgabeverzeichnisse und Findmittel vom Be-

nutzer vor Ort geprüft und ausgewertet. Der Benutzer muss zur Akteneinsicht einen Antrag beim Ministère des Affaires Etrangères (MAE) in Paris stellen und seine Anfrage präzisieren. Die in Frage kommenden Akten werden in Colmar geprüft; das Genehmigungsverfahren¹⁰ ist meist in kurzer Zeit abgeschlossen. Nach der erfolgten Genehmigung ist eine Einsichtnahme möglich.

Lars Amelung

Anmerkungen

- 1) Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, 13. Jg., Heft 1-2005, S. 21-23; eine französische Übersetzung ist inzwischen dem Bundesarchiv zur Verfügung gestellt worden und wird in Kürze ins Internet gestellt.
- 2) Vgl.: <http://www.archivesdefrance.culture.gouv.fr> (Allgemeine Seite der französischen Archivverwaltung) sowie <http://www.archivesdefrance.culture.gouv.fr/fr/annuaire/D AFad68.html>. Adresse: Archives Départementales, Cité administrative, 3rue Fleischhauer, 68026 Colmar.
- 3) Vgl.: Informationsbroschüre „Guide du détenteur d'archives de la Résistance et de la Déportation“.
- 4) Vgl. Aktenbestand „Baden“ 4.2.09. Allein die verbotenen Bücher des Kreisgebietes Donaueschingen umfassen insg. 24.689 Exemplare mit Listen von mehreren hundert Seiten.
- 5) Siehe Bundesarchiv ZD 300/ 1-1, S. 197-198.
- 6) Die Fotos umfassen unterschiedliche Orts-, Personen- und Sachthemen.
- 7) Zu den ADS gibt es eine nach Beständen geordnete Übersicht.
- 8) Die eingehenden Publikationen werden chronologisch nach Eingang der Veröffentlichungen aufgenommen und verzeichnet.
- 9) Bei personenbezogenen Unterlagen ist zusätzlich das Geburtsdatum der Personen zu berücksichtigen.
- 10) Bei einer Ablehnung kann Beschwerde (Widerspruchsverfahren) eingeleitet werden. Eine unabhängige Kommission prüft daraufhin - meist unter Vorlage der in Frage kommenden Akten in Kopie - den Benutzungsantrag.



*Blick in den Benutzersaal.
Foto: privat*

Die Überlieferung zu Geld und Kredit in den Beständen B 102
Bundesministerium für Wirtschaft und B 126 Bundesministerium der Finanzen

Zum Jahreswechsel 2005/2006 sind gleich zwei Findbücher erschienen, die die Überlieferung aus dem Bereich Geld und Kredit zum Inhalt haben¹. Das Besondere liegt darin, dass es sich um Findbücher verschiedener Bestände handelt. Es finden sich Überlieferungsstränge zum Bereich Geld und Kredit sowohl im Bestand B 102 Bundesministerium für Wirtschaft wie auch im Bestand B 126 Bundesministerium der Finanzen.

Zwar ist die Währungsreform von 1948 untrennbar mit dem Namen des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (VWG) und späteren Bundeswirtschaftsministers, Ludwig Erhard, verknüpft², doch lag die Zuständigkeit für Geld und Kredit nach 1945 nicht bei der Verwaltung für Wirtschaft, sondern bei der Verwaltung für Finanzen des VWG. War vor 1945 noch das Reichswirtschaftsministerium zuständig, wurde nach 1945 die Kompetenz durch Anordnung der Besatzungsmächte den Finanzministern der Länder und später auch der zonenübergreifenden Verwaltung für Finanzen zugeordnet, „weil bei den Besatzungsmächten die Finance Division sich mit diesen Gebieten beschäftigte“³.

Die Sachverständigenkommission für „Währung, Geld und Kredit, Banken, Börsen und Versicherungen“, seit Juli 1947 bei der Verwaltung für Finanzen, wurde 1949 als Abteilung V in das Bundesministerium der Finanzen integriert. Diese Kompetenzzuweisung war aber nicht unstrittig und so wurde seit 1945 mit „äußerster Heftigkeit zwischen Finanz- und Wirtschaftsverwaltung um die endgültige Federführung gekämpft“⁴. Die Gewerkschaften, die Wirtschaft und die Presse beschäftigten sich mit dem Thema.

Das Ringen um die Zuständigkeit

Als Bundesminister für Wirtschaft definierte Ludwig Erhard die Wirtschaftspolitik umfassend und betrachtete somit die Geld- und Kreditpolitik als untrennbaren Teil der Wirtschaftspolitik. Während Erhard vehement um die Zuständigkeit focht, versuchte sein Mitbewerber in dieser Sache, Finanzminister Fritz Schäffer, die Entscheidung zu verschleppen⁵ und den Zustän-

digkeitsbereich des Wirtschaftsministers auf die Kernbereiche Industrie, Handel und Gewerbe zu begrenzen⁶. Im Bundeskanzleramt konnte man sich dem sachlichen Argument des Wirtschaftsministers nicht verschließen, doch gab es zeitbedingte Gründe „sachlicher und personeller Art [die] für den Finanzminister sprechen“⁷, weshalb die Entscheidung über die Frage herausgezögert wurde⁸.

Der Kompetenzstreit führte aber nicht nur im Verhältnis der betroffenen Ministerien zu Reibungen. Das nicht lediglich theoretische Problem offenbarte sich bei der Gesetzgebung und in der Durchführung. In der Schlussberatung des Bundestages zum Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau⁹ sprach der Berichterstatter hinsichtlich der mangelnden Kompetenzabgrenzung von einer „babylonischen Sprachenverwirrung in der Bundesregierung“¹⁰. Der Bundeskanzler gab dem wiederholten Druck des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Deutschen Bundestags, der FDP und weiten Teilen der CDU/CSU¹¹ schließlich nach und erklärte die Übertragung der Zuständigkeit auf den Bundesminister für Wirtschaft als „notwendig und unaufschiebbar“¹². Sachlich stimmten Bundeskanzler und Bundeskanzleramt mit Erhard darin überein, „daß ohne Geld und Kredit der Wirtschaftsminister nicht als der für die Wirtschaftspolitik federführend verantwortliche Minister angesprochen werden kann“¹³.

Im März 1952 wurde dem Bundesminister für Wirtschaft schließlich durch Kabinettsbeschluss die Zuständigkeit für Geld und Kredit übertragen¹⁴. Die Aufgaben, die aus den neu gewonnenen Kompetenzen hervorgingen, nahm ab 1952 die neugebildete Abteilung VI Geld und Kredit wahr. Zuvor hatte es bereits in Abteilung I Wirtschaftspolitik eine Unterabteilung Geld und Kredit gegeben.

Die Kompetenzen blieben zwei Jahrzehnte beim Bundesministerium für Wirtschaft. Allerdings hatte die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesminister des Innern, die u.a. mit der Aufgabe betraut war, bestehende Ressortabgrenzungen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu untersuchen, im Frühling 1969

die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, „nach dem Muster der anderen EWG-Länder die monetären Kompetenzen des Bundesministeriums für Wirtschaft auf das Bundesministerium der Finanzen zu übertragen“¹⁵. Im Bundesministerium für Wirtschaft hieß es dazu, dass die Ressortabgrenzungen in den EWG-Staaten so unterschiedlich seien, dass schon der Ausgangspunkt der Fragestellung verfehlt sei. Erwägenswert sei die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für die Konjunkturpolitik, für die Fiskalpolitik und für die Geld-, Kredit- und Währungspolitik, um eine harmonisch aufeinander abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ermöglichen, wie sie im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft¹⁶ gefordert werde. Allerdings sei solch ein „Überministerium“¹⁷ kaum zu realisieren. Eine solche Machtkonzentration würde die Bildung von Koalitionsregierungen erschweren¹⁸.

Ein buchstäbliches „Überministerium“ wurde 1971 nach dem Rücktritt von Finanzminister Alex Möller¹⁹ geschaffen, als das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft formal in einer Realunion, faktisch indes in einer bloßen Personalunion zunächst unter Karl Schiller, ab Juli 1972 unter Helmut Schmidt vereinigt wurden²⁰. Aber auch hier verblieb die Zuständigkeit für Geld und Kredit bei der Abteilung VI des Bereichs Wirtschaft²¹, tatsächlich fand damit keine wesentliche Veränderung statt. Indes war dies nur noch eine Frage der Zeit, denn der Rücktritt von Alex Möller wurde von den meisten Beobachtern als Kapitulation Möllers vor den Problemen des Haushaltsausgleichs, die durch die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark²² und den damit verbundenen Restriktionsmaßnahmen noch verstärkt worden seien, gewertet.

Vom „Überministerium“ zum „Ministerium für Handel und Industrie“

Die Zusammenlegung von Finanz- und Wirtschaftsressort selbst wurde in der Presse als logisch und zweckmäßig betrachtet²³. Allerdings wurde auch bereits 1971 über die Neuverteilung der Kompetenzen im von der Presse sogenannten „Superministerium“ und die mögliche Neugliederung eines „Ministeriums für Handel und Industrie“ spekuliert²⁴. Dass bei einer Teilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen das Bundesministerium der Finanzen ge-

stärkt hervorgehen sollte, war bei Regierung und Opposition unstrittig. Die Entscheidung fiel im Rahmen der Koalitionsverhandlungen am 13. Dezember 1972 mit der Abgrenzung der Ressorts zwischen SPD und FDP. Mit Beendigung der Personalunion zum 15. Dezember 1972²⁵, Wirtschaftsminister wurde nun Hans Friderichs (FDP), gingen die Zuständigkeiten für Geld-, Kredit- und Währungsfragen einschließlich der internationalen Währungsfragen sowie für Banken-, Börsen- und Versicherungspolitik an das Bundesministerium der Finanzen unter Helmut Schmidt, während die vormals dem Bereich Geld und Kredit zugewiesene Sparte ERP-Sondervermögen beim Bundesministerium für Wirtschaft verblieb²⁶.

Infolge der Zuständigkeitsübertragung wurden die zuständigen Referate der bisherigen Unterabteilungen VI A und VI B aus dem Bundesministerium für Wirtschaft ausgegliedert und unter dem bisherigen Abteilungsleiter MinDirig. Dr. Hiß dem Bundesministerium der Finanzen angegliedert. Das Bundesministerium für Wirtschaft behielt die Unterabteilung VI C (ERP-Sondervermögen, sonstige Finanzierung) und die selbständigen Referate VI 1 (Außenhandelsfinanzierung und Außenhandelsversicherung) und VI 2 (Privater Kapitalexport), die der Abteilung Z bzw. der Abteilung V unterstellt wurden. Die ehemaligen Unterabteilungen VI A und VI B des Bereichs Wirtschaft bildeten im Finanzministerium die Abteilung VII.

Mit dem Zuständigkeitswechsel gelangten bereits in den 1950er Jahren auch in geringerem Umfang Unterlagen des Bundesministeriums der Finanzen ins Bundesministerium für Wirtschaft. Diese sind an dem vierstelligen Aktenzeichen zu erkennen. Im umgekehrten Falle nahmen die zum Bundesminister der Finanzen wechselnde Unterabteilungen eine weitaus größere Menge von Akten mit²⁷. Diese Akten wurden auch im Bundesministerium der Finanzen weiterhin unter den Aktenzeichen des Bundesministers für Wirtschaft geführt.

Die 2005 fertiggestellten Findbücher berücksichtigen die Unterlagen, denen die Aktenpläne des Bundesministeriums für Wirtschaft zugrunde liegen. Die Akten wurden in beiden Fällen in Anlehnung an den Aktenplan von 1961 klassifiziert, da die überwiegende Zahl der Akten unter diesem Aktenplan angelegt wurde. Ziel der Erschließung war, Überlieferungsstränge nicht aus

rein formalen Gründen zu zerreißen und die Zusammenhänge trotz formaler Schnitte zu wahren. Der Benutzer kann nun beide Findbücher parallel benutzen, ohne sich in verschiedene Ordnungssysteme einarbeiten zu müssen. Dies ist um so wichtiger, da im Findbuch zu B 126 Bandfolgen, die im Findbuch zu B 102 erschlossen sind, fortgeführt werden.

Für den Teil der Akten zum Bereich Währungspolitik, Geld- und Kreditpolitik, der im Bundesministerium für Finanzen unter dem eigenen Aktenplan gebildet wurde, wird ein gesondertes Findmittel erarbeitet werden.

Barbara Limberg

Anmerkungen

- 1) Bundesministerium für Wirtschaft. Teil 1: Geld und Kredit (1945-1948) 1949-1972 (1973-1990). Bearbeitet von Barbara Limberg. Koblenz 2005 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs; Bd. 110); Bundesministerium der Finanzen. Teil 7: Geld und Kredit (1950-1971) 1972-1978. Koblenz 2005 (= Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs; Bd. 84).
- 2) Erhard war 1947 in die Sonderstelle Geld und Kredit bei der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes berufen und zu deren Vorsitzenden gewählt worden. Das Findmittel zu Z 32 Sonderstelle für Geld und Kredit bei der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes liegt online vor und ist über die Homepage des Bundesarchivs abrufbar: www.bundesarchiv.de.
- 3) Vermerk betr. Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Wirtschaftsverwaltung und Finanzverwaltung im Hinblick auf Bankenaufsicht und Kreditpolitik, o.D. (Abschrift). In: B 102/23051.
- 4) Zuständigkeit auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens, 11. Mai 1950. In: B 136/4649. Vgl. hierzu auch B 102/23051, hier etwa die Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft des Länderrats, den Vermerk der Unterabt. I C - MR Fischer - vom 28. Juni 1949 und vom 16. Juli 1949 sowie das Exposé zur Zuständigkeitsfrage vom 23. August 1949.
- 5) Dazu Vermerk vom 24. März 1953. In: B 136/4652.
- 6) Erhard an den Bundeskanzler, 15. Februar 1950 (Kopie). In: B 102/2999.
- 7) Zuständigkeit auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens. Votum MR Dr. Rust, Bundeskanzleramt, 11. Mai 1950. In: B 136/4649. Zur Haltung Adenauers gegenüber Erhard und dessen Wirtschaftsministerium vgl. Daniel Koerfer, Wirtschaftspolitische Kontroversen zwischen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard (1956-1963). In: Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft. Hrsg. von Hans Pohl. Bonn 1992 (Rhöndorfer Gespräche; 12), S. 33-45, hier S. 34 f.
- 8) Vgl. zu den Motiven auch Löffler, Soziale Marktwirtschaft, S. 374 f.
- 9) Hans Pröhl, Gesetz über die KfW, Bad Homburg u.a. 1949 (Kommentare zur Kreditgesetzgebung; 1. Änderung des Gesetzes über die KfW in: B 126/12153. Armin

Grünbacher, Reconstruction and Coldwar in Germany: the Kreditanstalt für Wiederaufbau (1948-1961). Aldershot 2004. Heinrich Harries, Wiederaufbau, Welt und Wende. Die KfW - Bank mit öffentlichem Auftrag (1948-1998). Frankfurt am Main 1998. Manfred Pohl, Wiederaufbau: Kunst und Technik der Finanzierung 1947 - 1953. Die ersten Jahre der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Frankfurt am Main 1973.

10) Zitiert in: Vorschläge zur Geschäftsverteilung auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens, 13. November 1951. In: B 102/42910. Beispiele finden sich in B 102/ 23057, etwa im Zusammenhang mit dem Bundesbankgesetz und dem zweiten Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes.

11) Vgl. Bernhard Löffler, Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundesministerium für Wirtschaft unter Ludwig Erhard, Stuttgart 2002 (VSWG Beihefte Nr. 162), S. 371.

12) Begründung für den Entwurf einer Neuaufteilung der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens (Abschrift). In: B 102/42910.

13) Zuständigkeit auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens. Votum MR Dr. Rust, Bundeskanzleramt, 11. Mai 1950. In: B 136/4649.

14) 206. Kabinettsitzung am Dienstag, den 11. März 1952, Top 2. In: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5, Boppard/Rhein 1989, S. 157. Die Kabinettsprotokolle von 1949 bis 1960 stehen im Internet zur freien Nutzung bereit und sind jahresübergreifend recherchierbar unter <http://www.bundesarchiv.de/kabinettsprotokolle/web/index.jsp>.

15) Schreiben der Projektgruppe vom 27. Mai 1969. In: B 102/189187.

16) Zum Gesetz vor allem: B 102/97104 bis 97105, 97114 f.

17) Leiter der Abt. VI an die Abt. Z, 2. Juli 1969. In: B 102/189187.

18) Leiter der Abt. VI an die Abt. Z, 2. Juli 1969. In: B 102/189187.

19) Zusammenfassung des Presseechos zum Rücktritt des Bundesministers der Finanzen Alex Möller in: B 102/132267.

20) Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 13. Mai 1971. In: B 136/4660.

21) Das neu entstandene Ministerium wurde in die Bereiche Finanzen und Wirtschaft untergliedert, die relativ selbständig nebeneinander bestanden. Selbst die Spiegelreferate Steuerpolitik und Haushaltspolitik blieben im Bereich Wirtschaft bestehen.

22) Vgl. dazu B 102/84134-84140, 132967, 160238 und Währungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung. Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag. In: Bulletin Nr. 71, S. 721-725.

23) Vgl. Zusammenfassung des Presseechos zum Rücktritt des Bundesministers der Finanzen Alex Möller in: B 102/132267

24) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 1971.

25) Erlass des Bundeskanzlers vom 15. Dezember 1972 (BANz. Nr. 238 vom 20. Dezember 1972, S. 7).

26) Vermerk vom 13. Dezember 1972. In: B 136/4660. Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 19. Dezember 1972 in: BANz. Nr. 238 vom 20. Dezember 1972, S. 7. Zur Zuständigkeitsabgrenzung im einzelnen vgl. B 126/51411.

27) Die Abgabe der Referatsakten an das BMF 1973 ist dokumentiert in B 102/59532, 59538, 59541, 59544, 59550, 59553, 59556.

Im Jahre 1962 übergab die Bibliothek für Zeitgeschichte (ehemalige Weltkriegsbücherei) dem Bundesarchiv den umfänglichen Bildbestand „Propagandakompanien - Waffen-SS“. Dieser umfasst die bildliche Überlieferung der 1939 als „Kriegsberichterkompanie“ aufgestellten Einheit, die im Juli 1941 als „SS-Kriegsberichter-Abteilung“ und seit dem 3. November 1943 schließlich als SS-Standarte „Kurt Eggers“ bezeichnet wurde¹.

Die Bilder, Filme und Texte der Propagandakompanien sollten die Taten der deutschen Truppen herausstellen, die Moral der Truppen und an der „Heimatfront“ stärken, die Moral des Gegners schwächen und diesen gegebenenfalls auch täuschen². Eine Veröffentlichung erfolgte aber erst nach einer Zensur, denn nicht alle Fotos der Bildberichterstatter zeigten Erfolge der Wehrmacht: Bilder von entstellten Toten, erschöpften oder trauernden Soldaten durften im allgemeinen nicht publiziert werden. Die an und hinter der Front gemachten Fotos wurden zur publizistischen und propagandistischen Nutzung an das Bildpresseamt der Reichsregierung weiter geleitet, das seit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellt war.

Der Gesamtbestand Bild 101 Propagandakompanien im Bundesarchiv umfasst ca. 1,1 Millionen Bilder mit einer Laufzeit von September 1939 bis Oktober 1944. Er gliedert sich in die Nebenbestände Bild 101 I Heer und Luftwaffe, Bild 101 II Marine und Bild 101 III Waffen-SS³.

Im Zeitraum Oktober 1985 bis 1988 wurden ca. 115.000 Aufnahmen des Bestands Bild 101 III summarisch verzeichnet. Die im Laufe der Benutzung durch Laboranfertigung entstandenen Doppelstücke wurden in die Dokumentationsbestände Bild 1, 2 und 3 eingeordnet.

Beim Bestand Bild 101 III Waffen-SS handelt es sich um 150 Alben, in die pro Seite ein bis fünf Kontaktstreifen (von Kleinbildfilm 24x36 mm) auf zumeist schwarzen Karton aufgeklebt wurden. Die Filme stammen von in Propagandakompanien eingereichten Bildberichterstattern der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg (Mai 1940 bis Mai 1944). Das Archiv-Findbuch zu Bild 101 III ist grundsätzlich alphabetisch nach den insgesamt 122 dokumentierten „Kriegsberichtern“ der Waffen-SS geordnet und durch einen alphabetischen Einheitsindex und Stichwörter zusätzlich erschlossen worden.

Technische Bearbeitung

Durch intensive Benutzung und dadurch entstandene Schäden war es dringend notwendig, für den Bestand Bild 101 III eine alternative Benutzungsform zu finden. So wurden die Albumblätter und die Kontaktstreifen im Herbst / Winter 2005 von der Firma Ossenberg & Schneider digitalisiert. Die Bilder wurden zum einen als komplettes Albumblatt im Format .jpg gescannt (Abb. 1), da auf den Albumseiten manchmal ergänzende Textinformationen sowie Hinweise auf vorhandene

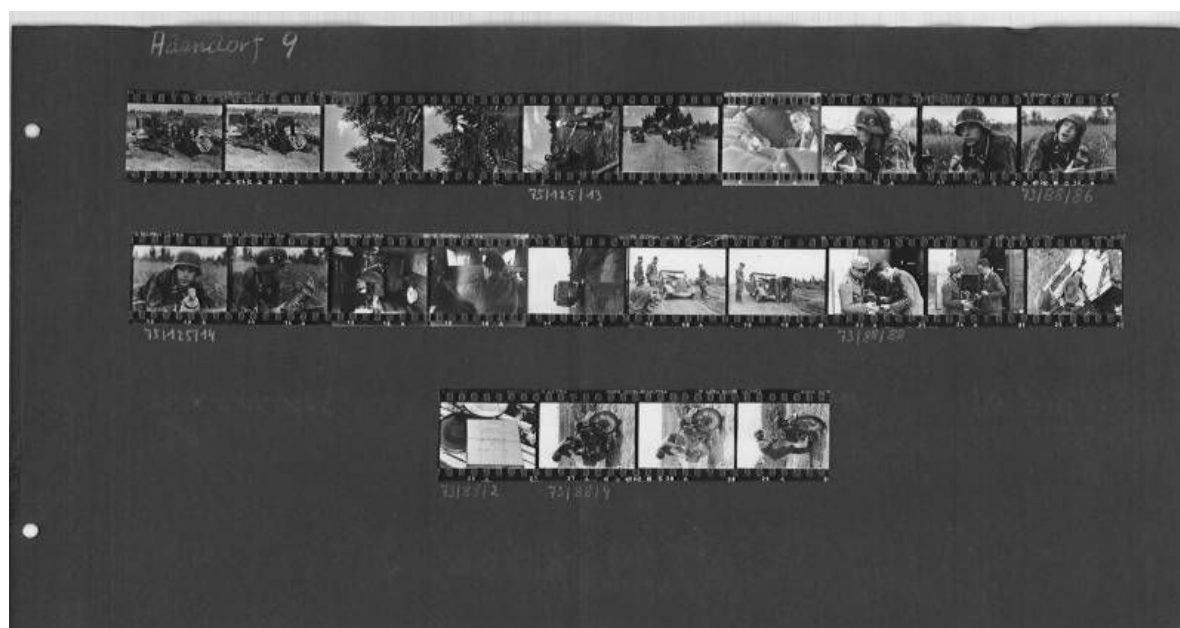


Abb. 1: Albumblatt (Großbild) mit drei Kontaktstreifen.



Abb. 2: „Reprovorlage“ - zweiter Streifen des Albumblatts im .tif-Format.
Bundesarchiv, Bild 101III-Adendorf-009

Repronegative vorhanden sind. Aus den „Album-jpgs“ wiederum wurden kleine Vorschaubilder mit 900 Pixel Breite erzeugt, die über eine von Herrn Marc Straßburg (Stabsstelle) programmierte Webanwendung angezeigt werden können. Zum anderen wurden von den einzelnen Streifen .tif-Dateien erzeugt (Abb. 2).

Die sehr hoch aufgelösten .tifs (1200 / 1800 dpi) dienen hingegen als „Reprovorlage“, d.h. von diesen Scans können für Benutzer qualitativ hochwertige Einzelbilder erzeugt werden (Abb. 3). Diese hochwertigen Scans werden schon aufgrund der Datenmenge nicht über das Intranet bereit gestellt, sondern können über das Bildarchiv (Referat B 6) bestellt werden. Für die Speicherung der großen Datenmenge war die Beschaffung zusätzlichen Speicherplatzes notwendig.



Abb. 3: ausgeschnittenes Einzelbild (.tif) aus dem zweiten Kontaktstreifen des Albums
Bundesarchiv, Bild 101III-Adendorf-009-014

Technische Parameter:

	Vorschaubild	Großbild	Reprovorlage
Format	.jpg	.jpg	.tif
Auflösung	50 dpi	600 dpi	1200/1800 dpi
Dateigröße	40-100 KB	1 - 6 MB	2,1 - 282 MB
Anzahl d. Dateien	4024	4024	12.195
Datenvolumen	15,8 GB		689 GB

Benutzung

In den Benutzersälen steht via Intranet nun eine browserbasierte Zugriffsmöglichkeit auf den digitalisierten Bestand zur Verfügung (<http://athene.barch.ivbb.bund.de/bild-101/>). Der IT-Strategie des Bundesarchivs folgend, ist dies eine plattformunabhängige Anwendung, die dem Styleguide des Bundesarchivs entsprechend gestaltet wurde. Auf der Startseite gibt ein einleitender Text kurze Hinweise zum Bestand, sowie zur Benutzung der Online-Anwendung. Der Zugang erfolgt dabei über die Auswahl eines Fotografennamens in der "Fotografenliste". Nach Auswahl eines Fotografen werden Vorschaubilder der einzelnen Albumblätter angezeigt. Durch Klick auf ein Vorschaubild öffnet sich eine große Ansicht in einem separaten Fenster.

Aus technischen Gründen müssen Umlaute in der Fotografenliste als „ae“, „oe“ oder „ue“, sowie „ß“ als „ss“ dargestellt werden. Deswegen sollen die Namen nach der Namenskennzeichnung auf den Albumblättern und nicht nach den Namen in der Namensliste oder den Dateinamen zitiert werden.

Da von einem Bildberichterstatter oftmals mehrere Alben vorliegen, so haben diese eine Nummerierung mit römischen Ziffern bekommen. Diese braucht bei der Bildbestellung nicht mit angegeben zu werden, da sie kein Bestandteil der Bildsignatur ist. Hinweise zur Bestellung der Bilder sind über einen eigenen Menüpunkt aufrufbar.

Mit dem erfolgreichen Abschluss des Projekts wird nicht nur eine Schonung der wertvollen Originale erreicht, sondern insbesondere auch der Nutzungskomfort erhöht, da eine Ansicht der Alben nun in allen Benutzungssälen des Bundesarchivs erfolgen kann. Zudem wird das Erstellen von reproduktionsfähigen Abbildungen beschleunigt, da die Bilder in hoher Qualität auf den Servern des Bundesarchivs vorhanden sind und mittels Bildbearbeitungssoftware für Benutzer direkt bereit gestellt werden können. Die Bestellungen laufen dabei ausschließlich über das Bildarchiv (Referat B 6).

Michael Hollmann, Oliver Sander

Anmerkungen

- 1) K.-G. Klietmann: Die Waffen-SS. Eine Dokumentation. Osnabrück 1965, S.415-418. - Vgl. auch www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Propaganda/Propaganda-R.htm <26.4.2006>
- 2) Hasso von Wedel: Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht. Neckargemünd 1962; zur SS-Standarte Kurt Eggers S.83-87.
- 3) Zum Bestand vgl. Thomas Trumpp: Photographische Überlieferung von Propagandakompanien des Zweiten Weltkriegs, in: Jahresbibliographie Bibliothek für Zeitgeschichte 58 (1986), S.467-471; ders.: Photographische Überlieferung von Propagandakompanien der Waffen-SS, in: ebda, 60 (1988), S.571-575. - Bilder der PK finden sich auch im Bestand Bild 116, Alben Nr. 164 bis Nr. 169, sowie in den „Dokumentationsbeständen“ Bild 1, 2 und 3.

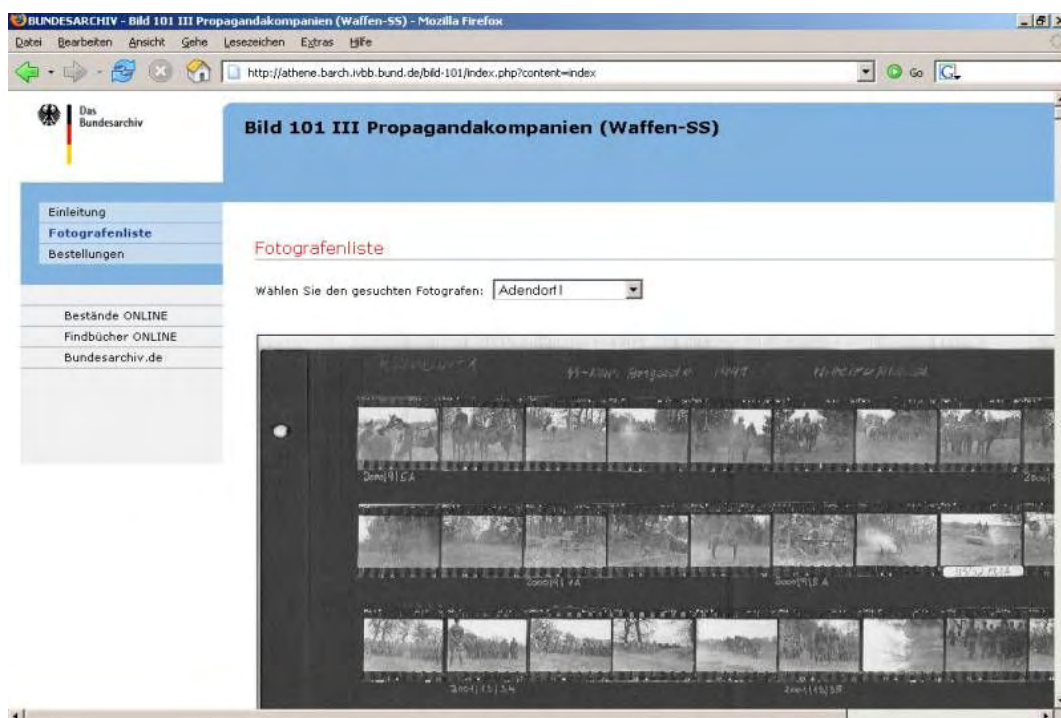


Abb. 4: Intranetanwendung mit aktivierter Fotografenliste (hier „Adendorf I“)

Fotoalben erzählen Geschichten. Geschichten, die sich in der Folge der Fotos widerspiegeln. Andere Geschichten erschließen sich dem Betrachter erst durch die Bildunterschriften. Oft erzählt ein Fotoalbum auch die Geschichte seiner Entstehung: Warum wurde es angelegt? Was sollte es dokumentieren? Welche Fotos wurden ausgewählt, welche möglicherweise weggelassen?¹

Mit der spannenden Quellengattung „Fotoalbum“ habe ich mich während meines Stages am Bundesarchiv im Referat B 6 (Bildarchiv) in Koblenz beschäftigt. Der Bestand Bild 116 enthält eine Sammlung von 474 Fotoalben aus mehr als 100 Jahren deutscher Geschichte. Zu den frühesten Alben gehören Fotos aus „Deutsch-Südwest-Afrika“², das jüngste wurde anlässlich der 30-Jahres-Feier der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung in Hamburg im Jahr 1990 angelegt³. Die Fotoalben dieses Mischfonds⁴ stammen aus unterschiedlichsten Provenienzen: Sie wurden aktiv erworben oder kommen aus anderen Beständen des Hauses⁵, so zum Beispiel aus verschiedenen Nachlässen⁶.

Ziel des Stage war es, die Alben im Hinblick auf einige zentrale Merkmale zu sichten⁷: Dabei wurde der bisherigen Kurztitelaufnahme eine Inhaltsangabe beigelegt. Die Anzahl der Seiten jedes Albums und der darin enthaltenen Fotos sowie das Format des Albums und der Fotos wurden erfasst, die Art der im Album enthaltenen Texte notiert und der eventuelle Restaurierungsbedarf vermerkt. Vorschläge zur Bestandsbereinigung ergänzen diese Angaben: Archivalien, die nicht zur Kategorie „Fotoalben“ zu zählen sind, sollen anderen Beständen im Haus zugeführt werden; Fotobände, die als Publikationen hergestellt wurden, an die Dienstbibliothek abgegeben werden. Schließlich wurde definiert, welchem Typus jedes Fotoalbum zugeordnet werden kann. Voraussetzung dafür war, dass verschiedene Typen von Fotoalben nach ihrem Zweck definiert wurden.

Typen von Fotoalben

- Als „Geschenkalben“ werden Fotoalben bezeichnet, die für eine bestimmte Person von einem Dritten angefertigt wurden, meist ent-

halten sie eine Widmung. Sehr häufig handelt es sich bei den Beschenkten um Politiker, die das Album aus Anlass ihres Besuchs in einem Land, einer Stadt oder bei einer Institution geschenkt bekamen. Dabei können zwei Arten unterschieden werden: mit dem „Geschenkalbum/Anlass“ wurde der Besuch in seinem Ablauf dokumentiert. Im „Geschenkalbum / Thema“ stellte die besuchte Institution ihre eigene Geschichte dar. Beispielsweise schenkte die Pallottiner Bundespräsident Heinrich Lübke 1966 bei seinem Besuch in Kamerun ein Fotoalbum, in dem ihre Missionsarbeit thematisiert wird⁸.

- Zu den „Reisealben“ gehören solche Alben, die eine Privatperson aus Anlass einer eigenen Reise angelegt hat.
- „Portraitsalben“ bestehen aus einer Zusammenstellung von Portraitfotos eines bestimmten Personenkreises, beispielsweise aus den Portraits deutscher Reichstagsabgeordneter von 1880⁹.
- In den „Themenalben“ sind verschiedene Materialien zu einem Thema zusammengetragen. Ein Beispiel aus dieser Kategorie stellt die „Grüne Woche 1954 in Berlin“¹⁰ dar. Charakteristisch für diesen Typus ist, dass Bilder hier meist nur ein Element unter vielen sind; enthalten sind ebenfalls Zeitungsausschnitte, längere Texte etc.
- Als „private Fotoalben“ werden nur solche Alben bezeichnet, die von dem Fotografen selbst oder einem Familienangehörigen angelegt wurden und keiner der anderen Kategorien zuzuordnen sind.

Was wird gezeigt? Inhalte und Themen

Die Vielfältigkeit des Bestandes Bild 116 wird vor allem anhand der zahlreichen auf den Fotos abgebildeten Thematiken deutlich. Drei Schwerpunkte seien an dieser Stelle herausgegriffen:

Zahlenmäßig die größte Gruppe bilden mit 69 Bänden Fotoalben, die Empfänge und Staatsbesuche von Politikern dokumentieren. Überspitzt

formuliert könnte man sie als „Händeschütteln-Alben“ bezeichnen. Aus den Alben des Nachlasses von Walter Hallstein lässt sich ersehen, dass er 1966 und 1967 die Botschafter zahlreicher Staaten empfangen hat und selbst beispielsweise eine Audienz beim Papst erhielt. Der Quellenwert dieser Alben dürfte derjenige Forscher schätzen, der die Kontakte eines Staatsmannes für eine Biographie nachzeichnen bzw. dieselbe illustrieren möchte.

Mit 55 Alben ebenfalls sehr stark vertreten sind die „Landjahralben“¹¹. Beim Landjahr handelt es sich um eine zwischen 1934 und 1944 durchgeführte Erziehungsmaßnahme¹². Jugendliche wurden dabei für acht Monate dem Arbeitsmarkt entzogen und landwirtschaftlichen Betrieben zugeteilt. Durch die gemeinsame Unterbringung in einem Lager auf dem Land und zahlreiche Aktivitäten sollte das Gemeinschaftsgefühl der Jugendlichen gestärkt werden. Die „Landjahralben“ dokumentieren das gesamte Leben im Jugendlager. Dazu gehörten die Arbeitseinsätze in der Landwirtschaft, Sportveranstaltungen und die häufig unternommenen Fahrten. Anhand der Alben kann man auch nachvollziehen, dass die militärischen Elemente - Aufmärsche, Appelle etc. - das Landjahr stark bestimmt haben. Für die Digitalisierung wurden zwei Fotos eines dieser Alben ausgewählt, auf denen die Fahrten einer Mädchengruppe dokumentiert sind. Diesen Fahrten kam ein umfassender Stellenwert im pädagogischen Konzept des Landjahres zu¹³.

Auf dem ersten Foto (Abb. 1) bricht eine Mädchengruppe im Jahr 1942 zu ihrer ersten gemeinsamen Fahrt, der mehrtägigen Pfingstfahrt,



Abb. 2: Bundesarchiv, Bild 116-293-39

auf. Als Fortbewegungsmittel für die erste Etappe wurde ein LKW eingesetzt.

Das zweite Foto (Abb. 2) zeigt Mädchen derselben Gruppe bei einer Wanderung. Sie haben während ihrer mehrwöchigen „Großfahrt“ auch das Hermannsdenkmal bei Detmold besucht, das schon in der Weimarer Zeit ein „Pilgerort“ nationalkonservativer Vereine und antidemokratischer Parteien und Gruppierungen war. Folglich verwundert es nicht, dass die Nationalsozialisten einen Besuch dort in ihr „Bildungsprogramm“ für das Landjahr aufgenommen haben. Die Alben der Landjahr-Bewegung können einen großen Beitrag zur Erforschung der Jugendarbeit im Nationalsozialismus leisten.

Einen ähnlich hohen Quellenwert haben die fünfzig privaten Fotoalben aus dem Ersten Weltkrieg, meist aus Flandern oder Frankreich. Man kann sie sich als bildliche Ergänzungsüberlieferung zu den Feldpostbriefen vorstellen, die in den letzten Jahren so intensiv erforscht wurden¹⁶. Zusammen mit den

men mit den Briefen legten sie für den Soldaten und seine Familie Zeugnis von seinen Kriegserlebnissen ab. Die Alben liefern uns die private Kriegschronik mehrerer Offiziere und Frontsoldaten. Darin mischen sich die Fotopostkarten der Feldfotografen mit den persönlichen Aufnahmen der einzelnen Soldaten. Es sind immer wieder die-selben Themen zu erkennen: Zerstörungen von Gebäuden und ganzen Straßenzügen werden dokumentiert, Soldaten in den Schützengräben, in Unterständen, die Schlachtfelder und Soldatengräber sind abgebildet, aber auch Feiern der Soldaten, vor allem Weihnachtsfeiern, sind ein immer wiederkehrendes Motiv. Aus den fünf privaten Alben des Oberstleutnants Grahl¹⁷, der am Frankreichfeldzug teilgenommen hat, wurden zwei Fotos für die Bilddatenbank digitalisiert.

Auf dem ersten Bild (Abb. 3) wird ein Ausschnitt aus dem Alltag der Soldaten sichtbar: Man sieht eine Feldküche in Flandern im Jahr 1915. Auf der Baracke findet sich die Aufschrift: „Englische Flieger, Vorsicht! Hungerabwehr-Kanone“. Das zweite Bild (Abb. 4) zeigt die Kirche der französischen Stadt Erquinghem, die nach der Beschießung durch Engländer 1918 als Feldlazarett umfunktioniert wurde. Die teilweise verschütteten Feldbetten im Innern des Kirchengebäudes verdeutlichen sehr anschaulich die Absurdität des Krieges.

Außer den beschriebenen thematischen Schwerpunkten beinhaltet die Sammlung der Fotoalben noch Bilder zu zahlreichen weiteren Themen der deutschen Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts. Die thematische Vielfalt des Bestan-



Abb. 3: Bundesarchiv, Bild 116-318-06



Abb. 4: Bundesarchiv, Bild 116-321-659

des, die darin enthaltenen unterschiedlichen Typen von Fotoalben sowie deren verschiedene Provenienzen machen den Bestand Bild 116 zu einem wertvollen Fundus für Forscher und die interessierte Öffentlichkeit. Durch die Verbesserung des Erschließungszustands und die beabsichtigte Erstellung eines Online-Findbuchs ist eine intensivere Benutzung der Alben und der in ihnen enthaltenen Bildinformationen zu erhoffen.

Christiane Mayr

Anmerkungen

- 1) Vgl. zur Quellengattung „Fotoalbum“ Ellen Maas (Hg.): Das Photoalbum 1858-1918. Eine Dokumentation zur Kultur- und Sozialgeschichte. Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 26. März – 15. Juni 1975, München 1975. „Knipser. Die Bildgeschichte der privaten Fotografie in Deutschland und Österreich von 1880 bis 1980“ (Katalog). München 1995. Die Literatur zum Themenbereich „Fotografien als historische Quelle“ ist sehr umfangreich. Exemplarisch sei genannt: Wolf Buchmann, Bilder in Archiven. Empfehlungen für den Umgang mit historischen Fotografien, in: Gisela Müller (Hg.): Ein Jahrhundert wird besichtigt. Momentaufnahmen aus Deutschland. Bilder aus dem Bundesarchiv, Koblenz 2004, S. 27-41. Literaturhinweise finden sich auf der Homepage des Arbeitskreises Historische Bildforschung <<http://www.rz.uni-hamburg.de/Bildforschung>>.

- 2) Bild 116 Album Nr. 357.
- 3) Bild 116 Album Nr. 471.
- 4) Vgl. die Begriffsdefinition bei Angelika Menne-Haritz: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie, Marburg 1999 (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Bd. 20), S. 79.
- 5) Vgl. zur Bestandsgeschichte des Bildarchivs des Bundesarchivs Michael Hollmann: Das Bildarchiv des Bundesarchivs. Ein Überblick, in: Gisela Müller (Hg.): Ein Jahrhundert wird besichtigt. Momentaufnahmen aus Deutschland. Bilder aus dem Bundesarchiv, Koblenz 2004, S. 8-26, hier S. 8-11.
- 6) Beispielsweise aus den Nachlässen von Theodor Heuss (Bild 116 Alben Nr. 28-31) und von Walter Hallstein (Bild 116 Alben Nr. 33-67).
- 7) Vgl. die wesentlich umfangreichere und zeitaufwendigere Inventarisierung anhand eines selbst erarbeiteten Formulars bei Timm Starl: Zur Inventarisierung von Fotoalben, in: Rundbrief Fotografie, N.F. 9 (1996), S. 29-33 <<http://www.foto.unibas.ch/~rundbrief/les90901.htm>>.
- 8) Bild 116 Album Nr. 20.
- 9) Bild 116 Album Nr. 120.
- 10) Bild 116 Album Nr. 15.
- 11) Bild 116 Alben Nr. 242-293 und 332-334.
- 12) Vgl. Edith Niehuis: Das Landjahr. Eine Jugenderziehungseinrichtung in der Zeit des Nationalsozialismus, Nörten-Hardenberg 1984.
- 13) Vgl. ebd., S. 249.
- 14) Vgl. ausführlich zu den „Großfahrten“ der Landjahrgruppen Niehuis, Landjahr, S. 249-255.
- 15) Vgl. Ragna Boden: Turbulente Zeiten. Erster Weltkrieg, Revolution und Weimarer Republik in Detmold, in: Dies./Christine Mayr / Christoph Schmidt / Thomas Schwabach: Eine Stadt im Bild: Leben in Detmold 1914-1933. Fotoausstellung des Staats- und Personenstandsarchivs Detmold, Detmold 2004 (Veröffentlichung der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe D, Heft 32), S. 41-53, hier S. 47-48 und Christoph Schmidt: Das kulturelle Leben in Detmold 1914-1933, in: ebd., S.55-67, hier S. 62.
- 16) Vgl. Bernd Ulrich: Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914-1933, (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F. 8), Essen 1997. Feldpostbriefe - Lettres de poilus »... wer fällt, der stirbt den Heldentod« <<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/feldpost/>>. - <<http://www.feldpost-archiv.de>>] Vgl. auch die Ergebnisse des Sonderforschungsbereiches 437 an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen: „Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“, <<http://www.uni-tuebingen.de/SFB437>>.
- 17) Bild 116 Alben Nr. 318-322.

Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt. Eine unterschätzbare Einrichtung und ihre Überlieferung im Bundesarchiv

Der Versuch, die betont fachorientierte, aus heutiger Sicht tiefstaplerische, verharmlosende, ja bedeutungsverschleiende Bezeichnung „SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt“ (SS-WVHA) in ihrem realen Begründungszusammenhang sichtbar zu machen und gleichsam vom Kopf auf die Füße zu stellen, ist ein lohnenswertes Anliegen. Verbirgt sich hinter dieser Bezeichnung doch jene Einrichtung, die bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland und den deutsch besetzten bzw. dominierten Teilen Europas operierte als zentrale Lenkungsbehörde

- des nationalsozialistischen Konzentrationslager- und Vernichtungslagersystems,
- der Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge,
- der weitgehend als ökonomischer Konzern organisierten SS-Wirtschaft,
- des expansiven Bauwesens der SS und
- der Verwaltung und Bewirtschaftung der gesamten SS, insbesondere der bewaffneten SS-Truppen.

Bereits vor diesem skizzenhaften Hintergrund wird deutlich, dass die Tätigkeit des SS-WVHA über dieses Hauptamt selbst, aber auch über die SS als Rahmenorganisation hinaus im Gesamtsystem des nationalsozialistischen Staates wirksam war und die Begriffe „Wirtschaft“ und „Verwaltung“ in vieler Hinsicht transzendierte.

Dies an diesem Ort zu vergegenwärtigen, besteht Anlass: Nahezu 50 Jahre, nachdem erstmals Dokumente des SS-WVHA ins Bundesarchiv gelangten, konnte nunmehr das Findbuch zum Bestand NS 3 SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt abgeschlossen und Ende 2005 im Druck und im Internet publiziert werden¹. Damit ist es der Öffentlichkeit - nicht nur den Benutzern in den Räumen des Bundesarchivs - möglich, sich einen detaillierten Überblick zur Überlieferung eines unverzichtbaren Quellenfundus für die Rekonstruktion der historischen Entwicklung von SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung und auch für Interpretationen zur Gesamtgeschichte der SS und des NS-Staates zu verschaffen.

Im Quellenmosaik des Bestandes NS 3 finden sich neben Beschreibungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen von KZ-Häftlingen und deren Zwangsarbeit in SS-eigenen Betrieben sowie in

der SS-externen privaten und staatlichen Rüstungsindustrie unter vielem anderen Personalangelegenheiten von SS-Angehörigen, auch von weiblichem SS-Personal. Die unterirdische Verlagerung der Rüstungsproduktion, der Bau von Konzentrationslagern, SS-Unterkünften und Polizeilagern sind ebenso belegt wie die „Arisierung“ und „Verwertung“ des Eigentums von Juden mit den entsprechenden Finanztransaktionen und die Finanzierung und das Haushaltswesen der SS. Ferner erhalten Benutzer Aufschluss über die kulturhistorische Stiftungsarbeit der SS und deren Engagement im Buch- und Bildwesen. Auch zu eher unerwarteten Themen wie der SS-Expansion auf dem Mineralwassermarkt und den Aktivitäten der SS im Patentwesen, etwa auf dem Gebiet der Fahrradpedalrückstrahler, sind Dokumente vorhanden. Die exemplarische Anführung dieser nur scheinbar unzusammenhängenden Elemente bedarf einiger einordnender Überlegungen.

Im kollektiven Bewusstsein ist die SS, deren Personalbestand sich seit der Gründung als „Stabswache“ im März 1923 bis Juni 1944 auf nahezu 800.000 erhöhte, weitgehend verankert als das entscheidende Terror- und Vernichtungsinstrument des nationalsozialistischen Staates, das mit dem monströsen System der Konzentrations- und Vernichtungslager neben seinem umfassenden politischen Verfolgungsauftrag den rassenideologisch begründeten Völkermord an Juden, an Sinti und Roma und anderen stigmatisierten Bevölkerungsgruppen im deutschen Herrschaftsbereich vollstreckte.

Weniger bekannt ist bereits die Voraussetzung dieser Entwicklung: die radikale Vereinnahmung der staatlich-polizeilichen Exekutive durch die SS und die schrittweise Isolierung der Polizeigewalt von der Normenkontrolle der Rechtsprechung. Seit 1933/34 übernahm die SS nicht nur polizeiliche, sondern mit der Waffen-SS und deren Vorläufern auch militärische Exekutivbefugnisse des Staates. In der nationalsozialistischen Rassen-, Volkstums- und Siedlungspolitik, die in der SS bereits seit 1932 mit den Funktionsvorgängern des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS institutionalisiert war, agierte der Reichsführer-SS Heinrich Himmler seit Oktober 1939 in seiner neuen Funktion als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums als

der ausschlaggebende Machtfaktor. Die deutsche Kultur- und Wissenschaftspolitik wurde von der SS seit den dreißiger Jahren vornehmlich mit Hilfe der „Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ e.V.“ beeinflusst.

Die SS diene als bedingungsloses Machtinstrument des Führerwillens und als wichtigstes Trägerorgan der nationalsozialistischen Ideologie; sie konnte zudem im Herrschaftsinteresse Hitlers als vielseitig einsetzbare Alternativinstanz im Bedarfsfall Anpassungsdruck auf konkurrierende Kompetenzträger ziviler und militärischer Provenienz ausüben. Die hier nachgezeichnete Entwicklung lässt erkennen: Die Wirtschaft war im Gesamtrahmen der von der SS angeeigneten Zuständigkeitsbereiche nur ein Ausschnitt, dem allerdings in der zweiten Kriegshälfte herausgehobene Bedeutung zukam.

Wirtschaftliche Aktivitäten

Der wirtschaftlichen Betätigung der SS lagen verschiedenartige, teils miteinander unvereinbare Motive zugrunde. Neben Zielsetzungen der ideologischen Selbstdarstellung jenseits aller Gewinnerwartungen traten Selbstversorgungs- und Autarkieplanungen wie auch schrankenlose wirtschaftliche Ausdehnungstendenzen. Parallel dazu richtete sich seit 1940/41 auch die SS an der Perspektive einer künftigen Friedenswirtschaft in der Absicht aus, sich anderen Interessenten gegenüber vorteilhafte Optionen zu sichern.

Das ökonomische Handeln der SS war in der Anfangsphase nicht von den Grundsätzen der Umsatz- und Gewinnmaximierung dominiert. Über die vor allem lagerintern ausgerichteten Werkstattbetriebe in den Konzentrationslagern hinaus gründete bzw. übernahm die SS seit 1934 Gesellschaften, Vereine und Stiftungen ideologisch-repräsentativer und kulturell-historischer Art. 1938/39 wurden im Zeichen der forcierten wirtschaftlichen und politischen Kriegsvorbereitung und der aus ideologischen Gründen gleichwohl vorangetriebenen städtebaulichen Großprojekte des Regimes mit der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH und der Deutschen Ausrüstungswerke GmbH die beiden vorerst größten und bedeutendsten SS-Unternehmen gegründet.

Die mit dem Kriegsbeginn verbundenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Ausbauperspektiven der SS hatten im Juli 1940 die Errichtung der Deutschen Wirtschaftsbetriebe GmbH (DWB) zur Folge. Die in diese Holding-Gesell-

schaft eingeführten SS-Unternehmen bildeten Tochtergesellschaften des nun etablierten SS-Konzerns. Zahlreiche Gesellschaften höchst verschiedener Wirtschaftsbranchen mit einer Vielzahl von Betrieben waren im DWB-Konzern formiert. Zudem wurden nicht wenige weitere Gesellschaften, Stiftungen, Vereine und Vermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit unter der Dienstaufsicht des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes geführt.

Nach dem Ende der „Blitzkriege“ 1941/42 wurde das Wirtschaftspotential der SS in die Rüstungsproduktion einbezogen. Die Wirtschaftsverwaltung der SS trieb seit 1942 die Umstellung der SS-Unternehmen auf Rüstungsprojekte voran. Im Gesamtspektrum der SS-Wirtschaft wurde ein erheblicher Anstieg der Umsätze seit 1941 und der Gewinne seit 1943 registriert. Indessen scheiterte die von der SS-Führung umfassend anvisierte eigenständige Etablierung der SS in der industriellen Rüstungsendfertigung an spezifischen Mängeln der SS-Wirtschaft, vor allem aber am Widerstand der staatlichen und der privaten Rüstungsindustrie, militärischer Kriegswirtschaftsinstanzen, des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und der von ihm gesteuerten staatlich-industriellen Rüstungsorganisation.

Der selbständige Beitrag der SS-eigenen Betriebe zur deutschen Rüstungsendfertigung blieb begrenzt. Die rüstungswirtschaftliche Funktion der SS bestand vorwiegend in der Bereitstellung zusätzlicher Arbeitskräfte für die SS-externe Rüstungsindustrie. Gleichwohl behauptete die SS ihre alleinige Kontrolle über den wichtigsten ihrer Produktionsfaktoren, die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge, und stellte darüber hinaus sicher, dass die Häftlingszwangsarbeit auch in den SS-externen Rüstungsbetrieben den von der SS definierten Bedingungen des KZ-Wesens angeglichen wurde.

Die Zielsetzung einer ungeteilten Führungsrolle der SS-Wirtschaft und des SS-WVHA im Gesamtbereich der deutschen Kriegswirtschaft wurde vom nationalsozialistischen Regime als unrealistisch eingeschätzt und nicht angestrebt. Es war vielmehr an der effizienten rüstungswirtschaftlichen Ausbeutung und Verwertung der Häftlingszwangsarbeit sowie an dem politischen und ökonomischen Anpassungsdruck interessiert, der von der SS-Wirtschaft als Alternativpotential auf die staatlich-industriellen Len-

kungsorgane der Kriegswirtschaft und auf Führungskräfte in der industriellen Produktion ausging.

Komplexe Organisation

Die SS-Wirtschaft und das Verwaltungswesen der SS institutionalisierten sich von 1932 bis 1942 außerordentlich kompliziert in folgenden, hier nur summarisch zu benennenden und jeweils von Oswald Pohl geführten Einrichtungen: Verwaltungsamt-SS, Verwaltungschef der SS, Reichskassenverwalter der SS, Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft, Hauptamt Haushalt und Bauten.

Das am 1. Februar 1942 errichtete SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt blieb bis zum Ende des Krieges die Zentralinstanz der SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. Als Chef des SS-WVHA wurde Pohl am 20. April 1942 zum SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS befördert. Das SS-WVHA war seit März 1942 in die fünf Amtsgruppen A Truppenverwaltung, B Truppenwirtschaft, C Bauwesen, D Konzentrationslager und W Wirtschaftliche Unternehmen gegliedert. Die Amtsgruppe W bestand aus den fachlich nach Wirtschaftsbranchen strukturierten Ämtern W I bis W VIII mit den in ihnen verwalteten wirtschaftlichen Unternehmen der SS; diese waren u.a. in der Baustoff-, vor allem der Stein- und Ziegelproduktion, der Holzbearbeitung, der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft, der Textil- und Lederverwertung angesiedelt.

Innerhalb des SS-WVHA war der Chef (des Stabes) W und der von ihm geführte Stab W für die Überwachung, Koordinierung und Beratung der W-Ämter und der W-Unternehmen zuständig. Der Chef W war wirtschaftlicher Berater des SS-WVHA-Chefs Pohl. Der Stab W war organisatorisch und personell mit der DWB GmbH verschränkt. Eine organisatorische Zwitterstellung hatte die Amtsgruppe W. Die zu ihr gehörenden SS-Angehörigen fungierten für die entsprechenden SS-Gesellschaften - ungeachtet ihrer SS-amtlichen Unterstellung unter Pohl als SS-General und Chef des SS-WVHA - formell SS-extern im nicht-behördlichen und nicht partei- bzw. SS-amtlichen Angestellten- oder Bevollmächtigtenverhältnis nach Handelsrecht. Die W-Ämter waren vom SS-WVHA räumlich getrennt.

Die Konzerngesellschaft DWB GmbH und die meisten anderen SS-Unternehmen wurden von SS-Angehörigen handelsrechtlich als Privatpersonen mit Zivilberufen oder durch handelsrechtlich verfasste SS-Gesellschaften gegründet, erworben oder übernommen. Als natürliche und juristische Personen zeichneten sie die eingebrachten Stammkapitaleinlagen. Die tatsächliche Herkunft des Eigenkapitals der DWB GmbH ist allerdings nicht rechtsgültig niedergelegt worden; daher sind entsprechende Mehrheitsverhältnisse sowohl des Reiches als auch der NSDAP konstruierbar.

Pohl leitete den DWB-Konzern als alleiniger Gesellschafter und alleinvertretungsberechtigter erster Geschäftsführer treuhänderisch für den Reichsführer-SS. Im Oktober 1943 bot Pohl dem RFSS oder einem von diesem zu benennenden Dritten notariell die Abtretung der von Pohl lediglich als Treuhänder gehaltenen Eigenkapitalanteile der DWB GmbH und der Ostindustrie GmbH (Osti) an. Die bei der Organisation der SS-Wirtschaft erkennbaren inoffiziellen, freiwilligen Treuhandverhältnisse wurden eingegangen, weil die SS als NSDAP-Gliederung und der Reichsführer-SS keine autonomen Rechtspersönlichkeiten und Vermögensträger sein konnten und darüber hinaus im deutschem Handelsrecht treuhänderische Gesellschaftsgründungen und Kapitaleinlagen nicht vorgesehen waren.

Indem die SS-Führung den wichtigsten Anteil der SS-Wirtschaft nicht als Reichs- oder als Parteigesellschaft, sondern in der Form eines privatwirtschaftlichen Konzerns außerhalb des unmittelbaren institutionellen Gefüges der SS verankerte, schuf sie die Voraussetzungen zur langfristigen ökonomischen Verselbständigung der SS und zur Immunisierung der SS-Wirtschaft gegen Interventionsmöglichkeiten des Staates und der Partei oder privatwirtschaftlicher Interessenvertreter. Die Finanzbehörden des Staates und der Reichsschatzmeister der NSDAP haben den privatwirtschaftlichen Hintergrund des handelsrechtlich fundierten DWB-Konzerns berücksichtigt und vermögensrechtliche Ansprüche gegen die DWB GmbH, die sich etwa auf die als Eigenkapitaleinlagen der Gesellschaft eingebrachten Reichs- und Parteimittel hätten erstrecken können, nicht gestellt.

Bestand und Überlieferung

Die heute im Bestand NS 3 SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt formierten und in Berlin-Lichterfelde benutzbaren Unterlagen gelangten größtenteils im Rahmen zahlreicher Rückführungen beschlagnahmten Schriftguts aus dem Gewahrsam unterschiedlicher US-amerikanischer Einrichtungen seit 1958 und insbesondere in den Jahren 1962 und 1966 ins Bundesarchiv.

Ein sehr geringer Teil derjenigen Unterlagen, die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR archiviert wurden und mit der deutschen Einheit auf das Bundesarchiv übergegangen sind, konnte im Jahre 2004 nach Provenienzprinzip dem Bestand NS 3 zugeführt werden. Ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß dieses Schriftgut vormals von sowjetischer Seite beschlagnahmt und später an DDR-Stellen abgegeben worden ist, bleibt ungeklärt.

Den mengenmäßigen Schwerpunkt der Überlieferung des Bestandes NS 3 bilden die in der Amtsgruppe W Wirtschaftliche Unternehmungen des SS-WVHA entstandenen Unterlagen. Somit liegt für die SS-Wirtschaft einschließlich der DWB GmbH und des Stabes W eine im Vergleich zu Überlieferungen anderer Bereiche der SS-Geschichte außerordentlich dichte und aussagefähige archivalische Quellenbasis vor.

Von erheblicher Bedeutung sind die Lücken in den Überlieferungen der Amtsgruppen C Bauwesen und D Konzentrationslager, die nur unzureichend durch Ergänzungsüberlieferungen kompensiert werden können. Immerhin gelang es, dem Bestand NS 3 eine Häftlingskartei mit nicht weniger als ca. 116.000 Häftlingskarten zuzuführen, die sich bis zur deutschen Einheit 1990 in der Zuständigkeit des Dokumentationszentrums der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR befand. Im Vergleich mit den Amtsgruppen C und D können die bei den Amtsgruppen A Truppenverwaltung und B Truppenwirtschaft feststellbaren ebenfalls größeren Überlieferungslücken angesichts der Zuständigkeiten dieser beiden Amtsgruppen von der historischen Forschung mit einiger Gelassenheit hingenommen werden. Ob die hier angeführten Überlieferungsverluste in der Kriegs- oder aber erst in der Nachkriegszeit, d.h. vor der Übergabe der erhalten gebliebenen Unterlagen ans Bundesarchiv, eingetreten sind, lässt sich nicht feststellen.

Zahlreiche und bedeutende Facetten etwa des Konzentrationslagerwesens und zum Schicksal der Häftlinge in den Konzentrationslagern sind nicht ausschließlich in Unterlagen der Amtsgruppe D, sondern auch im Schriftgut der übrigen Amtsgruppen des SS-WVHA, insbesondere auch der detailliert überlieferten Amtsgruppe W, nachgewiesen.

Der übergeordnete Quellenwert der Archivalien des Bestandes NS 3 ließ eine „tiefe“ Erschließung geboten erscheinen. Daher sind die Verzeichnungseinheiten häufig nicht nur mit ausführlichen Titeln, sondern vielfach auch mit mehreren und ihrerseits detailorientierten Enthalt-Vermerken erschlossen. Im gedruckten Publikationsfindbuch erleichtern Indices, vor allem ein umfangreicher Sachindex, die Nachforschungen.

Ergänzungsüberlieferungen

Die wichtigste archivalische Ergänzungsüberlieferung des Bestandes NS 3 ist zweifellos der Bestand Persönlicher Stab Reichsführer-SS (NS 19), der bei einer Auswertung des Bestandes NS 3 routinemäßig parallel benutzt werden sollte. Dies gilt in zweiter Linie für die Bestände SS-Hauptamt (NS 31), SS-Führungshauptamt (NS 33), SS-Personalhauptamt (NS 34), Konzentrationslager (NS 4), Rasse- und Siedlungshauptamt-SS (NS 2), SS- und Polizeigerichtsbarkeit (NS 7), Ahnenerbe (NS 21) und Sonstige zentrale Dienststellen und Einrichtungen der SS (NS 48). In diesem Kontext ist - für vertiefende Recherchen je nach Forschungsinteresse - auch zu denken an die Bestände Reichssicherheitshauptamt (R 58), Reichsministerium des Innern (R 1501), Hauptamt Ordnungspolizei (R 19), Polizeidienststellen in den eingegliederten und besetzten Gebieten (R 70), Reichsschatzmeister der NSDAP (NS 1), Reichsfinanzministerium (R 2), Reichswirtschaftsministerium (R 3101), Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (R 3), Reichsorganisationsleiter der NSDAP (NS 22), Reichskanzlei (R 43), Reichsjustizministerium (R 3001) und Partei-Kanzlei der NSDAP (NS 6).

Als archivalische Ergänzungsüberlieferungen sind ferner zu berücksichtigen die weitgehend personenbezogenen Sammlungen des Bundesarchivs (ehem. Berlin Document Center) in Berlin-Lichterfelde, die heute im Bundesarchiv in Hoppegarten befindlichen Bestände des ehe-

maligen Dokumentationszentrums der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR und jene ebenfalls in Hoppegarten vorliegenden Unterlagen, die vormals vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR archiviert worden sind, daneben auch die personenbezogenen Nachweissysteme der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

In beachtenswerter Weise ergänzt werden die im Bestand NS 3 vorliegenden Archivalien der Amtsgruppe D (Konzentrationslager) des SS-WVHA durch den im Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (ehemaliges Sonderarchiv) in Moskau befindlichen Bestand Konzentrationslager und Kriegsgefangenenlager in Deutschland (Fond 1367). Dort sind außerdem im Bestand Zentralbauleitung der Waffen-SS und der Polizei in Auschwitz (Fond 502, 7310 Archivalieneinheiten), vereinzelt auch im Bestand Fürsorge- und Versorgungsdienststellen der Waffen-SS (Fond 1372) wichtige Hinweise zur Tätigkeit der Amtsgruppe C (Bauwesen) des SS-WVHA zu finden.

Hinsichtlich einschlägiger Ergänzungsüberlieferungen ist schließlich auf den Nürnberger US-Nachfolgeprozess, Fall IV (Pohl-Prozess) hinzuweisen. Die in ihm verwendeten Dokumente sind in unterschiedlicher Auswahl in zahlreichen Archiven zugänglich, u.a. im Bundesarchiv, an den Standorten Koblenz und Berlin-Lichterfelde, im Staatsarchiv Nürnberg und in den National Archives and Records Administration, Washington, DC. In der Außenstelle Ludwigsburg des Bundesarchivs befinden sich u.a. Vorermittlungsakten zu Angehörigen des ehemaligen SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt.

Walter Naasner

Anmerkung

1) Siehe SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt: Bestand NS 3, bearbeitet von Walter Naasner, Koblenz 2005 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 109, 488 S.). Das Online-Findbuch zum Bestand NS 3 siehe unter www.bundesarchiv.de.

Literaturhinweise

Georg, Enno: Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963.

Henke, Josef: Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme - Rückführung - Verbleib, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30/1982, S. 557-620.

Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.

Naasner, Walter: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.

Naasner, Walter: SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. „Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen“ und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998.

Pingel, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14.11.1945 - 1.10.1946, Bd. I-XLII, Nürnberg 1947 ff.

Schulte, Jan Erik: Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS: Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945, Paderborn (u.a.) 2001.

Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10. Nuernberg, October 1946 - April 1949, Bd. 5: The Pohl-Case, Washington, DC 1950.

Tuchel, Johannes: Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 1934-1938, Boppard am Rhein 1991.

Tuchel, Johannes: Die Inspektion der Konzentrationslager 1938-1945. Das System des Terrors. Eine Dokumentation, Berlin 1994.

Wegner, Bernd: Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933-1945. Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn 1982 (⁴1990).

Bewertung von Eingaben der Bürger an den Präsidenten der DDR - Bestand DA 4 Präsidialkanzlei

Das Eingabenwesen spielte in der DDR eine große Rolle. Bereits in der ersten Verfassung vom 7. Oktober 1949 war festgelegt, dass jeder Bürger „das Recht und die Pflicht der Mitgestaltung“ hatte sowie berechtigt war „Eingaben an die Volksvertretungen zu richten“¹. In der „Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen“ vom 6. Februar 1953², die das Verfahren der Bearbeitung der Eingaben erstmals näher regelte, wurden die „örtlichen Staatsorgane“ als Ansprechpartner benannt. In der Hoffnung, schneller Hilfe zu bekommen, wandten sich die Bürger unter Umgehung der kommunalen Instanzen vielfach direkt an den obersten Repräsentanten des Staates, den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck³.

Für die Bearbeitung dieser Eingaben wurde in der Präsidialkanzlei eine spezielle Beschwerdeabteilung eingerichtet (später Korrespondenzabteilung bzw. Hauptabteilung Fragen der Bürger). Der Posteingang der Präsidialkanzlei betrug zwischen 1950 und Juni 1959 insgesamt 1.586.419 Briefe, wovon etwa 600.000 Eingaben waren. In seiner gesamten Amtszeit dürfte der Präsident von 1949 bis 1960 schätzungsweise 750.000 Eingaben erhalten haben. Ab dem 21. September 1950 hatten die Bürger zusätzlich die Möglichkeit, persönlich bei Wilhelm Pieck vorzusprechen. Im Haus der Ministerien in Berlin in der Leipziger Straße wurde das „Büro für Öffentliche Sprechstunden beim Präsidenten“ eröffnet. Von der Möglichkeit, Eingaben auch

mündlich vorzutragen, machten zwischen September 1950 und Juli 1959 fast 25.000 Bürger Gebrauch⁴.

Die Akten der genannten Abteilungen sind bis heute weitestgehend im Bestand DA 4 Präsidialkanzlei vorhanden und haben einen Gesamtumfang von ca. 250 lfm. (= 5.961 Akteneinheiten). Neben diesen Eingabenakten liegen im Bestand auch Eingabenanalysen und -berichte vor.

Eingaben an den Vorsitzenden des Staatsrats und die Volkskammer

Wilhelm Pieck starb nach langer Krankheit im September 1960. Im gleichen Jahr wurde der Staatsrat der DDR gegründet, dessen Vorsitzender nun als Staatsoberhaupt fungierte und somit Hauptadressat für Eingaben von Bürgern wurde⁵. Der Erlass des Staatsrates über die Eingaben der Bürger vom 27. Februar 1961 ersetzte die Verordnung von 1953.

Während die Eingaben an den Präsidenten relativ vollständig zu sein scheinen, stellt sich im Bestand DA 5 Staatsrat der DDR eine andere Überlieferungssituation dar: Die Eingaben an den Vorsitzenden des Staatsrats von 1985 bis März 1990, bei denen eine endarchivische Bewertung noch nicht stattgefunden hat, sind relativ vollständig vorhanden (insgesamt 282 lfm.). Demgegenüber sind die Jahrgänge 1960 bis 1984 bereits im Verwaltungsarchiv des Staatsrates bewertet und in erheblichem Maße durchkassiert worden. Damals wurden für den Zeitraum 1960 bis 1970 ausgewählte Kreise, aus den Jahren 1971 bis 1984 jeweils der erste laufende Meter archiviert. Diese Auswahlmethoden sind gewiss kritisch zu betrachten, für eine etwaige politische Motivation konnten jedoch keinerlei Hinweise festgestellt werden. Für die Jahre 1960 bis 1984 sind somit noch 15 lfm. vorhanden. Zusammen mit den 282 lfm. der Jahrgänge 1985 bis 1990 beläuft sich die Gesamtsumme der im Bestand DA 5 vorhandenen Eingaben auf zur Zeit 297 lfm.



Beispiel eines Eingangsregistrierungsstempels der Präsidialkanzlei mit Zuschreibung an die Sachgebietsgruppe FVI.

Bundesarchiv, DA 4/ vorl. 1902

Bürger konnten sich auch direkt an die Volkskammer der DDR wenden. Im Vergleich zum Staatsoberhaupt (Präsident der DDR, dann Vorsitzender des Staatsrates) ging dort zwischen 1949 und 1990 eine weitaus kleinere Anzahl von Eingaben ein. Im Bestand DA 1 Volkskammer der DDR sind etwa 780 Eingabenakten vorhanden, die insgesamt einen Umfang von ca. 80 lfm. haben. Allerdings ist diese Überlieferung unvollständig: Aus sechs Jahren sind überhaupt keine Eingaben vorhanden. Eine genauere Analyse der im Verwaltungsarchiv der Volkskammer stattgefundenen Bewertung der Eingaben war bisher noch nicht möglich.

Eingaben an die Präsidialkanzlei: Erste Schritte der Bearbeitung

Die Eingabenakten im Bestand Präsidialkanzlei waren bisher nicht zugänglich, da keinerlei Findmittel (Eingabekarteien oder Abgabeverzeichnisse) existierten und die Akten zum größten Teil weder signiert noch erschlossen waren. Hauptinhalte der Eingaben sind nicht politische Forderungen oder Kritik am System, sondern die ganze Palette sogenannter Alltagsprobleme der Bürger⁶. Die Präsidialkanzlei sah sich aufgrund der Eingabenflut zunehmend zur Entwicklung formalisierter und standardisierter Bearbeitungsverfahren gezwungen⁷.

Die Wertigkeit der Eingabenüberlieferung beim Präsidenten ist daher heute durchaus differenziert zu betrachten. Es lag nahe, sich über eine Auswahlarchivierung Gedanken zu machen, die

mit statistischen Methoden durch Ziehung einer repräsentativen Stichprobe bestimmt werden kann⁸.

Grundvoraussetzung für eine sachgerechte archivarische Bewertung war zunächst eine Sichtung und Erfassung der Akteneinheiten, da Ablieferungsverzeichnisse nicht existierten und über die Aktenbildung und Aktenstrukturen keine Erkenntnisse vorlagen.

Erste Informationen über die inhaltlichen Schwerpunkte der Eingaben konnten aus den im Aktenbestand ermittelten Eingabenanalysen und -berichten sowie aus den Jahresberichten der Präsidialkanzlei gewonnen werden. Bei der statistischen Erfassung standen die Themenkomplexe Wohnungswesen und Innerdeutsche Angelegenheiten an erster Stelle⁹.

Der gestörte Ordnungszustand der Eingabenakten der Präsidialkanzlei erforderte zunächst eine komplette Sichtung der Unterlagen am Bestand selbst. Dabei wurden von Januar bis März 2006 im Rahmen eines Azubi-Projektes¹⁰ alle 5.961 Eingabenakten signiert und einfach erschlossen. Eine Eingabenakte enthält in der Regel zahlreiche Eingabenvorgänge sowie den Schriftverkehr zur Bearbeitung der Eingaben. Die genannten Arbeitsschritte benötigten insgesamt 240 Arbeitsstunden. Aufgenommen wurden die Laufzeit und der Titel der Akte und soweit erkennbar auch die aktenführende Organisationseinheit. Es handelte sich in der Regel um Schriftwechselakten, die Jahrgangsweise alphabetisch nach Familiennamen geordnet waren. In Hin-

Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen. Vom 6. Februar 1953

Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und das Wachstum der gesellschaftlichen Aktivität der Werktätigen machen es dringend erforderlich, die Entfaltung der Kritik weitgehend zu fördern und den Kampf gegen Mängel und bürokratische Entstellungen im Staatsapparat sowie gegen Verletzungen der demokratischen Gesetzlichkeit mit aller Schärfe zu führen.

Dazu ist es notwendig, daß alle Organe der Staatsgewalt Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen, die auf Mängel und Entstellungen aufmerksam machen und deren Beseitigung dem weiteren Ansteigen unserer Erfolge dient, ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es wurde jedoch wiederholt festgestellt, daß Staatsfunktionäre die Bedeutung der Vorschläge und Beschwerden der Werktätigen für ihre Arbeit unterschätzen, formal behandeln oder überhaupt nicht beachten.

Um eine sorgfältige Behandlung und Auswertung der Vorschläge und Beschwerden zu gewährleisten, wird folgendes verordnet:

Präambel der Verordnung vom 6.2.1953. GBl. I. Nr. 19 vom 13.2.1953, S. 265

blick auf eine spätere quantitative Auswahl erfolgte die Verzeichnung in Excel-Tabellen.

Im Ergebnis der Bearbeitung konnte festgestellt werden, dass sich der Eingabenkomplex im Wesentlichen aus vier unterschiedlich großen Gruppen zusammensetzt:

1. Von Oktober 1949 bis Dezember 1951 wurden die Eingaben nach Sachgebietsgruppen, Jahrgangsweise und alphabetisch nach Familiennamen (204 Akten) sowie teilweise auch sachthematisch (41 Akten) abgelegt. Es sind Akten aus den Sachgebietsgruppen ASG - Arbeit, Soziales Gesundheit (119 Aktenbände), FVI - Finanzen, Volksbildung und Innere Angelegenheiten (80 Aktenbände) und WLH - Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung (56 Aktenbände) vorhanden, zusammen 4,3 % (entspricht ca. 11 lfm.)¹¹.
2. Von Januar 1952 bis September 1960 erfolgte die Aktenbildung nicht mehr nach Sachgebietsgruppen, sondern Jahrgangsweise in einer riesig großen alphabetischen Serie „Korrespondenzen“ nach Anfangsbuchstaben des Familiennamens. Diese Gruppe macht mit 5.204 Akten mehr als 87 % der Gesamtmenge aus (entspricht ca. 218 lfm.).
3. Das am 21. September 1950 eröffnete „Büro für Öffentliche Sprechstunden beim Präsidenten“ verfügte offensichtlich über eine eigene Registratur. Es sind 215 Akten aus der Zeit von September 1950 bis Dezember 1959 überliefert (3,6 %, entspricht ca. 9 lfm.).
4. Umfangreiche Einzeleingaben und Eingaben von Vielschreibern (259 Akten) wurden separat abgelegt (4,3 %, entspricht ca. 11 lfm.).

Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise

Bei den Eingabenakten handelt es sich um typische gleichförmige Massenakten, die vor allem für Sozialwissenschaftler von Interesse sein dürften, die oft mit einer Kombination aus qualitativen (Auswertung von Einzelfällen) und quantitativen Methoden (statistische Auswertung) arbeiten. Nicht zuletzt aus arbeitsökonomischen Gründen wird gerade bei Massenakten nicht mit der „Grundgesamtheit“ - also der ursprünglichen Gesamtmenge der Massenakten -,

sondern mit „repräsentativen Stichproben“¹² gearbeitet. Naheliegender Weise sollten auch nur solche Stichproben archiviert werden. In der mathematischen Statistik und in der quantitativen Forschung ist eine 95prozentige Sicherheitswahrscheinlichkeit bzw. Genauigkeit der Stichproben üblich und wissenschaftlich anerkannt. Der Umfang einer aussagekräftigen Stichprobe wird üblicherweise mit einer mathematischen Formel aus der Wahrscheinlichkeitstheorie berechnet¹³. Die repräsentative Auswahl sollte idealerweise mit dem Verfahren der einfachen Zufallsauswahl mit Hilfe einer sogenannten Zufallszahlentabelle festgelegt werden, die in Excel generiert werden kann¹⁴.

Diese vier Gruppen werden in unterschiedlicher Weise zu bewerten sein, wobei sich eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Verfahren anbietet:

1. Die sachthematisch gebildeten 41 Eingabenakten¹⁵ der Sachgebietsgruppen FVI und WLH der frühen Jahre (1949 bis 1951) sind bereits mit qualitativen Methoden fast vollständig als archivwürdig bewertet worden. Die übrigen 241 Eingabenakten aus diesen Sachgebietsgruppen sind dagegen Jahrgangsweise alphabetisch (nach Familiennamen) gebildet. Der unvollständige Jahrgang 1950 der Sachgebietsgruppe WLH sollte nicht zuletzt auch wegen der geringen Anzahl von nur 10 Akten komplett aufbewahrt werden. Bei den übrigen Jahrgängen der Eingabenakten aus den Sachgebietsgruppen empfiehlt sich eine statistische Auswahl.
2. Die große Aktengruppe der „Korrespondenzen“ - fast 90 Prozent der Gesamtmenge - setzt sich aus den unterschiedlich umfangreichen Jahrgängen 1952 bis 1960 zusammen (5.204 Akten, entspricht ca. 218 lfm.)¹⁶. Es ist zu vermuten, dass sich wichtige politische und gesellschaftliche Ereignisse (wie z. B. der 17. Juni 1953 mit Vorfeldrepressalien und anschließender Politik des Neuen Kurses, der XX. Parteitag der KPdSU und der Ungarnaufstand 1956 mit seinen Folgen sowie der rapide Anstieg der „Republikfluchten“ Ende der 1950er Jahre) adäquat in diesen großen Jahrgangsserien widerspiegeln, soweit nicht Eingaben zu diesen und ähnlichen Ereignissen direkt an die „Sicherheitsorgane“ weitergegeben wurden.

DER PRÄSIDENT
der
Deutschen Demokratischen Republik
Präsidialkanzlei

BERLIN-NIEDERSCHONHAUSEN
Ossietskystraße,

Telefon: 48 01 56

Datum des Poststempels

An den
Vorsitzenden des Rates des Kreises

Wir bitten Sie, die beigelegte Eingabe an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, mit deren Bearbeitung wir Sie betrauen, möglichst durch Ihre Dienststelle erledigen zu lassen. Der Einsender soll von Ihnen eine direkte und abschließende Benachrichtigung erhalten. Eine entsprechende Mitteilung haben wir ihm bereits gegeben. Die Bescheinigung Ihres Erledigungsschreibens, versehen mit dem Stempel Ihrer zuständigen Stelle und unserer Kontrollmarke, wollen Sie uns bitte beifügen. Wenn der Erledigungstermin aus besonderen Gründen von Ihnen nicht eingehalten werden kann, so muß der Präsidialkanzlei ein begründeter Zwischenbescheid mit endgültiger Entscheidung gegeben werden. Gleichzeitig ist der Einsender entsprechend zu benachrichtigen.

Das Ihnen für die Bearbeitung überlassene Schreiben an den Präsidenten ist eine Unterlage der Präsidialkanzlei und muß nach Erledigung an uns zurückgegeben werden. Etwaige Originaldokumente bitten wir, dem Einsender zurückzusenden.

Ausgefertigt:

Der Chef der Präsidialkanzlei

gez. Opitz

Staatsekretär

Anlagen

(Nur von der Präsidialkanzlei auszufüllen!)

Kontrollmarke — Geschäftszeichen

Bitte diesen Abschnitt abtrennen und auf den Durchschlag für die Präsidialkanzlei kleben.

Datum			

(Signum)

Anlagen

DZV 4558/52 Mi

39 a 481 391/52 DDR 6 42839

Zusammenstellung der geleisteten Arbeit der Präsidialkanzlei im Jahr 1952, S. 18: Beispiel eines gedruckten Formschreibens.
Bundesarchiv, NY 4036/773

Eine sachthematische oder (auf bestimmte Monate bezogene) chronologische Auswahl ist hier aufgrund der Art der Aktenbildung nicht möglich. Offensichtliche Häufungen von Eingaben zu bestimmten Zeitpunkten sind nicht unmittelbar erkennbar. Daher sollte hier eine repräsentative Auswahl getroffen werden, bei der davon auszugehen ist, dass sich beispielsweise die genannten Ereignisse in gleicher Weise nachweisen und dokumentieren lassen. Es gäbe die Möglichkeit, Jahrgangsweise eine sogenannte „geschichtete Zufallsauswahl“ zu treffen. Würde man mit der bereits erwähnten mathematischen Formel aus der Wahrscheinlichkeitstheorie für jedes der neun Jahre eine Berechnung durchführen, käme man in der Summe auf 1.901 Akten (36,5 %, entspricht ca. 79,5 lfm.). Wenn man den Umfang der zu ziehenden Zufallsstichprobe aus allen 5.204 Akten zusammen berechnet, erhält man dagegen ein Ergebnis von 370 Akten (7,1 %, entspricht ca. 15,5 lfm.). Die Archivierung einer so großen Stichprobe, wie am ersten Rechenbeispiel dargelegt, scheint allerdings nicht vertretbar. Schwankungen der Grundgesamtheit pro Jahr zwischen 341 und 758 Akten dürften es aber erlauben, die statistische Auswahl aus der Gesamtmenge zu bestimmen. Es wäre in Kauf zu nehmen, dass einzelne Jahrgänge in der Stichprobe etwas schlechter repräsentiert werden.

3. Bei den 215 Akten der Öffentlichen Sprechstunde von 1950 bis 1959 sollte ebenfalls eine statistische Auswahl getroffen werden. Würde die Stichprobe aus der Gesamtmenge von 215 Akten gezogen werden, hätte sie einen Umfang von 50 Akten (23,3 %, entspricht ca. 2 lfm.). Wegen der vergleichsweise geringen Aktenmengen erscheint es vertretbar, jedes Jahr für sich zu bewerten und somit einen höheren Prozentsatz auszuwählen. In diesem Fall würde der Umfang der Stichprobe auf 90 von 215 (41,9 %, entspricht ca. 3,8 lfm.) angewachsen, was angemessen scheint.
4. Ein Teil der Vielschreiber wurde von den Sachbearbeitern der Präsidialkanzlei als geistig verwirrt eingestuft, ihre Eingaben wurden unbeantwortet zu den Akten genommen. Daneben liegt eine Reihe umfangreicherer Einzelingabenvorgänge mit interessanten Inhalten vor. Dazu gehören vielfältige Verbesserungsvorschläge zum Beispiel aus Bereichen

der Industrie. Bei dieser Aktengruppe lag es nahe, eine qualitative Auswahl aussagekräftiger oder typischer Akten zu treffen. Als archivwürdig wurden 28 von 259 Akten bewertet (11 %, entspricht ca. 1,2 lfm.).

Wenn die quantitative Bewertung bzw. Stichprobenziehung wie beschrieben durchgeführt wird, bleiben von 5.961 Eingabenakten letztendlich 627 übrig (10,5 %). Der Gesamtumfang wird sich somit von ca. 250 lfm. auf ca. 26,5 lfm. reduzieren. Diese Größenordnung ist aus der Sicht des Archivars vertretbar und aus der Sicht des Benutzers auch eher zu bewältigen.

Es ist vorgesehen, die hier vorgestellten Arbeitsergebnisse, Schlussfolgerungen und Vorschläge innerhalb der Abteilung DDR zu diskutieren. Die statistische Auswahl und die notwendigen Kassationen sollen im Anschluss zeitnah durchgeführt werden. Gemeinsam mit den Sachakten zur Thematik werden dann die Eingabenakten in einem separaten Findbuch des Bestandes DA 4 Präsidialkanzlei zusammengefasst.

Ulf Rathje, Roswitha Schröder

Anmerkungen

- 1) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, Artikel 3 (Original-Ausfertigung: Bundesarchiv, DA 1/4000).
- 2) 116. Sitzung der Regierung der DDR am 06.02.1953: Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen vom 06.02.1953 (Beschluss in: Bundesarchiv, DC 20 – I/3 – 172; Ausfertigung in: DC 20 – I/3 – 420; in: GBl I Nr. 19 vom 13.02.1953, S. 265ff; Erlass des Staatsrates über die Eingaben der Bürger vom 27.02.1961, in: GBl Nr. 3 vom 03.03.1961, S. 7ff.
- 3) Pieck, Wilhelm (1876-1960): Tischler; Gewerkschaftler; 1895 Mitglied der SPD; 1917 USPD; 1918 Spartakusbund; seit 1919 führendes Mitglied der KPD, 1921-1928 und 1932-1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages, 1928-1933 Mitglied des Deutschen Reichstages, 1928-1943 Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI); 1933 Ausbürgerung und Emigration in die Tschechoslowakei, nach Frankreich und 1935 in die UdSSR; 1945 Rückkehr nach Deutschland; Vorsitzender des 1945 gebildeten Sekretariats des Zentralkomitees der KPD; 1946 Mitbegründer der SED und nach dem Vereinigungsparteitag KPD/SPD in Berlin gemeinsam mit Otto Grotewohl paritätischer Vorsitzender der SED bis 1954, Mitglied des Zentralsekretariates bzw. Politbüros des Parteivorstandes bis zu seinem Ableben; 1949 von der Provisorischen Volkskammer und Provisorischen Länderkammer der DDR zum Präsidenten der DDR gewählt; 1953 Beginn einer schweren Erkrankung und ab 1956 wegen erneut

verschlechtertem Gesundheitszustand stark eingeschränkte Amtsausübung (Vgl. Helmut Müller-Engbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann (Hg.) Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2000, S. 657-660 und M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Herausgegeben von Martin Schumacher. 3., erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage, Bonn 1994, S. 367-368).

4) Zehnjahresbericht der Dienststelle des Präsidenten der DDR (Präsidialkanzlei) von 1949 bis 1959 anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, S. 87 und 298 (Bundesarchiv, NY 4036/772).

5) Die Vorsitzenden des Staatsrates der DDR waren: Walter Ulbricht (1960-1973), Willi Stoph (1973-1976), Erich Honecker (1976-November 1989), Egon Krenz (November-Dezember 1989) und Manfred Gerlach (Dezember 1989-März 1990, kommissarisch). Vom 5. April bis 2. Oktober 1990 war die Präsidentin der Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, de jure auch Staatsoberhaupt der DDR.

6) Es ist davon auszugehen, dass gesellschaftskritische Anfragen an die zuständigen „Sicherheitsorgane“ weitergeleitet wurden.

7) Beispiel eines gedruckten Formschreibens siehe Abbildung.

8) Grundlegend zur Anwendung solcher Verfahren bei der Bewertung von Massenakten in deutschen Archiven siehe Buchholz, Matthias: Überlieferungsbildung bei massenhaft gleichförmigen Einzelfallakten im Spannungsverhältnis von Bewertungsdiskussion, Repräsentativität und Nutzungsperspektive. Eine Fallstudie am Beispiel von Sozialhilfeakten der oberbergischen Gemeinde Lindlar. Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, 2001 (Landschaftsverband Rheinland, Archivberatungsstelle Rheinland: Archivhefte Band 35).

9) Zehnjahresbericht der Dienststelle des Präsidenten der DDR (Präsidialkanzlei) von 1949 bis 1959 anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR, S. 124 bis 127 (Bundesarchiv, NY 4036/772).

10) In die Sichtung und Erfassung der Eingabenakten waren neben den Verfassern zeitweise auch drei Auszubildende des Bundesarchivs im Ausbildungsberuf „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“ der Fachrichtung Archiv, 3. Ausbildungsjahr, einbezogen.

11) Sachgebietsgruppen ASG (Arbeit, Soziales, Gesundheit: 119 Aktenbände), FVI (Finanzen, Volksbildung und Innere Angelegenheiten: 80 Aktenbände) und WLH (Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung: 56 Aktenbände).

12) Statt einer riesigen Grundgesamtheit wird nur eine Auswahl archiviert, die mengenmäßig zu bewältigen ist, die sich vor allem aber „repräsentativ“ zur Grundgesamtheit verhält. Man bezeichnet eine solche Auswahl in der mathematischen Statistik auch als „Stichprobe“. Repräsentativ sind Stichproben dann, wenn ihre Auswertung zu Ergebnissen führt, die mit den Ergebnissen einer potentiellen Auswertung der Grundgesamtheit in mathematisch berechenbaren Grenzen übereinstimmt.

13) siehe Buchholz, a. a. O., S. 157ff.

14) Ebenda, S. 217ff.

15) Sachthematisch gebildete Eingabenakten gibt es z. B. mit folgenden Inhalten: Aufwertung von Altguthaben, Hypotheken und Kredite, Beschlagnahme von Grundstücken,

Gegenständen und finanziellen Mitteln von Bürgern, Steuerangelegenheiten, Gesuche um Freilassung von Kriegsgefangenen, Kultur- und Bildungsangelegenheiten, Studium und Stipendien, Auslandsangelegenheiten, Innere Angelegenheiten (Interzonenpässe, Zuzugsgenehmigungen, Gewerbeangelegenheiten).

16) Die Aktengruppe „Korrespondenzen“ enthält pro Jahr folgende Aktenmengen: 1952 (359 Akten), 1953 (522 Akten), 1954 (710 Akten), 1955 (697 Akten), 1956 (758 Akten), 1957 (745 Akten), 1958 (534 Akten), 1959 (538 Akten) und 1960 (341 Akten).

Literaturauswahl

Buchholz, Matthias: Überlieferungsbildung bei massenhaft gleichförmigen Einzelfallakten im Spannungsverhältnis von Bewertungsdiskussion, Repräsentativität und Nutzungsperspektive. Eine Fallstudie am Beispiel von Sozialhilfeakten der oberbergischen Gemeinde Lindlar. Dissertation, Humboldt-Universität Berlin, Berlin 2001 (Landschaftsverband Rheinland, Archivberatungsstelle Rheinland: Archivhefte Band 35).

Jehn, Mathias: Dokumentationsprofil oder Samplebildung? Überlieferungsbildung am Beispiel von Prozessverfahrensakten der Staatsanwaltschaft Bochum. Transferarbeit, Archivschule Marburg, Marburg 2005.

Kluge, Arnd, Stichprobenverfahren zur archivistischen Auswahl massenhaft gleichförmiger Einzelfallakten. In: Der Archivar 46 (1993), Sp. 542-556).

Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 11).

Kluge, Arnd, Stichprobenverfahren zur archivistischen Auswahl massenhaft gleichförmiger Einzelfallakten, in: Der Archivar 46 (1993), Sp. 542-556).

Mühlberg, Felix: Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR. Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 11).

Online-Findbuch zum Bestand DQ 2 Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

Über den bislang durch eine Verzeichnungskartei erschlossenen Bestand DQ 2 Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung können sich interessierte Benutzer seit Januar 2006 online informieren. Dieser Bericht soll auf das Findbuch aufmerksam machen und seine Entstehung kurz erläutern. Dabei wird jedoch auf eine Wiedergabe der institutionengeschichtlichen Details, die der Findbuch-Einleitung zu entnehmen sind, verzichtet.

Die im Findbuch ausgewiesene Überlieferung umfasst die Überlieferung folgender Institutionen, die in den Jahren 1945 bis 1958 in der SBZ bzw. in der DDR zentrale Aufgaben und Funktionen in den Bereichen Lohn und Tarif, Arbeit und Arbeitskräftelenkung, Berufsausbildung, Arbeitsschutz und Sozialfürsorge wahrgenommen haben:

- 1945 - 1948 Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge,
- 1948 - 1949 Deutsche Wirtschaftskommission, HV Arbeit und Sozialfürsorge,
- 1949 - 1950 Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen,
- 1950 - 1954 Ministerium für Arbeit,
- 1950 - 1954 Staatssekretariat für Berufsausbildung,
- 1954 - 1958 Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung.

Von besonderer Bedeutung sind Quellen, die die Zusammenarbeit mit sowjetischen Organen - Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), Sowjetische Kontrollkommission (SKK) und sowjetische Berater - zu Fragen der Entwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Arbeit und Berufsausbildung belegen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Dokumente über die zentralstaatliche Planung sowie die Anleitung und Kontrolle der Staatsorgane in den Ländern und Bezirken auf den Gebieten von Arbeit, Löhnen, Berufsausbildung und Sozialfürsorge. Innerhalb des Bereiches Lohn- und Tarif sind die Überlieferungen zu Kollektivverträgen, zur Förderung der Intelligenz und zur Organisation „Dienst für Deutschland“ hervorzuheben.

Im Zuge der Auflösung des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung im Juli 1958 wurde dessen Schriftgut zunächst den Staatsorganen übergeben, die die jeweiligen Aufgabenbereiche weiterführten: Mit der technischen Überwachung wurde die Staatliche Plankommission (SPK) beauftragt, für Sozialfürsorge war nun das Ministerium für Gesundheitswesen zuständig, Fragen der Berufsausbildung wurden dem Ministerium für Volksbildung übertragen, das Gebiet Arbeit/Arbeitsschutz ging an das Komitee für Arbeit und Löhne.

Diese Aufgabenbereiche waren jedoch noch mehrfach von Strukturveränderungen betroffen. Die damit verbundenen registraturmäßigen Veränderungen führten zu umfangreichen Aktenbewegungen und auch zu Vernichtungen von Unterlagen. Darüber gibt es jedoch nur in geringem Maße Aufzeichnungen.

Übernahme des Schriftgutes und Bestandsbildung

Dem Deutschen Zentralarchiv (DZA, später Zentrales Staatsarchiv, ZStA) sind erstmals 1963 vom Ministerium für Gesundheitswesen Unterlagen übergeben worden, die zum Bestand DQ 2 gehörten.

Weitere Unterlagen wurden bis 1985 von folgenden Stellen übernommen:

- Staatliches Amt für Arbeit und Löhne,
- Staatssekretariat für Arbeit und Löhne,
- FDGB, Bundesvorstand,
- Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft,
- Ministerium für Volksbildung.

In Vorbereitung auf die Erschließung der Akten wurden im ZStA an dem sich ursprünglich bis 1966 erstreckenden Bestand umfangreiche Bestandsbildungs- und -abgrenzungsarbeiten vorgenommen. Als Zäsur wurde das Jahr 1958 gewählt, da die bis dahin relativ geschlossene Wahrnehmung der Aufgabenbereiche Arbeit, Lohn und Berufsausbildung 1958 endete. Es wurden die zusammengefassten Bestände DQ 2 /

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung (1945 - 1958) und DQ 3 / Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (1958 - 1990) gebildet. Nach dieser Bestandsabgrenzung umfasste der 1988 im ZStA gebildete Bestand Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung ca. 66 lfm.

Die im Bestand DQ 2 zusammengefassten Unterlagen der verschiedenen Registraturbildner ließen keine nennenswerte Anwendung eines Aktenplanes oder anderer Registraturhilfsmittel erkennen. Auch Geschäfts- und Aktenzeichen kamen offenbar wegen der häufigen Strukturveränderungen kaum zur Anwendung. Vielfach wurden die Akten vom Nachfolger weitergeführt. Vorgefunden wurden Ablagen nach Sachbetreffen oder nach Korrespondenzpartnern, aber auch häufig Mischformen beider Ablageprinzipien.

Die Akten sind dem ZStA überwiegend mit Ablieferungsverzeichnissen übergeben worden. Einzelne Teile wurden jedoch auch ungeordnet und ohne Nachweismittel übernommen.

Archivische Bewertung und Bearbeitung

Mit der Bearbeitung der Überlieferung des Bestandes DQ 2 wurde 1988 im Zentralen Staatsarchiv (ZStA) begonnen. Für 280 Akteneinheiten der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge und der Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), die bereits 1967 von Praktikanten verzeichnet worden waren, konnte die Verzeichnungskartei übernommen werden.

Die übrigen Unterlagen wurden im ZStA bewertet und verzeichnet. Das Ziel der Bewertung bestand darin, den Bestand von einfachem Verwaltungsschriftgut zu entlasten, die Überlieferung zu verdichten und Mehrfachüberlieferungen auszusondern. Weil der Umfang der Akten durch Vernichtungen bei den Registraturbildnern bereits vor Übergabe an das ZStA stark reduziert worden war, wurden Kassationen nur in geringem Umfang vorgenommen. Aus diesem Grund wurde auch Schriftgut mit geringem Informationsgehalt archiviert, um Informationslücken zu schließen.

Der Bestand wurde in folgende „Teilbestände“ vorgeordnet:

1. Leitung und Querschnittsbereiche,
2. Lohn und Tarif,
3. Arbeit- und Arbeitskräftelenkung,
4. Berufsausbildung,
5. Arbeitsschutz,
6. Sozialfürsorge.

Für die Erschließung bildete überwiegend die vorgefundene Akteneinheit die Verzeichnungseinheit. Die Neubildung von Akten erfolgte nur in Ausnahmefällen. Enthält-Vermerke wurden vor allem verwendet, um den Inhalt der Akten bei unsystematischer Aktenbildung ausreichend zu beschreiben. Die Akten wurden neu signiert.

Die entstandene Verzeichnungskartei des Bestandes DQ 2 umfasste die Signaturen 281 bis 4017. Es liegt eine Kassations- und Konkordanzliste vor, die die Verwaltungsarchiv-Signaturen und die endgültigen DQ 2 - Signaturen nachweist. Auch ausgesonderte Fremdprovenienzen sind erfasst worden. Ergänzt durch die Übernahme von 62 Akteneinheiten aus dem Bestand Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DY 34) und einiger weiterer Akten aus anderen im Bundesarchiv überlieferten Beständen umfasst der Bestand jetzt die Signaturen 1 bis 4100. Nach Verpackung der Akteneinheiten hat er einen Umfang von ca. 85 lfm.

An der sich über die Jahre 1988 bis 1992 erstreckenden Bewertung und Erschließung waren Doris Boissier, Chris Fengler, Barbara Fritsch, Brigitte Glaser, Dr. Wolfgang Merker und drei Praktikantinnen der Humboldt-Universität Berlin - Barbara Welker, Susanne Pollert und Anke Matelowski - beteiligt.

Anfertigung des Findbuches

Freie Kapazitäten der Schreibkräfte des Bundesarchivs nutzend, wurde 2001 begonnen, die Verzeichnungskartei zunächst in die Thomson-Datenbank, dann in die BASYS-S-Datenbank einzugeben. Dabei wurden die Bestandsbildung, die Bewertung und die Signierung (DQ 2 / Sign. 1 - 4094) beibehalten. Allerdings bedurfte die Verzeichnungskartei der Straffung und der Vereinheitlichung. Nachdem Gisela Haker mit der Verdichtung der Verzeichnungsangaben begonnen hatte, übernahm ich vor allem die Bildung von Bandfolgen- und Serien sowie die Eingabe in die BASYS-S-Datenbank. Außerdem

wurde die vorgefundene Klassifikation für die Anfertigung des Findbuches überarbeitet.

Um die Überlieferung trotz der häufigen verwaltungsorganisatorischen Veränderungen überschaubar zu strukturieren, ist die Klassifikationsgruppe 1 „Leitung, Organisation und Arbeitsweise“ nach Registraturbildnern untergliedert worden. Einzelne sich überschneidende Jahre konnten dabei jedoch keine Berücksichtigung finden. Eine vorhandene Kartei der Tagesordnungspunkte der Kollegiumssitzungen wurde in die Klassifikationsgruppen 1.2.3 und 1.3.3 eingearbeitet, um einmal erfasste Informationen nicht verloren gehen zu lassen.

Die übrige Überlieferung wurde in den Klassifikationsgruppen 2 bis 5 sachlich geordnet, soweit die Aktenbildung dies zuließ. Innerhalb der Klassifikationsgruppen erfolgte eine IT-gestützte Sortierung nach der Laufzeit der Akten.

Im Zuge der abschließenden Arbeiten sind noch wenige Akten der Organisationsunterlagensammlung des Bundesarchivs zugewiesen, an die Bibliothek abgegeben bzw. zur Kassation ausgesondert worden.

Chris Fengler

Das Referat StA3 ist auch für das Archivgut des FDGB und seiner Einzelgewerkschaften zuständig. Der FDGB war die einheitliche, gewerkschaftliche Organisation für alle Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz der DDR. Ihm kam als größte Massenorganisation eine zentrale Bedeutung zu. Struktur, Aufgaben und Arbeitsweise des FDGB wurden durch gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Vorgaben und Beschlüsse der SED bestimmt. Seine Hauptfunktionen waren u. a. die Ideologievermittlung, die Arbeitsmobilisierung, die Personalheranbildung und die betriebliche Mitwirkung. Die Gründung erfolgte im Februar 1946, die Auflösung am 30. September 1990.

1993 wurden insgesamt 3.360 lfm Schriftgut vom FDGB übernommen. Dazu gehören etwa 1.760 lfm Schriftgut des Bundesvorstandes und ihm direkt nachgeordneter Einrichtungen sowie weitere 1.600 lfm Schriftgut von Zentralvorständen der Einzelgewerkschaften. In den Folgejahren kam es zur Abgabe von weiteren 350 lfm Schriftgut an die Stiftung. Die Bestände waren nicht provenienzmäßig getrennt, sondern bildeten zusammen einen großen Bestand mit mehreren Signatursystemen. Für 360 lfm wurden Karteien und für 1.800 lfm Akten Zugangslisten übergeben. Allerdings ließen die Titel kaum Rückschlüsse auf den Akteninhalt zu. Hinzu kam, dass verzeichnete oder aufgelistete Akten teilweise nicht auffindbar waren. Für etwa 1.200 lfm Schriftgut lagen keine Findhilfsmittel vor. Findbücher, eine Bestandsübersicht oder Bestandsakten sowie Sicherungs- oder Lesefilme existierten nicht.

Seit Beginn des Jahres 2006 ist nun das Archivgut - 3.200 lfm/ ca. 80.000 AE - vollständig anhand von Online-Findbüchern zugänglich und mit einer Suchmaschine benutzbar. Davon ausgenommen sind lediglich die Personalakten und die Liquidationsunterlagen des FDGB.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil eine neue Bearbeitungsstrategie ihren Einsatz fand. Auf traditionelle Art und Weise hätten eine Referatsleiterin und eine bzw. später zwei Sachbearbeiterinnen viele Jahre benötigt, um die 23 Bestände nacheinander zu bearbeiten und als On-

line-Findbuch zur Verfügung zu stellen. Zunächst wären nur einzelne Bestände für die Benutzung in Frage gekommen. Eine kritische Masse an Online-Findbüchern, die mit einer Suchmaschine recherchierbar ist, hätte lange Zeit auf sich warten lassen. Stattdessen wäre die Betreuung der Benutzer zeitlich und fachlich über viele Jahre sehr aufwendig gewesen.

Neue Arbeitsstrategie

Gesucht wurde daher nach einer Möglichkeit, in einem überschaubaren Zeitraum von circa drei Jahren möglichst die komplette Überlieferung für die Benutzung online zur Verfügung zu stellen. Die Lösung war eine Kombination verschiedener Maßnahmen, die parallel verliefen: Arbeitsleistung der eigenen Kräfte, Retrodigitalisierung, Outsourcing von Erschließungsarbeiten und Einstellung von Projektkräften. Letzteres ermöglichte ein 1998 gefasster Beschluss des Kuratoriums¹ sowie eine Vereinbarung von 1999 zwischen dem Gewerkschaftlichen Dachverband FDGB i. L. und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben². Außerdem haben Praktikanten mitgewirkt. Einzelheiten über deren Tätigkeit werden in diesem Heft von Frau Löffler beschrieben. Bei der Verwendung der Mittel stand die Zweckmäßigkeit stets im Vordergrund.

Die Vorbereitung und Durchführung der Projekte wurde von der zuständigen Referatsleiterin initiiert, gesteuert und begleitet, hier liefen die Fäden der einzelnen Projekte zusammen. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass mit Mitteln aus dem Restvermögen des FDGB auch die Erschließung von Gewerkschaftsliteratur weitergeführt wurde³.

Die Bearbeitung der Unterlagen bezog konservatorische Maßnahmen - Metallteile entfernen, signieren, verpacken - für die zu erschließenden Akten ein.

In den Jahren 2003 bis 2005 wurden nach der Revision die vorhandenen Hilfs- oder Findmittel durch Retrodigitalisierung in Dateiform umgewandelt. Gleichzeitig wurde die Bestandsbear-

beitung fortgesetzt. Alle entstandenen Erschließungsergebnisse fanden sofort Eingang in die Dateien. Wichtige Aktengruppen oder Bestände wurden nicht nur von zwei eingestellten Projektmitarbeitern, sondern auch von einer Reihe von Praktikanten erschlossen oder gegebenenfalls vertieft. Zwischenergebnisse wurden rasch als Online-Findbücher mit entsprechenden Hinweisen für Benutzer im Internet zugänglich gemacht. Sobald ein Findbuch komplett war, wurde die neue Version eingestellt.

Am 17. November 2005 fand im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam das erste Arbeitstreffen der staatlichen Archive der neuen Bundesländer und von Berlin zum Archivgut des FDGB statt. Die Teilnehmer informierten über den jeweiligen Arbeitsstand der Gewerkschaftsüberlieferung in ihren Archiven und dabei aufgetretene Probleme. Seitens der SAPMO nahmen vier Mitarbeiter teil, die von dem sehr weit fortgeschrittenen Bearbeitungsstand berichten konnten. Die Staats- und Landesarchive profitieren von diesen Ergebnissen, zum Beispiel bei Bewertungsfragen, der Erschließungsdiskussion usw.

Zusammenfassend soll hier hervorgehoben werden, dass alle Projekte in der vorgesehenen Zeit, mit dem beabsichtigten Ergebnis und dem dafür geplanten Mitteleinsatz abgeschlossen werden konnten.

Der Anfang wird gemacht: Die ersten beiden Projekte 2001

Das erste, auf 24 Monate befristete Projekt, begann vor fünf Jahren und hatte eine Bestandsrevision mit Ermittlung und Erschließung der Unterlagen des Bundesvorstandes des FDGB und der Zentralvorstände der Einzelgewerkschaften zum Ziel. Die vorgefundene Lagerung als Gesamtbestand mit mehreren Signatursystemen wurde aufgelöst und Provenienzbestände bzw. -teilbestände gebildet. Damit verbunden war die Grobsichtung, Vorordnung und teilweise Ersterfassung von unbearbeitetem Schriftgut. Für diese Arbeiten stellte die Stiftung am 1. Februar 2001 für 24 Monate einen Sachbearbeiter ein. Das Schriftgut wurde revidiert, 2.900 AE des Bundesvorstandes und 988 AE aus fünf Einzelgewerkschaftsbeständen geordnet und teilweise aufgelistet. Der Projektarbeiter schied vertrags-

gemäß zum 31. Januar 2003 aus der Stiftung aus. Ebenfalls am 1. Februar 2001 startete das Projekt zur Erschließung des Bestandes DY 38 IG Chemie, Glas und Keramik 1946-1990. Es konnte am 30. Januar 2004 nach 36 Monaten vereinbarungsgemäß und erfolgreich abgeschlossen werden.

In der IG Chemie, Glas und Keramik - im Mai 1946 gegründet⁴ - waren folgende Bereiche der Wirtschaft erfasst: Chemische Grundstoffindustrie, Carbochemie und Wachse, Technische Gase, Agrochemie und Zwischenprodukte, Sprengstoffindustrie, Film- und Fotopapierindustrie, Chemiefaserindustrie, Zellstoff- und Zellwolleindustrie, Chemieanlagenbau, Keramikmaschinenbau, Düngemittelindustrie, Pharmazeutische Industrie, Gummiindustrie, Plastverarbeitung, Lacke- und Farbenindustrie, Leichtchemie (Kosmetik/Waschmittel), Chemiehandel, Tankstellen von Minol, Sanitärkeramik, Fliesen- und Kachelindustrie, Technisches Glas, Silikatrohstoffe, Bau-, Flachglas- und Spiegelindustrie, Haushalts- und Verpackungsglas, Wissenschaftlich-Technische Zentren für Glas- und Keramikindustrie, Ingenieurschulen für Gummi- und Glasindustrie und Ingenieurtechnisches Zentralbüro für Projektierung. Die Auflösung der IG Chemie, Glas, Keramik erfolgte im Mai 1991.

Das Schriftgut dieses Bestandes war von verschiedenen Institutionen bzw. vorherigen Lagerungsstätten an die Stiftung abgegeben und nach der Übernahme zunächst ungeordnet in mehreren Magazinräumen aufbewahrt worden. Die Revision des Bestandes ergab 153 lfm Schriftgut, davon waren ca. 90 lfm mit Titeln in Abgabelisten erfasst, die sich jedoch häufig als unzureichend oder falsch herausstellten. Für 60 lfm Schriftgut fehlten jegliche Findhilfsmittel, 30 lfm davon bestanden lediglich aus losen Blättern.

Die Mehrzahl der Akten war nicht kartoniert, sondern in mehr als 900 erheblich verschmutzten und beschädigten Bündeln bzw. Ordnern verpackt. Erforderlich waren umfangreiche Vorordnungsarbeiten am Bestand einschließlich der Bestimmung und Zusammenführung der Provenienzen der losen Blätter. In diesem Zusammenhang wurden Informationen zur Registraturbildner- und Bestandsgeschichte gesammelt sowie Struktur- und Funktionsübersichten erstellt.

Entsprechend der Aufgabenstellung des Projektes wurden die Zentralen Delegiertenkonferenzen, die einzelnen Sitzungen des Zentralvorstandes, des Sekretariats und des Präsidiums (mehr als 1.600 Akteneinheiten) mit den kompletten Tagesordnungspunkten verzeichnet. Eine erweiterte Verzeichnung des Schriftgutes mit Enthält-Vermerk fand für den überwiegenden Teil des Bestandes Anwendung. Die Berichte der Bezirksvorstände der Industriegewerkschaften und der Gewerkschaftsleitungen der VVB bzw. Kombinate der chemischen-, Glas und keramischen Industrie an den Zentralvorstand wurden chronologisch geordnet.

Die Erschließung begann auf der Basis einer WORD-Datei und wurde ab Ende 2002 mit dem Erschließungsprogramm Midosa, später Midosa XML, fortgeführt. Durch die Bewertung der Unterlagen konnten 45 lfm Doppel- und Mehrfachüberlieferungen und nichtarchivwürdiges Schriftgut ausgesondert werden.

Die Erschließung der Rahmenkollektivverträge (RKV)

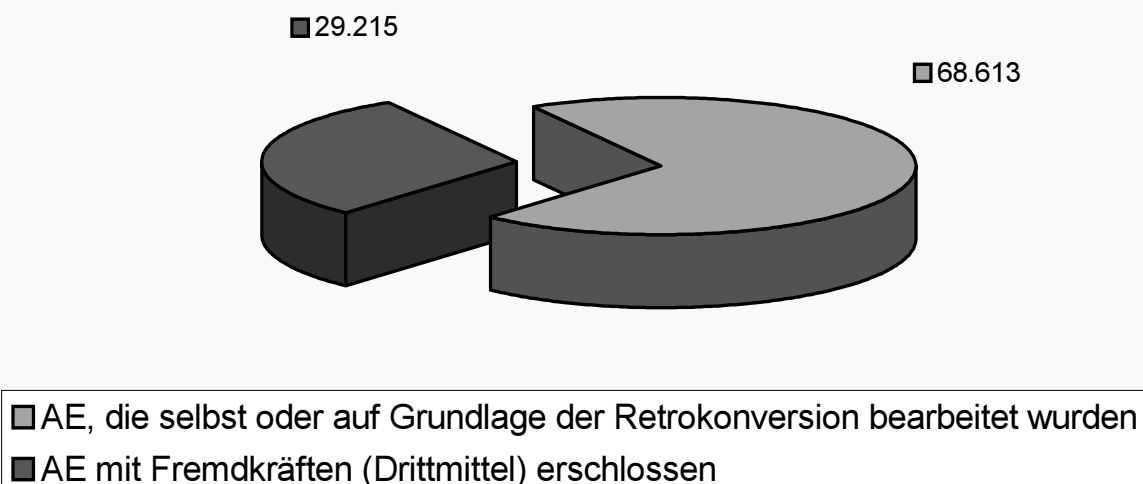
Der Rahmenkollektivvertrag (RKV) wurde zwischen den zentralen Organen des Staatsapparates bzw. den Räten der Bezirke, den Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Genossenschaften einerseits und dem Bundesvorstand des FDGB bzw. den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften oder den Bezirksvorständen andererseits ab-

geschlossen. Auf der Grundlage des Arbeitsgesetzbuches regelte er den Abschluss und die Auflösung von Arbeitsverhältnissen, die Bestimmungen über den Arbeitslohn, die leistungsabhängigen Zusatzvergütungen, die Gestaltung der Arbeitszeit sowie die Gewährung von Urlaub.

Eine Mitarbeiterin hat aus dem Bestand DY 34 FDGB, Abt. Arbeit und Löhne 10 lfm Rahmenkollektivverträge mit dem Ergebnis eines Online-Findbuches erschlossen. Vor der Bearbeitung gab es lediglich verschiedene, unvollständige und veraltete Findmittel. Die meisten Unterlagen dieses Teilbestandes waren unbearbeitet. Dadurch erforderte die steigende Anzahl von Anfragen u. a. zu Löhnen und Lohnformen, zur Arbeitszeit und zum Urlaubsanspruch einen sehr hohen Rechercheaufwand.

Die archivische Bearbeitung konzentrierte sich zu Beginn vor allem auf die Zusammenführung unterschiedlicher Findmittel. Das Schriftgut war in einem vorläufigen Verzeichnis, einem vorläufigen Findbuch und auf Findkarteien innerhalb der Abteilung Arbeit und Löhne des FDGB Bundesvorstandes mit unterschiedlichen Aussagen erfasst. Bestimmte Schriftgutarten und Sachverhalte wiederholten sich. Es wurde ein Gliderungsschema zur Festlegung einer einheitlichen Reihenfolge der Akten innerhalb einer Einzelgewerkschaft entwickelt. Nur ein kleiner Teil der formierten Akten konnte übernommen werden. Andere Archivalien, die mehrere IG/Gewerkschaften enthielten, wurden getrennt, da

Anzahl der bearbeiteten Akteneinheiten insgesamt



die Zuordnung nach Einzelgewerkschaften erfolgen sollte. Fünf laufende Meter lagen als Sammlung von losen Blättern vor und mussten zunächst zu Verzeichnungseinheiten formiert werden. Der Ordnungsaufwand war sehr hoch. Benutzer können nun in den vorliegenden Akten umfangreiches Quellenmaterial über die Entwicklung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der DDR finden⁵.

Outsourcing von Erschließungsarbeiten

Am 19. März 2003 schloss die Stiftung mit einer Fachfirma die ersten beiden Verträge über die Bearbeitung von Gewerkschaftsbeständen ab. Die Geschäftsführerin verfügt über 13 Jahre Erfahrung in der freiberuflichen Tätigkeit und ist eine ausgebildete Archivarin. Ihre Mitarbeiterinnen weisen ebenfalls eine Archivausbildung auf. Vertraglich wurde vereinbart, den Bestand DY 37 IG Bergbau-Energie mit 145 lfm bis zum 30. Juni 2004 zu erschließen und abschließend ein Online-Findbuch vorzulegen. Darüber hinaus sollte bis zum 31. Dezember 2004 der Bestand DY 43 Gewerkschaft Kunst mit 62 lfm bearbeitet werden. Gefordert wurde die selbstständige Konzipierung der Projekte, die Recherche zur Bestands- und Verwaltungsgeschichte, die archivwissenschaftliche Autopsie der Bestände mit der Erarbeitung von Gliederungen, Vorworten, Einleitungen und der Vergabe von Indexbegriffen, Vorschläge zur Bewertung sowie die redaktionelle Bearbeitung der Findbücher.

Diese Aufgabe in die laufenden Arbeiten des Referats zu integrieren, war nicht möglich - und wäre auch nicht sinnvoll gewesen: Unter Berücksichtigung der Personalkostensätze für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen⁶ ergab sich, dass die Werkverträge im Vergleich zur Einstellung von eigenem Personal für dieses Vorhaben die wirtschaftlichere Alternative darstellen.

Am 13. September 2004 führte das Referat StA3 einen Workshop mit der Firma durch. Die Vorstellung und Diskussion der Projekte diente der Information und Erfassung des Zwischenstandes und sollte auch Verständnis für andere bzw. neue Herangehensweisen und Anregungen für die Arbeit hervorbringen, um eine konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten zu ermöglichen.

Der IG Bergbau-Energie kam in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine zentrale Bedeutung zu: Die IG wurde zu einem zentralen Werkzeug für die Intensivierung des Kohleabbaus. Nach der Zusammenfassung der beiden Gewerkschaften IG Energie und IG Bergbau zu einer im Jahre 1963 umfasste der Zuständigkeitsbereich die Gebiete Energie, Wasserwirtschaft, Geologie, Braunkohle, Steinkohle, Kali, Erdöl/Erdgas, Erz und Schiefer.

Die Unterlagen des Bestandes sind in den Bereichen Tagungen des Zentralvorstands, Sekretariats- und Präsidiumssitzungen sowie Zentraldelegiertenkonferenzen nahezu lückenlos. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Industriegewerkschaft, die sich auch in der Überlieferungsdichte widerspiegeln, sind die Bereiche Wirtschaftsplanung, Wettbewerb, Auszeichnungen von verdienten Werktätigen sowie das umfangreiche Berichtswesen der Bezirke. Zahlenmäßig nicht ausreichend überliefert sind die Bereiche Arbeit und Löhne, Sozialpolitik sowie Agitation und Propaganda. Die Abteilung Internationale Verbindungen beinhaltet überwiegend Korrespondenz mit internationalen Vereinigungen sowie Berichte über Delegationen. Hervorzuheben sind die umfangreichen Berichte und Einschätzungen der Westabteilung. Das Online-Findbuch DY 37 IG Bergbau-Energie stand den Benutzern erstmals im Juli 2004 zur Verfügung.

Die Bearbeitung des Bestandes DY 43 Gewerkschaft Kunst begann im Juni 2004. Zuvor war dieser Bestand nicht benutzbar.

In der Gewerkschaft Kunst waren Künstler- und Kulturschaffende der DDR organisiert. Ihr waren folgende Einrichtungen zugeordnet: Theater, Orchester, Filmstudios, Kinos, Deutscher Fernsehfunk, Rundfunksender, Museen, Varietés und Kabarets, Zirkusse, künstlerische Hoch- und Fachschulen, Musikschulen und Schallplattenproduktionsbetriebe. Zudem gehörten der Gewerkschaft Kunst die Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur und anderer gesellschaftlicher Organisationen an. Neben den Grundorganisationen in den Betrieben existierten Grundorganisationen für freischaffende Mitglieder, z.B. Musiker, Musikerzieher, Artisten, Schauspieler und Sänger.

Im vorliegenden Bestand sind Tagungen des Zentralvorstands, Sekretariats- und Präsidiumssitzungen sowie Zentraldelegiertenkonferenzen nahezu lückenlos überliefert. Es gibt auch umfangreiche Protokolle und Berichte der Bezirksvorstände sowie Schriftwechsel zwischen der Gewerkschaft Kunst und den Bezirksvorständen bzw. Einrichtungen und Mitgliedern der einzelnen Bezirke. Zu finden sind hier außerdem u. a. Unterlagen zum Film- und Lichtspielwesen, Schriftwechsel mit Theatern und Orchestern der DDR und über die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Dem Bestand kann zum Forschungsthema Kultur eine große Bedeutung zugemessen werden.

Aufgrund der kooperativen Zusammenarbeit und der erreichten guten Arbeitsergebnisse wurde für die Bearbeitung der unerschlossenen Unterlagen des Bestandes DY 34 FDGB ein weiterer Vertrag mit derselben Firma abgeschlossen. 66 lfm konnten in der Zeit von Juni 2004 bis Februar 2005 bearbeitet werden; die vorhandene MidosaxML-Datei wuchs dadurch um 2.256 Datensätze.

Der Bestand wies Parallelen zu dem vorangegangenen Schriftgut auf, so dass keinerlei Einarbeitung erfolgen musste. Die Mitarbeiter der Firma kannten nun bereits die einzusetzende Erschließungssoftware und die gewünschte Ausführungsform. Die besondere Schwierigkeit dieses Teilvorhabens lag in einer 22 lfm Schriftgut und einer Vielzahl von Provenienzen umfassenden Ablage von losen Blättern, unter anderem aus den Bereichen Vorstandsssekretariat, Büros der Stellvertreter und Sekretäre, Abt. Kultur, Abt. Internationale Verbindungen, Abt. Sozialpolitik, Abt. Sozialversicherung, Abt. Arbeit und Löhne. Die Unterlagen wurden in Absprache mit dem Referat bewertet und verzeichnet.

Abschließend wurden in der gleichen Form von Mai bis Ende Dezember 2005 die Bestände DY 39 IG Druck und Papier, DY 53 Gewerkschaft Wissenschaft, DY 78 Verlag Tribüne und DY 79 Gewerkschaftshochschule Bernau bearbeitet, die vorher nur teilweise zugänglich waren. Der Gesamtumfang dieser Teilprovenienzen betrug ca. 141 lfm und enthielt verschiedenste Abteilungen oder Strukturteile. Einige der Unterlagen waren zuvor gänzlich unbearbeitet und damit nicht benutzbar. Die vorhandene Aktenbildung erforderte auf Grund des Umfanges die Trennung von Akten. Für die bereits zugänglichen Teile der Bestände lagen Dateien (MidosaxML)

bzw. Online-Findbücher vor. Diese sollten mit den entstehenden Erschließungsergebnissen (Erschließung mit Enthält-Vermerk) ergänzt werden. Das heißt, dass die einzelnen Titel den jeweiligen Gruppen, Serien oder Sachthemen zugeordnet werden mussten. In Absprache mit der Referatsleiterin wurden die bestehenden Klassifikationen ergänzt oder geändert. Aus Kostengründen wurde auf die Erstellung von Einleitungen, Indices und die Überarbeitung der Gesamtdateien verzichtet. Diese erfolgten bzw. erfolgen mit eigenen Kräften und Praktikanten.

Am 19. Dezember 2005 endete die seit 2003 andauernde gute Zusammenarbeit, die zur vollständigen Erschließung von insgesamt 414 lfm Archivgut führte. Im Ergebnis entstand jeweils ein Online-Findbuch. Die Bestände wurden erstmalig komplett im Internet zugänglich gemacht.

Interessante Akten können nun den Benutzern bereitgestellt werden: Der Verlag Tribüne erstellte nicht nur die offiziellen Drucksachen des FDGB und gab Organisationsmaterialien, gewerkschaftspolitische Schriften und Zeitschriften heraus, sondern war auch für die Herausgabe von Belletristik verantwortlich.

Die Gewerkschaftshochschule Bernau war die zentrale Einrichtung des FDGB zur Aus- und Weiterbildung leitender Funktionäre, ab 1959 wurden auch ausländische Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem aus Afrika und Asien ausgebildet. Diese Tätigkeit spiegelt sich in den Akten wider. Interessant ist auch die Baugeschichte der Einrichtung. 1928 pachtete der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) das Gelände und schrieb einen begrenzten Wettbewerb zum Bau der Ausbildungsstätte aus, bei dem sich der Direktor des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer, durchsetzte. Neben dem Bauhaus Dessau handelt es sich um das größte Bauhausprojekt.

Übergreifende Erschließung mehrerer Gewerkschaftsbestände durch Projektmitarbeiter

Die Projektbeschreibung sah vor, die vier miteinander korrespondierenden Bestände DY 42 Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss (153 lfm), DY 44 Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst (111 lfm) sowie DY 34 FDGB, Abt. Sozialpolitik (15 lfm) und Sekretäre für Sozial-

Übersicht der mit Drittmitteln geförderten Erschließungsprojekte

Insgesamt wurden durch Drittmittel im Zeitraum 1.2.2001 bis 28.2.2006
6 Erschließungsprojekte mit einem Umfang von 856 lfm finanziert:

mit Projektkräften

Bestand	Bearbeitungszeitraum	Umfang in lfm
DY38 IG Chemie, Glas, Keramik	1.2.2001 – 30.1.2004	153
DY34 FDGB, Abt. Sozialpolitik	1.9.2003 – 28.2.2006	15
DY34 FDGB, Büro d. Sekretäre für Sozialpolitik		10
DY42 Gew. Handel, Nahrung und Genuss		153
DY44 Gew. Land, Nahrungsgüter, Forst		<u>111</u> 289
5 Bestände	60 Monate	442

mit einer Firma

DY37 IG Bergbau-Energie	19.03.2003 – 30.06.2004	145
DY43 Gew. Kunst	01.06.2003 – 21.12.2004	62
DY34 FDGB	01.06.2004 – 28.02.2005	66
DY39 IG Druck und Papier DY53 Gew. Wissenschaft DY78 Verlag Tribüne DY79 Gew.schule Bernau	01.05.2005 – 31.12.2005	45
		13
		60
		<u>23</u> 141
7 Bestände	31 Monate	414

politik (10 lfm) zu erschließen und vier Online-Findbücher mit Vorwort und Index sowie als entsprechende Druckausgabe zu erstellen.

Bei diesen Beständen handelt es sich um zwei Einzelgewerkschaften sowie um zwei Bereiche des Bundesvorstandes des FDGB, die in engem inhaltlichen Zusammenhang stehen. So gab es beispielsweise eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Büro der Sekretäre für Sozialpolitik und der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss. In den Unterlagen beider Gewerkschaften finden sich Materialien zu den Themen-

komplexen „Versorgung der Bevölkerung“ sowie „Konsumlücken“. Außerdem wurde der ursprünglich zur Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss gehörende Bereich der Nahrungsgüterwirtschaft ab Dezember 1968 der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst zugeordnet.

Während der Laufzeit dieses Erschließungsvorhabens vom 1. September 2003 bis zum 28. Februar 2006 war somit ein Gesamtumfang von 289 lfm Unterlagen zu bearbeiten. Diese schwierige Aufgabe wurde einer befristet ein-

gestellten Projektkraft des höheren Archivdienstes (30 Monate) übertragen. Hinzugezogen wurde auch eine Projektkraft des gehobenen Dienstes (22 Monate).

Der Erschließungszustand vor der Bearbeitung war unterschiedlich. Es lagen Abgabeverzeichnisse und für kleinere Teile auch Karteien vor. Allerdings erforderten sie eine neue Erschließung, da der verwendete Aktentitel keinerlei Rückschluss auf den tatsächlichen Inhalt der Akte zuließ. Darüber hinaus mussten auch die Angaben zu den Laufzeiten überprüft werden. Nötig war außerdem die Erarbeitung einer neuen Klassifikation. Die Projektmitarbeiter erhielten die Vorgabe, 8 lfm pro Monat bzw. 0,5 lfm pro Tag zu erschließen. Ein erheblicher Teil der Akten musste bei einer Stärke von über 14 cm geteilt werden. Dubletten oder Mehrfachüberlieferung wurden kassiert.

Die Retrodigitalisierung von Findkarteien

Ziel des Projektes Retrodigitalisierung war es, die Erschließungsergebnisse möglichst schnell online zur Verfügung zu stellen und damit allen Interessierten einen schnellen Zugang und eine komfortable Recherche zu ermöglichen. Die Übertragung der Karteikartenangaben sollte vom vorhandenen Erschließungszustand ausgehen und nicht durch Nach- oder Neuverzeichnungsangaben verzögert werden. Eventuell erforderliche Überarbeitungen wurden in der digitalen Fassung vorgenommen. Im Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung wurde diese Aufgabe einer Berliner Firma übertragen.

Zu bearbeiten waren mehrere Karteien unterschiedlicher Bestände und unterschiedlicher Qualität mit einem Gesamtumfang von 150.000 Karteikarten. Aus dem Bereich Gewerkschaftsbestände wurden insgesamt über 74.302 Karteikarten (überwiegend Format A 6, davon ca. 2.280 umkopiert auf A 4) umgesetzt. Die Karten waren in der Regel maschinenschriftlich ausgefüllt, etwa 200 Karten lagen handschriftlich vor. Allerdings waren auf fast allen Karten handschriftliche Änderungen oder Ergänzungen enthalten.

Folgende Gewerkschaftsbestände waren in das Projekt Retrodigitalisierung einbezogen:

	Karteikarten
DY 34 FDGB	51.352
DY 46 IG Metall	2.436
DY 50 IG Transport und Nachrichtenwesen	617
DY 51 Gewerkschaft Unterricht und Erziehung	1.185
DY 52 Wismut (5 Ordner)	4.839
DY 53 Gewerkschaft, Wissenschaft	360
DY 77 IG Energie, Post und Transport	250

Der Zeitrahmen betrug insgesamt 24 Arbeitswochen. Entsprechend dem anspruchsvollen Zeitplan wurden die Ergebnisse der Bearbeitung online gestellt, darunter als eines der ersten das Online-Findbuch aus der umgewandelten, umfangreichen Kartei des Bestandes DY 34 FDGB (ca. 1.050 lfm). Mit den entstandenen Online-Findmitteln ist nun der schnelle Zugang bis hin zum kostenlosen Download möglich. Diese Variante erlaubt auch die kontinuierliche technische und inhaltliche Erweiterung und eine ortsunabhängige Nutzung. Bei der weiteren Überarbeitung bereits zugänglicher Akten können nun schneller endgültige Ergebnisse durch die direkte Eingabe erreicht werden. Dadurch werden Bearbeitungszeiten kürzer und deutlich optimiert.

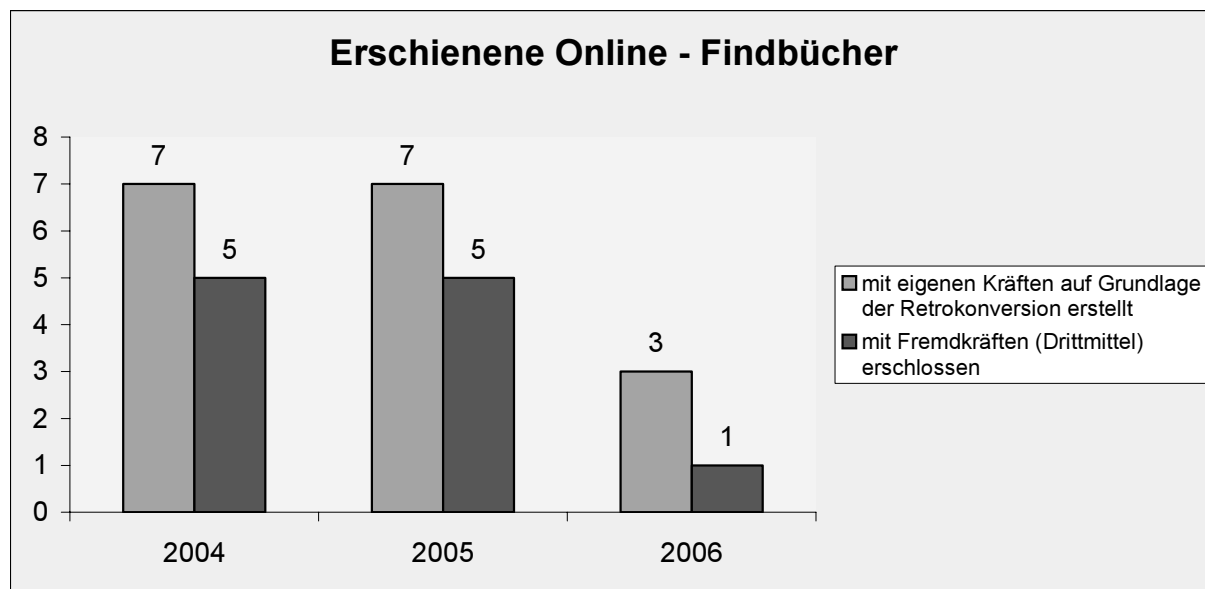
Abgleich vorhandener Findmittel, Konkordanzen und Dateien

Um den Benutzern erstmalig einheitliche und vollständige Findmittel in Form von Online-Findbüchern für neun Bestände anbieten zu können, wurden die vorhandenen Karteien, Abgabelisten, Revisions- und Konkordanzlisten sowie die Dateien von einer Schreibkraft abgeglichen und fehlende Einträge ergänzt. Es handelte sich dabei um die Bestände:

DY 36 IG Bau-Holz,
DY 39 IG Druck und Papier,
DY 40 IG Eisenbahn,
DY 45 Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft,
DY 46 IG Metall,
DY 50 IG Transport und Nachrichtenwesen,
DY 51 Gewerkschaft Unterricht und Erziehung,
DY 53 Gewerkschaft Wissenschaft,
DY 77 IG Energie, Post- und Transport.

Die Tätigkeit der Schreibkraft ging über das Abschreiben von Findmitteln hinaus. Ihre zusätzliche Arbeitsaufgabe sah vor, die aus der Retrokonversion von Findkarteien entstandenen Dateien mit vorhandenen Abgabeverzeichnissen abzugleichen und die zusätzlichen Verzeichnungen aufzunehmen. Darüber hinaus mussten

Parallel dazu erfolgt die Überarbeitung der Gesamtdatei DY 34 FDGB mit dem Ziel, perspektivisch statt des sehr umfangreichen Online-Findbuchs ca. 28 Online-Findbücher mit jeweiliger Einleitung anbieten zu können. Mit der Suchmaschine MidosaSEARCH sind alle Findbücher übergreifend recherchierbar.



diese nach Vorgaben klassifiziert und umsigniert werden. Komplizierte und sehr umfangreiche Revisions- und Konkordanzlisten, zum Teil mit Mehrfachnennungen, waren abzugleichen.

Projekte im Jahre 2006: Ausblick

Begonnen wurde im Februar 2006 mit einem Projekt zur Umsignierung des Bestandes DY34 FDGB. 258 lfm Archivgut bzw. 6500 Akten-einheiten aus diversen Klassifikationsgruppen die bisher nur manuell bestellbar sind, werden umsigniert, damit künftig alle Signaturen dieses Bestandes über das Bestellsystem in der Archivdatenbank BASYS bzw. optional online bestellt werden können. Darüber hinaus wird durch die Ablösung der Überreste eines komplizierten Signatursystems die Fehlerrate bei der Bestellung oder beim Zitieren drastisch gesenkt. Ein Teil dieser Akten (86 lfm/ 2.166 AE) muss außerdem geteilt werden, um spätere konservatorische Maßnahmen zu ermöglichen. Diese zeitversetzte Aktenteilung geht mit einer Änderung der bisherigen Erschließungsangaben einher. Das Projekt soll bis Anfang 2007 abgeschlossen werden.

Vorbereitet wird die Integration der Informationen zu den FDGB-Beständen in das Portal SED-Archivgut in Zusammenarbeit mit den Staats- und Landesarchiven der neuen Bundesländer und von Berlin. Dazu wurde eine Projektgruppe gebildet, deren Leitung die Leiterin des Referates StA3 übernommen hat. Bei dem zweiten Arbeitstreffen der staatlichen Archive zum Archivgut des FDGB im Oktober 2006 sollen u. a. die bis dahin vorhandenen Ergebnisse der Projektgruppe FDGB-Netzwerk besprochen werden. Die Freischaltung des erweiterten Netzwerkes SED/ FDGB soll 2007 erfolgen.

Ende 2006 soll eine DVD mit 2000 Plakaten der SAPMO erscheinen, die auch einen größeren Anteil von Plakaten des FDGB enthalten wird. Die Plakate wurden aus einer Sammlung von ca. 12.000 Motiven ausgewählt und in der Abteilung Militärarchiv des Bundesarchivs in Freiburg aufgrund der dort vorhandenen technischen Möglichkeiten verfilmt. Von den Macrofiches werden derzeit Digitalisate erstellt und für die DVD aufbereitet. Das Projekt wird von der Referatsleiterin und den zwei Mitarbeiterinnen, die für die Gewerkschaftsüberlieferung zuständig sind, sowie einem Praktikanten bestritten.

Mittels eines Gesamtkonzeptes, das den Einsatz von eigenen Mitarbeitern, Projektkräften, Praktikanten, das erstmalige Outsourcing von Erschließungsleistungen und die Retrodigitalisierung miteinander kombinierte, entstanden in einem Zeitraum von knapp fünf Jahren 23 Online-Findbücher, mit denen ca. 3.200 lfm Archivgut zugänglich wurden. Alle Findbücher sind übergreifend mit der Suchmaschine Midosa SEARCH recherchierbar. Für die Bestände bis hin zu einzelnen Strukturteilen wurde vorab eine Bearbeitungsabfolge, Bearbeitungsschritte und die Erschließungstiefe festgelegt, abhängig von der Bedeutung und dem Umfang der Bestände sowie der jeweiligen Archivgutform. Abschließend kann festgestellt werden, dass sich sowohl die Projektorganisation als auch die angewandte Arbeitsstrategie bewährt haben.

Petra Rauschenbach

Anmerkungen

1) Der Beschluss des Kuratoriums der Stiftung vom 22. April 1998 stellte fest: „Aus wissenschaftlichem und darüber hinaus öffentlichem Interesse wäre eine Zuwendung

aus Drittmitteln sehr erwünscht, um die archivische Bearbeitung des Schriftgutes und die Konversion von Katalogen zu Gewerkschaftsbibliotheken in maschinenlesbare Form schneller voranzutreiben.“ Ein weiterer Vorschlag war, einen Teil des Geldes (700.000 DM) für die Auswertung dieser Unterlagen gewerkschaftlicher Provenienz wie z. B. Handbücher oder Monographien vorzusehen.

2) Die Vereinbarung vom 8. Juli 1999 zwischen dem gewerkschaftlichen Dachverband FDGB i. L. und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) über die Abwicklung des unter treuhänderischer Verwaltung durch die BvS stehenden Gewerkschaftsvermögens und die Beendigung der Liquidation sah die Verwendung von 2,3 Millionen DM für die Bearbeitung der Archiv- und Bibliotheksbestände der Gewerkschaften der ehemaligen DDR in der SAPMO vor.

3) Elrun Dolatowski: Erschließung von Gewerkschaftsliteratur mit Mitteln aus dem Restvermögen des FDGB. In: „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“, 12. Jg., Heft 2/2004.

4) damals unter dem Namen IG Chemie, Papier, Steine und Erden.

5) Weitere Einzelheiten hierzu sind nachzulesen im Beitrag von Jana Pautsch: Die Rahmenkollektivverträge im Bestand DY 34 Bundesvorstand des FDGB, Abteilung Arbeit und Löhne. In: „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“, 13. Jg., Heft 2/2005.

6) BMF-Erlass II A3-H1012-10-25/02 vom 29. Oktober 2002.

Die Nachfrage nach Praktikumsplätzen im Bundesarchiv ist seit Jahren hoch, mit steigender Tendenz. Auch bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR gingen und gehen immer wieder Bewerbungen, vor allem von Studierenden¹, ein. Vor drei Jahren haben wir im Referat StA 3 damit begonnen, Praktikanten auch für archivische Arbeiten einzusetzen. Unsere eigene Arbeitskräftesituation war nicht befriedigend. Warum sollten wir also nicht von der Möglichkeit, eine zusätzliche Arbeitskraft für eine befristete Zeit zu beschäftigen, Gebrauch machen? Erfahrungen gab es bis zu diesem Zeitpunkt noch keine. Wie immer, wenn es um Neuerungen geht, waren auch Skeptiker nicht weit.

Der nachfolgende Beitrag ist eine Zwischenbilanz und soll Überlegungen, Erfahrungen und Arbeitsergebnisse verdeutlichen. Die Arbeit mit Praktikanten - was bringt sie ihnen, wie können wir profitieren?

Die größte Gruppe unserer Praktikanten sind Studentinnen und Studenten verschiedener Fachrichtungen von Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen. Mehrere Studierende der Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Archivwesen, und eine Reihe von Studenten der Geschichtswissenschaft haben bei uns ein Praktikum oder sogar ihr Praxissemester absolviert. Von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Studiengang Museumskunde, hat eine Studentin ihr Praxissemester bereits erfolgreich beendet und ein weiterer Student ist gerade dabei.

Die Praktikanten möchten Kenntnisse über das Berufsbild des Archivars und interne Arbeitsabläufe in einem großen Archiv erlangen. Als Motivation wird immer wieder genannt, nicht nur allgemeine Kenntnisse zu gewinnen, sondern in konkrete Erschließungsarbeit Einblick zu erhalten, um so bei eigenen Archivrecherchen über mehr Hintergrundinformationen und Verständnis zu verfügen.

Grundsätzlich werden Praktika von längerer Dauer bevorzugt. Die Erfahrungen zeigen, dass die Mindestzeit bei 6 bis 8 Wochen liegen sollte.

Suche nach geeigneten Arbeitsaufgaben

Für ein Praktikum geeignete Tätigkeiten zu finden, fiel nicht schwer: Erschließungsaufgaben an unterschiedlichen Beständen warteten - und warten - auf ihre Erledigung: Als einfache Aufgaben lagen in den Beständen DY 34 FDGB und DY 24 FDJ Personalakten vor, die zu verzeichnen waren.

Ein weiteres großes Einsatzgebiet stellten die Erschließungsprojekte von Beständen der Einzelgewerkschaften dar. Nach der Retrodigitalisierung lagen die Findmittel als Dateien vor, aus denen mit Hilfe von Midosa XML online-Findbücher erstellt werden sollten. Erschließungsangaben mussten überarbeitet werden. So waren unter fachlicher Anleitung z.B. die Titel zu korrigieren bzw. zu ergänzen, Enthält-Vermerke zu bilden und die Laufzeiten zu kontrollieren. Oftmals mussten dabei zu dicke Akten geteilt und die Erschließungsangaben entsprechend angepasst werden. Bandfolgen wurden angelegt. In Einzelfällen waren auch bisher unbearbeitete Akten zu verzeichnen und Zuordnungen zu Klassifikationsgruppen zu überarbeiten. Technische Arbeiten, wie das Umpacken in säurefreie Archivmappen, wurden gleich miterledigt. Außerdem war die Mitwirkung an der Erstellung der Einleitungen von Findbüchern möglich.

Ebenso hatten Praktikanten die Möglichkeit, an der Erschließung der Bestände DY 13 Liga für Völkerfreundschaft, DY 14 Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, DY 27 Kulturbund sowie an der Bearbeitung verschiedener Nachlässe mitzuarbeiten.

Verantwortlich für die Betreuung der Praktikanten ist jeweils ein Referatsleiter (das Referat StA 3 hat eine Doppelspitze) sowie ein weiterer Mitarbeiter. Alle rein organisatorischen Fragen werden rechtzeitig geklärt und routiniert im Zusammenspiel mit den zuständigen Referaten erledigt. Dazu gehören die Anmeldung des Praktikanten über die Verwaltung, die Beantragung von Hausausweis und Schlüssel. Glücklicherweise steht ein Arbeitsraum mit 4 PC-Arbeitsplätzen zur Verfügung. Die Aufnahme des Praktikanten als internen Benutzer in der Datenbank ist unverzichtbare Voraussetzung.

Im Laufe der Zeit hat sich ein genauer „Fahrplan“ zur Heranführung die an Arbeitsaufgabe herausgebildet. Neben allgemeinen Hinweisen zum Dienstbetrieb legen wir in einem Einführungsgespräch unsere Erwartungen genau dar. Anschließend erfolgt ein Rundgang über die Liegenschaft, um die örtlichen Gegebenheiten kennen zu lernen. Bibliothek, Magazine und Lesesaal werden besichtigt sowie geschichtliche Zusammenhänge zur Liegenschaft erläutert.

Betreuung und Befähigung zum selbstständigen Arbeiten

Nach einer Einführung in die Arbeit des Bundesarchivs sowie der Stiftung wird der Praktikant mit seiner speziellen Arbeitsaufgabe vertraut gemacht, in aller Regel die Erschließung eines Bestandes bzw. Teilbestandes, und mit den Möglichkeiten, sich die erforderlichen Informationen zu beschaffen - im Internet, Intranet und den Bestandsakten. Verstärkter Wert von Referatsseite wird auf das Literaturstudium gelegt, um so vertiefende Kenntnisse für die Arbeit zu gewinnen. Die Verzeichnungsrichtlinien werden besprochen und genaue Festlegungen für den zu bearbeitenden Bestand getroffen.

Daran schließt sich eine Einweisung in die Software Midosa XML an, mit der die Verzeichnung erfolgt. Anschließend kann an einer Testdatei geübt werden. Die ersten Akten werden gemeinsam mit dem Betreuer verzeichnet, um Unklarheiten sofort klären zu können. Weitere Akten verzeichnet der Praktikant selbstständig. Zeitnah kontrolliert der Betreuer die Verzeichnungsergebnisse und bespricht sie mit ihm. Dieser Phase der Betreuung muss besondere Bedeutung eingeräumt werden. Es ist äußerst wichtig, Unsicherheiten oder Fehler bei der Ausführung bestimmter Arbeitsschritte schnell zu erkennen, um aufwendige Nacharbeiten zu vermeiden. Je nach Arbeitsfortschritt können die gemeinsamen Besprechungen immer mehr in den Hintergrund treten, die übertragenen Aufgaben werden zunehmend selbstständig erledigt. Gleichzeitig werden alle Praktikanten immer wieder ermutigt, auftretende Fragen und Probleme anzusprechen. Sollten wir feststellen, dass ein Praktikant mit seiner Arbeitsaufgabe überfordert ist, würden ihm leichtere Aufgaben übertragen. Dies war bisher aber noch nicht der Fall.

Die Anforderungen an den betreuenden Archivar sind in der Anfangsphase besonders hoch. Manch ein Praktikant muss in seinem anfänglichen Übereifer gebremst werden, ein anderer braucht etwas Ermutigung zu einer selbstständigen Arbeitsweise. Auch die schnelle und kompetente Lösung von nicht vorhersehbaren Problemen will täglich neu gemeistert werden.

Außerdem sind wir bemüht, insbesondere bei langen Praktika, weitere Führungen und somit punktuell vertiefende Einblicke in die vielfältigen Aufgaben des Bundesarchivs zu ermöglichen - zum Beispiel mit Besuchen im Zwischenarchiv, Filmarchiv und der Entsäuerungsanlage der Firma Neschen AG in Hoppegarten. Einführungen in die Abteilung Reich sowie die NSDAP-Mitgliederkartei wurden organisiert. Ebenso von Interesse waren spezielle Führungen der Bibliothek, des Lesesaals und der Restaurierungswerkstatt.

Zum Abschluss fasst der Praktikant seine neuen Erkenntnisse sowie seine Bearbeitungsschritte und Ergebnisse in einem Bericht zusammen, der auch Eingang in die Bestandsakte findet. Jeder Praktikant erhält von uns eine Beurteilung, die mit ihm besprochen wird. Umgekehrt sind wir an einer Einschätzung der zurückliegenden Arbeitswochen aus seiner Sicht interessiert, um für unserer Tätigkeit ein Feedback zu erhalten.

Erfolge

Die Einsatzzeiten von Praktikanten haben sich von 2003 bis 2005 kontinuierlich gesteigert. So arbeiteten 2003 acht Praktikanten insgesamt 29 Wochen im Referat StA 3, 2004 blieb die Zahl gleich, sie blieben aber insgesamt 38 Wochen. Im Jahr 2005 gab es einen regelrechten Ansturm von Praktikanten - dreizehn, die insgesamt 100 Wochen im Haus waren, so dass die meiste Zeit mehrere Praktikanten gleichzeitig betreut wurden. Eine weitere Steigerung ist für 2006 nicht zu erwarten, da Betreuungskapazität und natürlich auch die Platzfrage an unsere Grenzen stoßen.

Während der Praktika wurden 2003 etwa 3 lfm Archivgut verzeichnet, 2004 waren es 52 lfm und 2005 141 lfm. Dabei können die Verzeichnungsergebnisse in Relation zum Wocheneinsatz der Praktikanten nicht eins zu eins gesetzt

werden, denn die Verzeichnung von Personalakten - 2003 noch Schwerpunkt - erfordert einen größeren Arbeitsaufwand, so dass innerhalb eines festen Zeitraumes weniger Akten bearbeitet werden können als bei der Verzeichnung von Sachakten.

Wir legen viel Wert auf die Qualität der geleisteten Arbeit, um Nacharbeiten gering zu halten. Auf die quantitativen Ergebnisse wird indirekt - durch eine enge Zusammenarbeit mit den Praktikanten, Auslastung der Arbeitszeit, Verhinderung von Leerlaufzeiten durch gute Arbeitsorganisation - Einfluss genommen. Diese Methoden haben sich bisher gut bewährt.

Wie die vorstehenden Ausführungen belegen, sind durch in der Stiftung tätige Praktikanten eine Reihe archivischer Arbeitsaufgaben, insbesondere hinsichtlich der Aktenverzeichnung, erfüllt worden. Für eine erforderliche hohe Qualität sorgt die begleitende fachliche Unterstützung. Erreicht wird ein höheres Verzeichnungsaufkommen, welches sich letztendlich in einer höheren Anzahl von Akten bemerkbar macht, die dem Benutzer zur Auswertung zur Verfügung gestellt werden können und auch für unsere eigenen Recherchen von Vorteil sind.

Etwa 196 lfm Archivgut wären ohne unserer Praktikanten zum Teil gar nicht oder nur wesentlich schlechter zugänglich. Ihre Mitarbeit hat dazu beigetragen, unser Ziel, bis Anfang des Jahres 2006 die Findmittel aller Gewerkschaftsbestände online zur Verfügung zu stellen, zu erreichen. Sowohl im Online-Bereich als auch in den internen Datenbanken stehen nun öffentlichkeitswirksam mehr Informationen über das Archivgut zur Verfügung. Nicht vergessen werden sollte, dass die im Hause tätig gewesenen Praktikanten eine Menge Erfahrungen mit auf ihren weiteren Weg nehmen können. Somit haben beide Seiten einen Nutzen.

Isgard Löffler

Anmerkung

1) Wenn man's ganz genau nimmt, müsste es immer heißen „Studentinnen und Studenten“, „Praktikantinnen und Praktikanten“, „Betreuerinnen und Betreuer“ usw., gegebenenfalls mit Schrägstrich angefügt. Wegen der besseren Lesbarkeit wurde aber darauf verzichtet.